

Protokoll

über den sechsten Congress

der

Sozial-demokratischen Arbeiterpartei

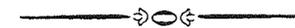
abgehalten

zu

C o b u r g,

am 18., 19., 20. und 21. Juli 1874.

Preis 3 Sgr. = 10¹/₂ Kr. fribd. = 15 Kr. österr. W.



Leipzig 1874.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.

V o r l a g e

für den

6. Congreß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei

am 18., 19., 20. und 21. Juli 1874

zu Coburg.

Bureau des Empfangs-Comité's: Gasthaus zum halben Mond am
Steinthor in Coburg.

Congreß-Lokal: Rurgarten in Coburg.

A. Vorversammlung: Sonnabend (Samstag), 18. Juli, Abends 7 Uhr

behufs: 1) Abgabe der Mandate. 2) Wahl des Bureaus für den
Congreß. 3) Wahl der Mandatprüfungs-Commission. 4) Ver-
einbarung über die in der öffentlichen Sitzung (Volksversammlung)
zu beantragenden Resolutionen. 5) Feststellung der Reihenfolge
der Tagesordnung und Geschäftsordnung für den Congreß.

B. Öffentliche Sitzung (Volksversammlung): Sonntag, 19. Juli Nachmittags 3 Uhr.

- 1) Die politische Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
- 2) Die industrielle und ländliche Arbeiterfrage.

C. Geschlossene Sitzungen: Sonntag, 19. Juli, Vormittags 11 Uhr und Abends 7 Uhr, sowie an den folgenden Tagen.

- 1) Bericht des Ausschusses und der Control-Commission.
- 2) Bericht der Mandatprüfungs-Commission.
- 3) Bericht über den Stand der Parteiblätter „Volksstaat“ und
„Sozial-demokratisches Wochenblatt“; Anträge hierzu.
- 4) Bericht der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms;
Berathung der auf Aenderung des Programms lautenden
Anträge.
- 5) Anträge zur Organisation und zur Geschäftsordnung der Partei.
- 6) Anträge bezüglich der lokalen Parteiblätter.
- 7) Anträge bezüglich der Unterstützungs-Angelegenheiten.
- 8) Anträge bezüglich der Agitation.
- 9) Wahl des Partei-Vororts, sowie des Orts der Control-
Commission.
- 10) Wahl des Orts für den nächsten Partei-Congreß.

Anträge.*

Zu C. 4.

1 In der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms circuliren folgende Vorschläge, beantragt vom Commissionsmitglied August Geib:

In Theil II. des Programms die Punkte 5 und 6 also zu fassen:

II., 5. Die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse ist nur möglich, wenn letztere gemeinsam und einheitlich den Kampf führt; die socialdemokratische Arbeiterpartei erkennt daher die Nothwendigkeit ihrer einheitlichen Organisation und ist bestrebt, es jedem Einzelnen innerhalb der letzteren zu ermöglichen, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.

II., 6. Die Befreiung der Arbeit ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine sociale Aufgabe, welche alle Kulturländer umfaßt und jedem Mitgliede der social-demokratischen Arbeiterpartei gebietet, unablässig als Förderer der internationalen Arbeiterinteressen thätig zu sein.

In Theil III. des Programms den jetzigen Punkt 4 (Volksmehr) als Punkt 6, dagegen den jetzigen Punkt 5 als 4 und 6 als 5 einzureihen, ferner den jetzigen Punkt 8 hinter Punkt 9 zu setzen und dann, mit Streichung des jetzigen Punktes 10, folgende Punkte anzufügen:

10. Begünstigung gewerkschaftlicher Organisationen zur Wahrung der Arbeiterinteressen innerhalb der heutigen (kapitalistischen) Produktionsweise.

11. Staatliche und gewerkschaftliche Förderung von Productivgenossenschaften unter demokratischen Garantien (siehe II., 3 u. 4).

12. Anstrengung eines ökonomischen Uebergangszustandes durch Beschränkung des Erbrechts an alle Arbeitsinstrumente und demgemäß allmähliche Umwandlung des Grund und Bodens in Gemeineigenthum.

* Die in Petit-Schrift gedruckten Anträge sind erst nach dem 1. Juli dem Ausschuss zugegangen und bedürfen laut § 7 der Organisation der Unterstützung eines Drittels der versammelten Delegirten.

Ferner beantragt Geib auf Anregung einzelner Commissionsmitglieder noch folgende Aenderungen des Programms:

II, 3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten bildet die Ursache der Knechtschaft in jeder Form; die socialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt deshalb, unter Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise (Lohnsystem), auf Grund genossenschaftlicher Arbeit die sozialistische Organisation der Gesellschaft.

III, 1, hinter das Wort „Vertretungskörper“ zu setzen: „und zwar auf Grund des Ein-Wahlkreissystems“.

III, 9 (event. später 8): Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, sowie Einführung der progressiven Erbschaftsteuer.

2 Das Commissionsmitglied J. Diezgen beantragt speziell Folgendes:

Zu II, 1 als Zusatz: „Sie beruhen auf der Ausbeutung des Volkes durch Gewalt, Betrug und Aberglaube.“

In II, 3 am Schluß: „Es erstrebt deshalb die socialdemokratische Arbeiterpartei Abschaffung der Lohnarbeit und Organisation einer communisistischen Volkswirtschaft.“

Zu III, 5: „Die Religion hat ebenso wenig Anspruch auf besondern Staatschutz, wie irgend eine andere theoretische Caprice. Dagegen soll uns die Pflege der Volksschule, der wir alle öffentlichen sogenannten höheren Bildungsanstalten beizählen, besonders angelegen sein.“

III, 12 nach dem Vorschlag von Geib; dabei dürfte auszudrücken sein, daß der ökonomische Uebergang erst nach unserm politischen Siege beginnen kann.

3 W. Bracke in Braunschweig beantragt folgende Aenderung des Parteiprogramms (siehe Congressprotokoll von 1873):

a. Punkt II, 5 des Programms als einen besonderen Abschnitt unter IV aufzuführen.

b. Den Eingang bei III wie folgt zu fassen: „Bei der Agitation für diese Grundsätze ist zunächst auf folgende einzelne Punkte Gewicht zu legen:

c. An Stelle von III, 10 zu setzen:

10) Die Nothwendigkeit einer umfassenden gewerkschaftlichen Organisation zur Wahrung der Arbeiterinteressen innerhalb der heutigen Produktionsweise.

11) Aufklärung über die Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft und deren Ziel: Beseitigung des Privatbesitzes an

Allem, was jetzt Kapital heißt und hierdurch Beseitigung der Lohnarbeit.

12) Die internationale Zusammengehörigkeit des Proletariats.“

4 Vom Parteigenossen Silvanus wird beantragt, dem Programm einen neuen Theil IV. anzuhängen, lautend:

„Es ist mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu streben, daß auf möglichst friedlichem Wege die Reformation der Gesellschaft eingeleitet wird durch Aufhebung des Erbrechts und Einsetzung rein demokratischer Behörden zur Controlierung der Durchführung dieses Gesetzes und zur planvollen Regelung der ökonomischen Uebergangszustände.“

5 Dr. Aug. Theob. Stamm in Berlin beantragt: Punkt I. und II. des Parteiprogramms sammt den Ausführungen bleiben wie sie sind, Punkt III. mit den Ausführungen 1—8 bleiben ebenfalls, wie sie sind, dann wird hinzugefügt:

IV. Wir verlangen die Beseitigung des arbeitslosen Erwerbs, der ohne eigenes Verdienst lediglich die Resultate der Arbeit Anderer aufsaugt und genießt und die Begründung jeglichen Erwerbs auf entsprechende Arbeit durch folgende diesem Zweck entsprechende Reformen:

1) In Erwägung, daß die Sklaverei des Alterthums, die Leibeigenschaft des Mittelalters und die Sklaverei der Neger auf den privaten Grundbesitz fundirt waren, daß also der private Grundbesitz in der Vergangenheit dem arbeitslosen Erwerb und der Volksausbeutung als Hauptstütze diente, in fernerer Erwägung, daß noch heute die Hauptquote des arbeitslosen Erwerbs aus dem privaten Grundbesitz fließt, verlangen wir die gänzliche Beseitigung des privaten Grundbesitzes.

Die hauptsächlich auf privaten Grundbesitz dargeliehenen Privatkapitalien, deren der Volksstaat als Gesamtgrundbesitzer nicht dauernd bedarf, werden dann als Grundbesitzhypotheken keine Zinsen mehr erzielen können und somit wird auch diese Quote des arbeitslosen Erwerbs in Fortfall kommen.

2) Die Expropriationsentschädigungen für den Privatgrundbesitz werden nach dem vorhandenen Ertrage und nach dem durch eigene Arbeit des Besitzers geschaffenen Werthe geregelt. Derjenige Mehrwerth, der ohne alle Arbeit der Grundbesitzer, durch die sich mehrende Bevölkerung und deren Arbeitsgeschicklichkeit und Erfindungsgeist entsteht, darf bei der Expropriation in keiner Weise den Privatgrundbesitzern zu Gute gerechnet werden. Viele derselben können froh sein, wenn man sie wegen des volksmörderischen, unglückschwangeren Boden- und Baustellenwuchers, den sie schon getrieben haben, nicht nachträglich zur Rechenschaft zieht. Nur der

Gesamtheit dürfen die durch die wachsende Bevölkerung und deren Arbeitsgeschicklichkeit sich unabhängig von der Arbeit des Privatbesitzers mehrenden Bodenwerthe zu Gute kommen, sie allein ist deren rechtmäßiger Eigenthümer.

3) Nachdem der Grund und Boden gemeinsames Volksbesitzthum geworden ist, darf derselbe nie wieder verkauft, sondern nur auf 30 Jahre und kürzere Fristen für Acker- und Gartenbau und auf 100 Jahre und kürzere Fristen für Häuserbau verliehen, d. h. verpachtet werden.

4) Die Nutznießung der mineralischen Schätze, der Petroleum-, Naphta- und Heilquellen darf ebenfalls nur verpachtet werden, wobei den Entdeckern neuer derartiger Schätze besondere Belohnungen vorbehalten bleiben.

5) Alle für die Nutznießung des Erdbodens, seiner Gewässer etc. von Genossenschaften und Privaten eingehenden Pachtgelder dürfen stets nur im Interesse der Volksmillionen verwendet werden. Eine zu sehr centralisirte Leitung ist bei der Verpachtungsverwaltung, wie bei der Verwendung der Pachtgelder möglichst zu vermeiden, um Mißbräuchen vorzubeugen.

6) Der Volksstaat hat im Wege der Expropriation und durch Amortisationsfristen sich den Besitz und die Leitung des gesamten Transportwesens zu sichern. Die vermöge des Transportwesens erzielten Ueberschüsse sind für dessen Vervollkommnung und Erweiterung und niemals anders als im Interesse des Allgemeinwohls zu verwenden.

7) Der Volksstaat übernimmt die Oberleitung des gesamten Creditwesens vermittelt einer mit dem ausschließlichen Monopol ausgestatteten Hauptbank und ihrer je nach Bedürfniß über das Land zu verbreitenden Filialen. Die Ueberschußerträge der Banken dienen als Ersatz für Steuern und Abgaben.

8) Der Volksstaat vervollkommnet die Erbschaftssteuern.

9) Der Volksstaat anerkennt die internationale Zusammengehörigkeit der Menschen und sucht dieselbe durch internationale Gerichte und Schiedsgerichte auf jede gerechte Weise zu fördern. Wie der Einzelne im Volksstaat nie das Gesamtwohl aus den Augen verlieren darf, so ist das Thätigkeitsziel der Volksstaaten und ihrer Bündnisse unter einander die Förderung des Menschheitswohls, — Brod, Bildung, Glück für Alle!

6 H. Vogel in Berlin beantragt folgende Aenderungen des Parteiprogramms:

Zu II. 1) hinter „ungerecht“ zuzufügen: „sie fußen auf der Gewalt, der Heuchelei und dem Aberglauben in ihren verschiedenen Formen und sind daher mit der größten Energie zu bekämpfen.“

Bei II. 3) statt: „für jeden Arbeiter“ zu setzen: „für die Gesamtheit des Volkes“.

Bei III. 3) hinter „der Geburt“ zuzufügen: „des Geschlechts und der Confession.“

Statt III. 5. und 6. den folgenden Passus zu setzen: „Trennung der Schule von der Kirche, Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule, obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.“

Hiernach die Punkte 7, 8, 9 und 10 als 6, 7, 8 und 9 zu bezeichnen.

Hinter „Verbot der Kinderarbeit“ zuzufügen: „wirksamer Schutz des Lebens und der Gesundheit unter naturgemäßer Reform der öffentlichen Gesundheitspflege.“

Statt Passus III. 10) folgenden Passus zu setzen: „Förderung der Gewerkschaften und Beseitigung der denselben hinderlichen gesetzlichen Einschränkungen.“

7 Die Parteigenossen in Köln beantragen einstimmig, daß der Bericht der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms auf dem diesjährigen Congresse nicht zur Berathung und Beschlußfassung gestellt, sondern den Parteigenossen aller Orte gedruckt mitgetheilt werde, damit solche dieselben eingehend prüfen und dann ihre Delegirten zu dem Congresse des Jahres 1875 mit gehörig besprochenen und motivirten Anträgen in Bezug auf die Revision versehen können.

8 Die Dresdener Parteigenossen beantragen:

Die Aenderung des Parteiprogramms ist bis zum nächsten Congreß zu vertagen, dann aber bestimmt vorzunehmen.

Zu C. 5.

9 Nürnberger Parteigenossen beantragen: Der Congreß wolle beschließen:

der Beschluß des vorjährigen Parteicongresses, wonach der Vorort der Partei alle zwei Jahre wechseln muß, wird außer Kraft gesetzt (Aenderung des § 16 der Organisation).

10 Die Breslauer und Münchener Parteigenossen beantragen, den Parteisekretär auf dem Congreß zu wählen (Aenderung des § 10 der Organisation).

11 Die Breslauer Mitglieder beantragen: Der Congreß wolle beschließen:

Die Quittirung der Parteisteuern geschieht durch Marken, gleichwie bei der Internationalen Arbeiterassoziation; die Farben der Marken sind dreimonatlich verschieden. Sobald die Parteikarten verbraucht sind, werden die Marken auf das Parteiprogramm geklebt.

12 Die Hamburger Mitglieder beantragen, den § 6 der Partei-Geschäftsordnung zu ändern wie folgt: „Die Mitglieder an

jedem Orte sind verpflichtet, falls der fungirende Vertrauensmann seiner Aufgabe nicht genügt oder eine Vacanz eintritt, auf Grund ihres Vorschlages die Ernennung eines Vertrauensmannes zu beantragen. Ueber diesen Antrag, welchem die genaue Adresse (Vor- und Zuname, Straße und Nummer) des Vorgeschlagenen beizufügen ist, hat der Ausschuß sich binnen 8 Tagen zu erklären.“

Zu C. 3.

13 Die Hamburger Mitglieder beantragen der Congreß wolle beschließen:

1) Das Budget der beiden Parteiorgane „Volkstaat“ und „Sozialdemokrat. Wochenblatt“ wird alljährlich auf dem Parteicongreß festgestellt. Ueber die Verwaltung des „Volkstaat“ ist vollständig getrennt vom Schriftenvertrieb Buch zu führen, so zwar, daß eine Vermengung der Ausgaben und Einnahmen des „Volkstaat“ mit denen des Schriftenvertriebs unmöglich ist. Falls die Expedition des „Sozialdemokr. Wochenblatts“ sich gleichfalls mit Schriftenvertrieb befaßt, gilt für dieselbe diese Bestimmung auch.

14 2) Der Preis aller von der Expedition des „Volkstaat“ vertriebenen Schriften wird vom Ausschuß festgesetzt, ohne dessen ausdrückliche ertheilte und für jede Schrift besonders einzuholende Genehmigung der Vertrieb nicht gestattet ist. Dem entsprechend ist auch der Preiscourant der bis jetzt angekündigten Schriften einer Revision, bezw. Preisherabsetzung zu unterziehen.

15 Die Marburger Parteigenossen beantragen: Der Congreß möge über Mittel berathen, um für die Zukunft die Annoncenschulden im „Volkstaat“ nicht so lange wie bisher restituiren zu lassen.

16 Antrag der Parteigenossen zu Hannover: „Den Filial-Expeditionen des „Volkstaat“ wird der frühere dreimonatliche Credit weiter bewilligt.“

17 W. Liebknecht in Laubegast beantragt: In den „Volkstaat“ werden Geschäftsannoncen irgend welcher Art, mit Ausnahme der Ankündigung von Parteischriften, nicht aufgenommen; eventuell beantragt derselbe:

18 Ueber dem Annoncentheil des „Volkstaat“ haben die Worte zu stehen: Für den Inhalt der nachstehenden Annoncen übernimmt die Redaction des „Volkstaat“ keinerlei Verantwortung.

19 Theodor Yord in Hamburg beantragt, der Congreß möge beschließen:

Für das Annoncenwesen des „Volkstaat“ gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Aufnahme von Reklame-Annoncen ist nicht gestattet ebenso wenig Rabattgewährung und Gratisaufnahme von Annoncen. Von letzterer Bestimmung sind ausgenommen: die allmonatlich einmalige Anzeige der von der „Volksstaat“-Expedition zu beziehenden Schriften, und solche Annoncen, zu deren Gratisaufnahme der Ausschuss spezielle Genehmigung erteilt.
 - b) Geschäfts-, Vergnügungs- und sonstige Privat-Annoncen werden mit 2½ Sgr. pro Zeile berechnet.
 - c) Versammlungsannoncen, desgl. Annoncen der „Volksstaat“-Filtralen, sowie alle Parteiangelegenheiten betreffende Annoncen, soweit solche nicht unter b) zu rubriziren sind, werden mit 1¼ Sgr. pro Zeile bezeichnet.
 - d) Den Parteiannoncen gleich gerechnet wird der Abdruck aller Abrechnungen, Protokolle und Statuten, die für die Leser des „Volksstaat“ nur ein partielles Interesse haben.
- 20 Die Waldenburger Parteigenossen beantragen, der Congreß möge beschließen: Für die Privat- und Vergnügungsanzeigen im „Volksstaat“ ist eine Preisermäßigung einzuführen, so daß die Petitzeile höchstens mit 1½ Gr. berechnet wird.
- 21 Die Parteigenossen zu Marburg beantragen: Alle von der Genossenschaftsbuchdruckerei für die Partei herauszugebenden Broschüren sind in gleichem Format herzustellen.
- 22 Dieselben beantragen ferner: Die Redaction des „Volksstaat“ ist zu bestimmen, Fremdwörter soviel als thunlich zu vermeiden oder nur unter Beifügung der Bedeutung derselben in deutscher Sprache zu gebrauchen.

Zu C. 6.

- 23 Die Hamburger Mitglieder beantragen, der Congreß wolle beschließen:
Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Ausschusses, welchem über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich.
- 24 Th. Kalb in Frankfurt a. M. beantragt, der Congreß wolle beschließen:
Lokale Parteiblätter dürfen nur dann gegründet werden, wenn genügend Leser, sowie tüchtige Leiter für die zu errichtenden Blätter vorhanden sind.
- 25 Die Dresdner Mitglieder beantragen, der Congreß möge beschließen:

- Die Bewilligung des Ausschusses ist zur Begründung von Lokalblättern nicht erforderlich, wohl aber über letztere eine Controlle seitens des Ausschusses zulässig. Blätter, welche von der Parteitendenz abweichen, sind durch die Parteiorgane nicht mehr zu empfehlen.
- 26 Die Control-Commission zu Frankfurt a. M. beantragt, der Congreß möge beschließen:
Sämmtliche Parteiblätter sind verpflichtet, je ein Gratisexemplar jeder der beiden Parteibehörden zuzusenden.
Sämmtliche daraus entstehenden Kosten deckt die PartEEKASSE.
- ### Zu C. 7.
- 27 Die Hamburger Mitglieder beantragen, zu beschließen: Behufs Unterstützung der gemäßigten, resp. inhaftirten Parteigenossen gelten folgende Bestimmungen:
a) Anspruch auf Unterstützung aus PartEEMITTELN haben überhaupt nicht 1) Personen, die der Parteiorganisation nicht angehören; 2) Personen, selbst wenn sie der Parteiorganisation angehören, sobald dieselben die Strafen im Privatverkehr, Wirthshausagitation oder sonstwie unachtsamer Weise sich zugezogen haben.
b) Einmalige Unterstützungen bestimmt der Ausschuss nach freiem Ermessen.
c) Dauernde Unterstützungen werden nur auf Grund eines vom Ausschuss festzusetzenden Unterstützungsreglements gewährt. Dieses Reglement muß alle Parteigenossen einander gleichstellen. Ein Unterschied darf nur gemacht werden zwischen Lebigen und Verheiratheten (zwischen letzteren nur hinsichtlich der Zahl der Kinder unter 12 Jahren), ferner mit Rücksicht auf den Wohnsitz.
- ### Zu C. 8.
- 28 Die Parteigenossen zu Hannover und Mannheim beantragen, der Congreß möge beschließen:
Wenn irgend möglich, sind betreffs einer Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterfraktionen geeignete Schritte zu thun.
- 29 Antrag der Marburger Parteigenossen:
Alle Parteimitglieder haben sich als konfessionslos zu betrachten und demgemäß aus der Landeskirche auszuscheiden.
- 30 Die Parteigenossen zu Grimmitzschau beantragen, der Congreß wolle beschließen:
1) daß bei Reichstagswahlen ein Candidat unserer Partei nur in einem Bezirke, wo entschiedene Aussicht, ihn durchzubringen, vorhanden ist, aufgestellt werden darf, nicht in mehreren derartigen Bezirken;

2) daß das Wahlcomité sich vor der Aufstellung eines Candidaten stets im Voraus dessen bedingungsloser Zusage der Annahme einer eventuell auf ihn fallenden Wahl versichert haben muß.

31 Th. Kals in Frankfurt a. M. beantragt: In Erwägung, daß die lokale Agitation weit nützlicher, auch billiger ist, als die fliegende, wolle der Congreß beschließen, für Orte, welche unserer Bewegung günstig sind, stabile Agitatoren zu ernennen.

32 Die Parteigenossen von Deberan, Freiberg und Hainichen beantragen, der Congreß wolle beschließen:

Der Ausschuß hat der Agitation im 9. sächsischen Wahlkreise sein Augenmerk mehr als bisher zuzuwenden.

33 Die Harburger Mitglieder beantragen: Der Congreß wolle beschließen, in Norddeutschland eine regere Agitation ins Leben zu rufen.

34 Die Parteigenossen zu Bremerhafen beantragen, den 18. u. 19. hannoverschen Wahlkreis mit einem ständigen, besoldeten Agitator zu bedenken.

35 Die Parteigenossen zu Forst: Der Congreß möge beschließen, eine rege Agitation in der Niederlausitz vornehmen zu lassen.

36 Die Parteigenossen zu Landshut beantragen, der Ausschuß möge Süddeutschland öfter mit tüchtigen Agitatoren versehen.

37 Die Augsburger Parteigenossen beantragen, der Congreß möge beschließen:

Es werden von Parteiwegen drei Flugblätter gedruckt, von denen jedes besonders die Lage des Lohnarbeiter-, des Handwerker- und Kleinbauernstandes und dessen nothwendiges Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in populärer Weise behandelt. Dieselben, in großer Anzahl gedruckt, werden den Parteigenossen zu möglichst billigem Preise, vielleicht 100 Stück zu 1 Thaler, zur massenhaften Verbreitung abgegeben.

38 Die Parteigenossen zu Bremen beantragen, der Congreß möge beschließen:

In Erwägung, daß unter den bis jetzt vorliegenden Parteischriften sich keine einzige Broschüre befindet, welche, zur Agitation geeignet, in leicht faßlicher Weise sämtliche im Parteiprogramm ausgesprochenen Forderungen der Sozialdemokratie klarlegt, hat der künftige Parteiauschuß dafür Sorge zu tragen, daß zwei derartige Broschüren erscheinen, welche zum Preise von 1—1½ Gr. abgelassen werden müssen. Die eine Broschüre soll an sämtliche Arbeiter im Allgemeinen, die zweite an die Landarbeiter insbesondere gerichtet sein.

39 Die Mitglieder zu Götting beantragen:

Einem befähigten Parteigenossen ist der Auftrag zu erteilen, eine kleine Broschüre anzuarbeiten, mittelst welcher das Parteiprogramm in leicht faßlicher Weise klarzulegen und wodurch es jedem Mit-

gliede möglich ist, sich eingehend mit dem Parteiprogramm bekannt zu machen. — Jedem Mitgliede ist bei seinem Eintritt in die Partei ein Exemplar dieser Broschüre gegen entsprechendes Entgelt abzugeben.

40 Die Augsburger Parteigenossen beantragen, der Congreß möge beschließen:

Um es jedem Parteigenossen zu ermöglichen, der systematischen Verbummung, wie sie in der heutigen Schule vielfach an den Kindern betrieben wird, kräftigst entgegenzutreten zu können, wird von Parteiwegen eine Jugendschrift für Kinder der ersten Schuljahre herausgegeben, welche neben Gedichten, zum Vortrage durch die Kleinen geeignet, in anregender Weise den Freiheitsgedanken in die Kinderbrust pflanzt.

41 Die Bremer Mitglieder stellen den Antrag: Der Partelausschuß hat dafür Sorge zu tragen, daß künftig mehrmals im Jahre, womöglich stets vor Anfang eines neuen Quartals, vom „Volksstaat“ Agitationsnummern gedruckt werden, ähnlich der im Dezember 1873 erschienenen Nummer.

42 Die Magdeburger Mitglieder beantragen: Der Congreß möge eine Commission, resp. eine geeignetere Persönlichkeit beauftragen, in kürzester Zeit ein Reisehandbuch für Deutschland herzustellen und dasselbe der Buchhandlung des „Volksstaat“ in Verlag zu geben. Inhalt des Buches: Partei- und Gewerkschafts-Verkehrslokale, Adressen billiger (tendenzloser) Herbergen und Gasthäuser, geschichtlicher Ueberblick über die Arbeiterbewegung.

Zu C. 9.

43 Die Hamburger Mitglieder beantragen: Der Sitz des Ausschusses wird nach Berlin verlegt.

44 Die Parteigenossen zu Freiberg, Hainichen und Deberan beantragen: Der Sitz des Ausschusses ist nach Berlin zu verlegen, da die Agitationskräfte in dieser Stadt periodisch durch unsere Reichstagsabgeordneten merklich unterstützt werden.

45 Die Mainzer Mitglieder beantragen: Der Congreß wolle beschließen, den Parteivorort nach Süddeutschland zu verlegen.

46 Die Parteigenossen zu Nürnberg und Fiterbogl beantragen: Der Vorort der Partei wird für das neue Geschäftsjahr in Hamburg belassen.

47 Antrag der Hamburger Mitglieder: Der Sitz der Controlcommission wird nach Augsburg verlegt.

Zu C. 10.

48 Die Chemnitzer Mitglieder beantragen, den nächsten Parteicongreß in Chemnitz abzuhalten.

49 Die Hamburger Mitglieder beantragen, zu beschließen: Der nächste Parteicongreß findet zu Weimar statt.

50 Die Mitglieder zu Kassel beantragen, den nächstjährigen Parteicongreß in Kassel stattfinden zu lassen.

Vorversammlung.

Sonnabend, den 18. Juli, Abends 9 Uhr,
im Kurgarten.

(Vertreten sind neben den meisten in der Präsenzliste erwähnten Delegirten eine größere Anzahl Parteigenossen von Coburg u. c.)

Weib-Hamburg eröffnet die Verhandlungen Abends punkt 9 Uhr und begrüßt die Genossen, welche als Vertreter der Partei zu ernster Berathung erschienen sind. Redner betont unter Anderem: „Fast man die Zahl der heute hier anwesenden Delegirten ins Auge, so könnte es scheinen, als habe sich der Partei ein bedenklicher Stillstand bemächtigt. Dem ist aber leicht zu widersprechen — Sparjamkeitsrückichten halten manchen Genossen zu Hause. Noch nie hat die Partei sich gleichen Wachsthum erfreut wie im verflossenen Jahre, und das trotz aller Verfolgungen. Die Verfolgungen regen nur zu neuem Wirken an und bleiben nicht ohne Dementi's. So begrüßen wir heute Liebknecht, der nach langer Haft wieder in unserer Mitte weilt ganz wie früher. — Fünf Jahre lang ist jetzt die Partei organisiert; mit den Erfolgen dieser Zeit können wir zufrieden sein, uns bemühend, die in der Agitation gewonnene Kraft und Einsicht bei fernerer Thätigkeit erfolgreich zu verwenden. Wir hatten uns 1869 vorzüglich mit dem Parteiprogramm zu beschäftigen. Auf diesem Kongreß wird gleiches geschehen, um dem Verlangen nach Reform zu genügen. Geloben wir uns, es im Geiste der Brüderlichkeit zu thun, welcher stets aus gemeinschaftlichem Streben entspringt. Ein gedeihlicher Verlauf des Kongresses, der hiermit eröffnet wird, ist dann gesichert.“

Namens der Coburger Parteigenossen hält Wintersberg folgende Begrüßungsrede: „Parteigenossen! Es ist ein ehrenvolles Amt, das ich mit freudigem Herzen angenommen habe, Sie im Namen der Coburger Parteigenossen zu begrüßen und willkommen zu heißen als eine Versammlung von Männern, die ihre Kraft und ihren Willen bereits bewährt haben in den Kämpfen und Verfolgungen, die sie zu bestehen hatten, und in der Bildung, die sie sich erworben haben und ganz ihr eignes Werk nennen dürfen. Es ist wohl doch nicht ohne Bedeutung, daß die Parteigenossen hier damit ihren ältesten Genossen betraut, der wahrscheinlich auch das älteste Mitglied der Partei ist und über ein

halbes Jahrhundert Zeugniß geben kann, nicht aus Büchern, sondern aus eigenen Erlebnissen und Beobachtungen, welchen Weg die Arbeiterbewegung seit einem halben Jahrhundert zurückgelegt hat. Ich habe den Handwerksburschen vom Jahre 1820 gesehen und sehe heute vor mir die Vorkämpfer und Führer der Arbeiter von 1874, welche Männer gestellt haben, die ihren Platz überall auszufüllen wissen, wenngleich einige der Besten in den Kerker zurückgehalten werden. Es ist für mich, den Greis, etwas Hoherfreuliches, mich am Abend meiner Tage im Kreise solcher Männer zu sehen, und ich bin versucht zu weisagen, daß diese Bewegung nicht gleich andern wird gefälscht werden können; denn sie ist nicht entstanden auf einem Boden, der ein Boden nicht ist, sondern aus dem untersten Grunde, auf dem Alles steht und auf dem Alles stehen muß, was Dauer haben soll, nämlich auf dem arbeitenden Volke. — Weil die Arbeiterbewegung auf diesem Boden steht, konnte sie auftauchen aus dem Sumpfe der Entfittlichung, in dem wir schon stecken seit lange, der aber seit 1866 und zumal seit 1870 noch weit ärger wurde und weiter griff, während der Uebermuth überflug in Wahnmüß.

„Auch heute noch ist die Partei nicht stark genug durch ihre Zahl, wohl aber unüberwindlich, weil unangreifbar durch die richtige Lösung, die sie gefunden, indem sie auf ihre Fahne nicht schrieb einen zweifelhaften Anspruch, sondern die Thatfache des Rechts, das leibhaftige Recht, nämlich die Arbeit. — Man sammelt wider uns bewaffnete Schaaren; allein wir sind nicht zu finden auf den Straßen, nur in den Werkstätten, und die Führer der Arbeiter im ärmlichen Stübchen, wo sie nach schwerem Tagewerk für den Vortheil reicher Leute, an sich selber arbeitend, nämlich an ihrer Bildung, gefunden werden. — Das unterscheidet die gegenwärtige Bewegung von allen früheren; sie wird nicht mit den Waffen gemacht, sondern mit dem Arbeitszeug; mit der Arbeit haben wir vor, die Welt zu erobern, und sind gewiß, daß wir es vollbringen. Noch vor 25 Jahren habe ich selbst zu den Waffen gerufen. Jetzt können wir unsern Gegnern den Trumpf zurückgeben, daß der Waffenkampf ein überwundener Standpunkt ist. — Geehrte Männer, erlauben Sie mir, daß ich hier drei Punkte kurz beleuchte, weil ich dieselben für die Hauptaufgaben gerade des gegenwärtigen Kongresses halte; aber nicht etwa, weil ich gedachte, Sie darüber zu belehren, sondern nur, weil ich dadurch zeigen will, daß die Parteigenossen zu Coburg ihren Sinn und ihre Gedanken auf diese Punkte geworfen und sie auch selbst zu bewahren suchen. Zunächst hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei alle ihre Kräfte zusammendrängen auf den einen Punkt, wie sie sich, der Zahl und dem Gehalte nach, so weit vermehre, daß sie bei den Wahlen die wirkliche Mehrheit bilde, und auf diesem friedlichem Wege das Heft in die Hand erhalte. Sobald sie dieses Ziel erreicht hat, ist es kindisch, von Gewalt zu sprechen, so lange sie noch nicht an diesem Ziele, ist es verrätherisch, zur Gewalt zu greifen. Dann wird es Zeit sein, die Gesellschaft selber umzubilden, weil wir dann erst wissen werden, mit welchen Stößen wir zu arbeiten haben. Während wir aber unsere besten Kräfte nach diesem Ziele richten, dürfen wir den Kampf auf der ganzen Linie nicht einschlafen

lassen, denn in der privilegierten Kirche, im Kapital und in der falschen Wissenschaft sind gefährliche Feinde gegen uns thätig und die Schule ist zu einem Werkzeuge gegen uns gemacht worden. Wir müssen uns also vorsehen, daß die Gegner uns nicht von hinten in die Weichen dringen. — Der zweite Punkt ist, daß die Arbeiter den Kampf um Bildung mit verstärkter Kraft fortsetzen sollen, denn die Gerechtigkeit ist ihre Waffe, und diese wird nur geltend gemacht durch Gründe, nicht durch das Schwert. Wir haben nicht nöthig, die genialen Männer, die schon jetzt als mächtige Redner hervorgetreten sind, zu diesem Kampfe noch anzuspornen. Aber eine Beobachtung darf ich nicht verhehlen, und habe sie Keinem verhehlt, mit dem ich zusammengetroffen. In der Geschichte ist nämlich die Bildung des Volks im allgemeinen sehr mangelhaft, was nicht anders sein kann, denn überall sonst ist das eigene Beobachten und Denken Meister, in der Geschichte dagegen das Buch. In den Büchern ist aber mehr Lüge als Wahrheit niedergelegt, und die offiziellen Geschichten sind gerade die verlogensten. Es gehört also schon ein tiefes Urtheil dazu, um die Lüge von der Wahrheit zu unterscheiden. — Der dritte Punkt ist, daß die Arbeiter es sich zur Aufgabe machen müßten, sich durch Ehrenhaftigkeit in jedem Betracht als Muster darzustellen. Wir sind nicht eine politische Partei von gewöhnlichem Schlage, nicht eine Partei, die Standes- oder Klassen-Vortheile vertritt, wir sind die Partei der Gerechtigkeit, und der Geist der Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit muß alle unsere Gedanken und alle unsere Handlungen durchziehen. Den Parteigenossen von Coburg ist dieses Zeugniß gegeben worden, sie sind stolz darauf und wollen es auch ferner wahren, und Sie Alle, als in diesem Sinne strebend, heiße ich also noch einmal in unser Aller Namen von ganzem Herzen willkommen.“

Der Rede Wintersberg's folgt ein Gesangvortrag des Coburger sozial-demokratischen Gesangsvereins, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird, worauf Geib als Vertreter des Partei-Ausschusses die Bureauwahl einleitet. Es wird beschlossen, durch Aklamation zu wählen.

Wahlteich-Chemnitz wird zum ersten, Motteler-Crimmitschau zum zweiten Vorsitzenden bestimmt. Als Schriftführer zur sofortigen Fertigstellung der Tagesprotokolle behufs Verlesung fungiren: L. Mehlichorn, Sy, Bernstein, Burkhardt, Dr. Stamm, Taufcher, Eckstein; der Letztere zur Führung der Rednerliste.

Die Punkte 1 und 2 der Vorversammlungs-Vorlage sind hiermit erledigt; zu Punkt 3: „Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission“, wird festgestellt, daß dieselbe aus drei Personen bestehen soll. Muer, Geib und Riß werden gewählt, und zu Punkt 4: „Vereinbarung über die in der öffentlichen Sitzung (Volksversammlung) zu beantragenden Resolutionen“, auf Antrag Grillenberger's beschlossen, dieselben den Referenten zu überlassen, welche nach Erklärung Geib's vom Ausschuss bereits aufgestellt worden sind.

Ueber die „politische Stellung der sozial-demokratischen Arbeiterpartei“ sollen Liebknecht und Motteler, über die „industrielle und ländliche Arbeiterfrage“ York und Grillenberger referiren.

Betreffs eines Bureaus für die öffentliche Versammlung wird Debatte gepflogen und schließlich Muer's Antrag: „Der Volksversammlung ein Bureau vorzuschlagen“, angenommen. Als Vorsitzende sollen demnach Wahlteich und Geib, als Schriftführer Mehlichorn und Eckstein empfohlen werden.

Zu Punkt 5: „Feststellung der Reihenfolge der Tagesordnung und Geschäftsordnung für den Congreß“ erläutert Geib zunächst die Nothwendigkeit, den Punkt 9 C unter den ersten mit in Behandlung zu ziehen, weil gegen Ende des Congresses viele Delegirten zur Abreise drängen und somit an der „Wahl des Partei-Vororts z.“ leicht behindert wären. Baumann wünscht, Geib zwar zustimmend, nur erst die Mandatsprüfungs-Kommission zu hören, wogegen von Geib auf das möglicherweise spätere Eintreffen von weiteren Delegirten hingewiesen wird. Derselbe beantragt deshalb, die Punkte 1, 2 u. 3 C nach Reihenfolge der gedruckten Vorlage zu behandeln, dagegen den Punkt 9 C sofort nach 3 C, also als vierten Punkt der Tagesordnung einzustellen; Baumann beantragt, die Punkte 1 und 2 zu wechseln, was durch Annahme des Geib'schen Antrags abgelehnt wird.

Die Tagesordnung steht also dergestalt fest, daß zwischen Punkt 3 und 4 C der Punkt 9 als 4 eingeschaltet wird. Die weitere Reihenfolge der Druckvorlage ist beibehalten. —

Um weitläufige Geschäftsordnungsdebatten thunlichst zu vermeiden, schlägt Geib vor, eine bestimmte Geschäftsordnung zu beraten, oder wenigstens die bei früheren Congressen gehandhabte, namentlich mit Bezug auf schriftliche Anmeldung zum Wort und fünfminütige Redezeit, wieder anzunehmen. Es entspinnt sich hierüber eine sehr lebhafte Debatte zwischen den Verteidigern der beschränkten und unbeschränkten Redezeit, wonach schließlich:

- 1) schriftliche Meldung zum Wort,
- 2) fünfminütige Redezeit, wobei sich der Congreß Ausnahmebestimmungen vorbehält (Letzteres gegen einen Antrag auf 10 Minuten Redezeit), und
- 3) daß über einen und denselben Gegenstand ein Redner nur dreimal sprechen dürfe,

Annahme durch Stimmenmehrheit findet.

Ein weiterer Antrag Wolf's, daß Jeder, der sich zum Worte meldet, zu bemerken haben solle, ob er für oder gegen einen Gegenstand der Tagesordnung sprechen wolle, so daß dann abwechselnd ein Redner für und einer dagegen gehört werde, findet nach einigem Widerspruch Ablehnung, weil auf diese Weise die Redefreiheit entschieden beeinträchtigt wäre.

Sodann wird gewünscht, eine gegenseitige Vorstellung der Delegirten unter Namensnennung und Erheben vom Plaze zu veranlassen, und dieß mit Verlesen der Präsenzliste vorgenommen.

Geib's Vorschlag, die Tagesprotokolle vor Beginn jeder Sitzung zu verlesen, wird ohne Widerspruch zum Beschluß erhoben.

Schulg-Rudolstadt wünscht Verlesung jedes einzelnen Antrags vor der jeweiligen Abstimmung, was vom Vorsitzenden als selbstverständlich zugegeben und damit erledigt wird.

Füglich wird noch die Wahl einer Redaktionskommission für das Protokoll angeregt und der Antrag, die Redaktion einer einzelnen Person aufzutragen, gegen den, eine Commission aus drei Personen zu bilden, angenommen. Motteler wird mit der Redaktion beauftragt.

Nach Erledigung einiger lokalen Angelegenheiten für den folgenden Tag, giebt der Vorsitzende bekannt, daß die Präsenzliste bei Beginn jeder Sitzung verlesen, sowie Fehlende protokolllarisch eingezeichnet werden, und schließt die Vorversammlung Nachts 11¹/₄ Uhr.

Erste geschlossene Sitzung.

Sonntag, den 19. Juli, Vormittags 11 Uhr,
im Aurgarten.

Vorsitzender Wahlteich: Ich gebe zunächst Mittheilung von einigen neu eingegangenen Anträgen und Zuschriften:

Die Parteigenossen in Dresden beantragen, einen ständigen Agitator dort anzustellen und werde ich diesen Antrag bis zur Berathung des neuen Punkt 9 C („Agitation“) zurückstellen, wohin er gehört. Einen Antrag in Form der Zuschrift eines Parteigenossen von der polnischen Grenze, zwei Bücher, das eine in deutscher, das andere in polnischer Sprache — die sozial-demokratischen Grundsätze behandelnd und speziell die Stellung der Sozialdemokratie in Rücksicht auf die polnischen Grund- und Bodenverhältnisse, die polnische Constitution vom 3. Mai 1791 und die Wiederherstellung Polens darlegend — von einer geeigneten Persönlichkeit verfassen zu lassen, verweise ich ebenfalls unter Punkt 9 C, dafern Widerspruch nicht erhoben wird. Es ist dies nicht der Fall, was ich hiermit konstatire. Ferner liegt vor eine Beschwerde Lepp's gegen Eckstein-Waldheim i. S. Wünscht der Congreß sofort darüber in Diskussion zu treten?

Eckstein erklärt, daß er von der Angelegenheit keinerlei Kenntniß habe.

Der Congreß beschließt, die Beschwerde an eine Commission von drei Mann zu überweisen und deren Bericht entgegenzunehmen. Mit Affkamation werden dazu gewählt Wolf, Lehmann, Albert, welchen das bezügliche Material sofort behändigt wird.

Ein weiterer Antrag von Roland, in Hessen eine Agitation in's Leben zu rufen, wird zu Punkt 9 C gestellt. — Es erfolgt hierauf Verlesung der Präsenzliste. Abwesend 4 Delegirte, welche sich inbeß nach Schluß der Verlesung melden.

Yord und Fischer=Stassfurt treten ein.

Der Vorsitzende erteilt das Wort zu 1 C (erster Theil) „Be-richt des Ausschusses“ dem Vertreter des Partei-Ausschusses

Geib: Meine Herren! Der vorjährige Partei-Congreß hatte Hamburg zum dritten Male dazu ausersehen, die Leitung der Partei in die Hand zu nehmen. In der Gewißheit, ein wichtiges Geschäftsjahr vor sich zu haben, traten die Hamburger, Harburger, Altonaer und Wandsbeker Parteigenossen am 6. September 1873 zur Wahl des neuen Ausschusses zusammen. Das Resultat der Wahl war: H. Praast, erster, und Th. Kübel, zweiter Vorsitzender; Th. Yord, Schriftführer; H. Benneke, Kassirer; A. Geib, Beisitzer.

Von diesen Ausschussmitgliedern trat Yord, indem er sich entschloß, das Amt eines Vorsitzenden der Holzarbeiter-Gewerkschaft weiterzuführen, mit Rücksicht auf Antrag 11 der vorjährigen Congreßvorlage von seinem Amte als Partei-Sekretär Mitte Oktober 1873 zurück. Jetzt wurde Geib zum Sekretär und G. A. Müller zum Beisitzer des Ausschusses gewählt.

Der Ausschuß hatte sich bei seiner Constituierung vier Hauptaufgaben gestellt: Gewissenhafte Verwaltung, siegreiche Durchführung der Reichstagswahlagitation, Kräftigung der Organisation durch deren stete Geltendmachung als Parteigesetz, Ausbreitung der Partei.

Sehen wir zu, inwiefern seine Bemühungen von Erfolg gekrönt wurden.

Als Hauptverwaltungsmaxime wurde festgesetzt, wöchentlich mindestens eine Sitzung abzuhalten und alle Briefe zc., sofern dies sich durch den Sekretär thun ließ, sofort zu beantworten, andernfalls aber definitiv in der ersten Sitzung nach Ankunft jedes Schriftstückes dessen Beantwortung zu vereinbaren. An dieser Maxime festhaltend, konnten alle dem Ausschuß unterbreiteten Angelegenheiten in einer Weise erledigt werden, daß Beschwerden wider den Ausschuß — mit Ausnahme einer einzigen aus Rochlitz, welche unbegründet war — bei der Control-Commission nicht erfolgt sind. Man könnte dem Ausschuß vorwerfen, daß er statt vier, nur drei Abrechnungen im letzten Verwaltungsjahre veröffentlicht habe, allein dem gegenüber müssen wir, abgesehen davon, daß der Vorwurf bis jetzt nicht erhoben wurde, bemerken, daß das letzte Verwaltungsjahr nur zehn Monate umfaßt, sowie daß das Bestreben, den Reichstagswahlfond zum Abschluß zu bringen, uns veranlaßte, die zweite Abrechnung auf die Zeit vom 1. November 1873 bis 19. April 1874 auszudehnen. Die neueste Abrechnung, laufend vom 20. April bis 10. Juli d. J., wird auf diesem Congreß direkt zur Vorlage gelangen

Wie sehr die Parteithätigkeit in diesem Jahre gestiegen ist, ergibt sich aus einem weitem Blick auf die Thätigkeit der Verwaltung. Die Summen, welche seit dem vorjährigen Congreß von der Partei an Steuern zusammengebracht wurden, übersteigen alle Summen früherer Abrechnungen. Dazu kommt noch, daß der Wahlfond besondere Opfer forderte, außerdem aber auch unablässig für Beschaffung von Unterstützungsgeldern gewirkt werden mußte.

Im letzten Rechnungsjahre ergaben sich auf den verschiedenen Contis folgende Zahlen:

Parteiconto:

Rassenbestand	Thlr. 152. 21. 5.		
Einnahme:			
a. Beiträge	" 2063. 29. 2.		
b. Protokolle	" 121. 14. 6.		
c. Material	" 106. 21. —.		
d. Rückzahl. v. Nürnberg. Wochenblatte	" 50. —. —.		
e. Zuschuß a. d. Unterstützungsfond	" 115. —. —.		
f. Anleihe (Gen. = Dr., Leipzig)	" 277. —. —.		
Ausgabe:			
a. für Agitation und Verwaltung		Thlr. 2232. —. 11.	
b. Zuschuß zum Wahlfond		" 533. 2. 8.	
c. Voransch. dem Nürnberger Wochenblatt		" 75. —. —.	
Rassenbestand (Vortrag)		" 46. 22. 6.	
	Thlr. 2886. 26. 1.	Thlr. 2886. 26. 1.	

Wahlfond:

Einnahme:			
a. direkt	Thlr. 731. 1. 6.		
b. Zuschuß a. d. Parteilasse	" 533. 2. 8.		
Ausgabe:		Thlr. 1264. 4. 2.	
	Thlr. 1264. 4. 2.	Thlr. 1264. 4. 2.	

Unterstützungsfond:

Rassenbestand	Thlr. 383. 14. 11.		
Einnahme:			
a. direkt	" 968. 10. 7.		
b. Rückzahl. eines Darl. v. d. G.-Dr. Leipz.	" 100. —. —.		
c. Aufn. eines Darl. v. H. Somann-Mitona	" 100. —. —.		
Ausgabe:			
a. für Inhaftirte zc.		Thlr. 1373. 28. 11.	
b. Zuschuß z. Verwaltung		" 115. —. —.	
Rassenbestand (Vortrag)		" 52. 26. 7.	
	Thlr. 1541. 25. 6.	Thlr. 1541. 25. 6.	

NB. Dem geringen Rassenbestand stehen gegenüber: die beiden Anleihen von zusammen 377 Thlr., sowie die Druck- und Buchbinderschulden von zusammen 823 Thlr. (Rosenberg, Grönberg, Chemnitz, Brade zus. ca. 150 Thlr., Genossenschaftsbuchdruckerei ca. 473 Thlr.), demnach Gesamtschulden 1000 Thlr.

Zu vorstehender Abrechnung sei noch bemerkt, daß der Parteikassirer während des letzten Verwaltungsjahres 1117 eingehende und 408 ausgehende Briefe und Geldsendungen zu verzeichnen hatte.

Das Parteisekretariat seinerseits empfing in derselben Zeit 1934 Briefe und sonstige Sendungen, während von ihm selbst deren nicht weniger als 3195 nach auswärts befördert wurden.

Bezüglich der Thätigkeit des Ausschusses in der Reichstagswahl-agitation können wir uns kurz fassen, da die Ergebnisse jener Agitation schon längst bekannt sind. Womit der Ausschuß bei dieser Agitation zunächst zu kämpfen hatte, das war das Verlangen, in allen Wahlkreisen, worin Parteigenossen wohnhaft waren, Candidaten nicht nur aufzustellen, sondern auch mit aller Energie für dieselben einzutreten. War diese Forderung auch nicht im Sinne des vorjährigen Congressbeschlusses, so ward sie doch von einem Geiste diktiert, welcher für die lebhafteste Agitationslust unserer Parteigenossen das beste Zeugniß ablegt. Der Ausschuß mußte selbstverständlich so viel als möglich einer Kräftezersplitterung in der Wahlbewegung vorbeugen, daher auch so manche an ihn gerichtete Wünsche unerfüllt lassen. In nicht weniger als 90 Wahlkreisen waren von unseren Parteigenossen Candidaten aufgestellt worden, jedoch betrug die Zahl der Candidaten nur 39. Von diesen 39 Personen wurden im ersten Wahlgange 6 (Webel, Weiß, Liebfnecht, Most, Motteler, Bahsteich), in der Stichwahl 1 (Dr. Joh. Jacoby, welcher die Wahl jedoch ablehnte) gewählt. Im Ganzen fielen auf die Candidaten unserer Partei etwa 180,000 Stimmen. Unter allen Wahlkreisen steht an Stimmenzahl obenan Chemnitz, dann folgt Grimmitzschau-Zwickau, Stollberg-Schneeberg, Glauchau-Meerane, Limbach-Mittweida, Landkreis Leipzig und Freiberg-Hainichen-Dederan. Ausgezeichnete Minoritäten wurden erzielt in Braunschweig, Meichenbach, Dresden und Nürnberg. Leider befinden sich zwei der Erwählten augenblicklich, und zwar noch für lange Zeit, im Gefängniß: Webel und Most. Doch an solche Schläge ist die Partei gewöhnt: wir wissen, daß jede politische Verfolgung die Banden enger und fester knüpft, welche um Wähler und Erwählte geschlungen sind.

Die Wahlbewegung hat uns viel Geld gekostet und noch sind die letzten Ausgaben, zu welchen uns dieselbe verpflichtet hat, nicht gemacht. Von den Geldern der Parteilasse sind etwa 1300 Thlr. direkt für die Wahl verausgabt worden. Außerdem hat das sächsische Landescomité zu Dresden laut Abrechnung in Nr. 43 des „Volksstaat“ und laut nachträglich geleisteter Zahlung an den Buchdrucker, zusammen etwa 780 Thlr. ausgegeben. Die Kosten der Wahl im Stadt- und im Landkreis Leipzig belaufen sich auf 733 Thlr., diejenigen im Kreise Weitzhain-Nochitz auf ca. 165 Thlr., im Kreise Chemnitz auf 345 Thlr., im Kreise Freiberg-Hainichen-Dederan etwa auf 150 Thlr., im Kreise Stollberg-Schneeberg ca. 350 Thlr. u. s. f. Nach einer ziemlich eingehenden Zusammenstellung und Schätzung der Wahlkosten kann behauptet werden, daß die Partei insgesammt für die Wahlen nahezu 12,000 Thlr. ausgegeben hat. Das mag Manchem zu viel erscheinen für eine Bewegung, deren Früchte, sofern wir den Reichstag in's Auge fassen,

sehr zweifelhafter Art sind. Allein von vornherein war es mehr auf die Kräftigung der Partei außerhalb, als innerhalb des Reichstags abgesehen; wußten wir doch, daß im Reichstage selbst nur wenig oder vorerst auch nichts für unsere Partei, für die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands, zu erreichen sein würde.

Unserer Befriedigung über das Ergebnis der Reichstagswahlen können wir erst dann vollen Ausdruck geben, wenn wir die Ausbreitung der Partei in Betracht ziehen. Auf dem vorjährigen Congreß konnte berichtet werden, daß die Partei an 170 Orten ihre Vertrauensmänner habe. Heute können wir schon 226 Orte bezeichnen, an welchen die Partei Mitglieder zählt, und einer solchen Ausbreitung erfreute sich die Partei noch nie. Im letzten Jahre verging keine Woche, welche der Partei nicht neue Parteiorde brachte. Zwar sind, ganz so wie im vorigen Jahre, noch viele Mitgliedschaften sich ihrer Parteipflichten wenig bewußt, allein die Zahl der positiv guten Mitgliedschaften mehrt sich in erfreulicher Weise. Unter den 226 bestehenden Mitgliedschaften befinden sich 186, welche in diesem Jahre (1874) Beiträge an die Parteikasse gesandt haben. Die 40 übrigen Mitgliedschaften bedürfen einer öffentlichen Mahnung, weshalb wir sie hier namentlich aufzählen. Sie heißen: Auerbach, Biere, Dahme, Dülken, Gablenz, Gera, Geyer, Giengen, Greiz, Groß-Mühlingen, Grünhain, Hänichen, Halle, Harzberg, Harzgerode, Heidenheim, Heilbrunn, Holzminde, Hornhausen, Judensach, Kochstedt, Lohberich, Lübeck, Lugau, M.-Glabach, Neukirchen, Nietleben, Oßernhan, Penig, Reichenbrand, Saalfeld, St. Tönis, Treuenbriezen, Unter-Weißig, Viertzen, Weida, Weinheim, Weisenburg i. V., Wittgensdorf.

Aufgabe der den soeben genannten Mitgliedschaften zunächst liegenden Parteiorde ist es, die Säumnigen an ihre Pflichten zu erinnern und sie baldigst wieder zur strikten Beachtung der Organisation zurückzuführen. Je dichter sich die Reihen schließen, desto leichter und erfolgreicher kann die Agitation betrieben werden! Würden alle säumnigen Mitglieder in leistungslustige Parteigenossen verwandelt werden, dann hätte die Partei, ohne einen andern Mitgliederzuwachs ins Auge zu fassen, mindestens 500 Thlr. an Beiträgen jährlich mehr zu verzeichnen, eine Summe, groß genug, um damit die Kosten mehrerer langandauernden Agitationsreisen bestreiten zu können.

Entsprechend den vorhandenen Mitteln wurde im verfloßenen Verwaltungsjahre mehr auf die Agitation verwandt, als in früherer Zeit. Agitatorisch thätig waren vorzugsweise: Auer, Most, Scheit, Kasper, Efflein, Wiemer, Mite, Sonntag, Wählreich, Noack, Motteler, Burchardt, Fischer, Walster, Fink, Grillenberger, Kayser, Bernstein, Baumann-Berlin, Carl Hillmann, Richard und Rud. A. Wolf, Hadlich, Holzwarth, Geiser, Ric, A. Jung, Schumacher, Sauren, Bracke, Bloß, Liebknecht u. j. w.

Der Ausschuß war stets bemüht, mit allen Vertrauensmännern und Agitationscomités nicht nur Fühlung zu behalten, nein, so weit als möglich in lebhaftem Verkehr zu bleiben. Er erblickt hierin, wohl nicht mit Unrecht, den ersten und besten Hebel zur Kräftigung der

Organisation. Je mehr die einzelnen Mitglieder mit den Absichten des Ausschusses bekannt wurden und je mehr die Strömungen in den einzelnen Mitgliedschaften wieder dem Ausschuß erkennbar blieben, desto mehr konnte gegenseitig zur Ausmerzung von Uebelständen und vorgefaßten Meinungen geschehen. Und wer wollte dies nicht als praktisch anerkennen, zumal in einer Zeit, die an Verfolgungen und Maßregelungen der Sozialdemokratie so reich ist!

Zur Anwendung des § 11 der Parteigeßäftsordnung mußte der Ausschuß in zwei Fällen greifen. Das Schiedsgericht zu Neundorf (zwischen Naumann und Röder) führte die Veröhnung der streitenden Parteien herbei; weniger glücklich war das Schiedsgericht zu Apolda, da ein entscheidender Wahrspruch von ihm nicht gefällt wurde. Ein dritter Streifall berührte das frühere Ausschußmitglied Noack (contra Hugo Hillmann und G. Schumacher), weshalb der Ausschuß die Entscheidung der Controlcommission überwies. Auf Antrag der betreffenden Mitgliedschaften wurden H. Mayer in Fürth und A. Wald in Langenbielau ihrer Mitgliedsrechte bis zum Congreß entzogen. Falls dieselben bei dem Congreß keine Berufung einlegen, sind sie definitiv aus der Partei ausgesprochen. C. Kleist in Cöln trat, als der Antrag auf seinen Ausschluß aus der Partei, gestellt wurde, freiwillig aus, womit der betreffende Antrag erledigt war.

Die Stellung des Ausschusses zur Parteipresse war im Allgemeinen dieselbe wie früher. Doch muß hier bemerkt werden, daß das Nürnberger sozialdemokratische Wochenblatt bald nach dem vorigen Congreß Eigenthum der Partei und seit jener Zeit auf Anordnung des Ausschusses von C. Grillenberger geleitet und verwaltet wurde. Dies Blatt erschien bis zum 1. April d. J. wöchentlich einmal, seitdem jedoch zweimal. Seine Existenz ist in vollem Maße gesichert, wie auch aus beifolgender Abrechnung erhellt.

Der Stand des Central-Parteiorgans „Der Volksstaat“ könnte besser sein, als er ist. Zwar deckt derselbe völlig seine Kosten, allein wir verlangen von diesem Parteiorgane mehr: es soll eine Einnahmequelle für die Partei werden. Um dies zu ermöglichen, müssen die Genossen an allen Parteiorten nachhaltig für die Verbreitung des „Volksstaat“ eintreten. Dies allein kann zum Ziele führen. Wir wiederholen hier eine Losung, die wir schon in einem Aufrufe bezüglich des „Volksstaat“ ausgesprochen haben. Sie ist vor Allem zu beherzigen, wenn der „Volksstaat“ das werden soll, was wir von ihm erwarten, und lautet: Kein Parteigenosse ohne das Haupt-Parteiorgan!

Die Abrechnung der Expedition des „Volksstaat“ eingehend zu erörtern, wird zwecklos sein, da dieselbe hier unmittelbar vorgelegt werden wird.

Der Ausschuß hatte noch dreien der Parteiblätter, wenigleich sie nicht direktes Parteieigenthum sind, sein Augenmerk zuzuwenden. Zuerst mußten Mittel für den Fortbestand der „Chemnitzer Freien Presse“ beschafft werden. Es geschah dies kurz vor den Wahlen aus taktischen Gründen. Die Summe (500 Thlr.) wurden geliefert und deren Rückzahlung, unter Bürgschaft einzelner Parteigenossen zu Ostern 1875

verabredet. Dem „Dresdner Volksboten“, sowie der „Süddeutschen Volksstimme“ zu Mainz hat der Ausschuß aus der Parteikasse mit Rücksicht auf die Agitation wiederholt Unterstützung angedeihen lassen, die, wenn auch nicht besonders groß, so doch zum Fortbestand der genannten Blätter immerhin etwas beigetragen hat.

Ein vom vorigen Congreß dem Ausschuß zur Ausführung überwiesenes wichtiges Unternehmen mußte leider bis auf günstigere Zeiten verschoben werden. Es war dies die von Hamburg aus beantragte belletristische Wochenschrift. Viele der Vorarbeiten zu diesem Blatte waren schon gethan, allein da das Circulair zur Beschaffung von neuem Betriebskapital für die Genossenschaftsbuchdruckerei, welche das Blatt drucken und verlegen sollte, wenig Erfolg hatte, so mußte, zumal auch die Wahlbewegung um einige Monate eher, als erwartet worden war, vor sich ging, die Herausgabe der genannten Wochenschrift unterbleiben. Wie die Dinge jetzt liegen, empfiehlt es sich, noch ein Jahr mit der Herausgabe zu warten und Inzwischen den Vorläufer des fraglichen Unternehmens, den „Volksstaat-Erzähler“, als tüchtigen Pionier weiter erscheinen zu lassen.

Wenn wir schließlich noch unsere Stellung zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein erwähnen, so geschieht es nur, um zu konstatiren, daß seit der Reichstagswahl der alte Hader im Wanken begriffen ist. Viel trägt dazu die Thatsache bei, daß der Allg. deutsche Arbeiterverein jetzt von oben herab mit gleichem Maße gemessen wird wie unsere Partei. Daß die Stellung des Allg. deutschen Arbeitervereins thatsächlich doch noch eine zurückhaltende ist, geht aus der Abstimmung über den, auf der Generalversammlung dieses Vereins gestellten Einigungsantrag, für welchen unter 69 Delegirten nur 19 stimmten, deutlich hervor. Wir haben uns demgemäß zu reserviren und vor Allem auf die prinzipielle Haltung des Allg. deutschen Arbeitervereins zu achten, da hierin ein wesentliches, wenn nicht das wesentlichste Moment zur Richtschnur unserer Einigungstaktik zu suchen ist.

Der Ausschuß unterbreitet dem Congreß seinen Bericht in der Ueberzeugung, seine Pflicht erfüllt zu haben. Wenn hier und da Fehler vorgekommen sein sollen, so dürften dieselben mit Hinweis auf die Schwierigkeit, es überall richtig zu machen und Allen zu gefallen, auf ihren wahren Werth leicht zurückzuführen sein.

Möge das kommende Verwaltungsjahr gleich günstige Resultate für die Partei zu Tage fördern, wie das soeben vollendete. Das Gute und Lebensfähige während, möge die Partei festen Schrittes auf der betretenen Bahn weiter wandeln, alle Zwistigkeiten meiden und, das Programm in der einen, die Organisation in der andern Hand, an den Klippen der Gegenwart vorbei ihrem hohen Ziele, der Befreiung der Menschheit, entgegenstreben!

Der Vorsitzende erklärt die Diskussion über den soeben vernommenen Bericht für eröffnet.

Wolf erhebt Beschwerde gegen den Partei-Ausschuß, wegen dessen Vorgehens in einer Gewerkschaftsangelegenheit. „Der Ausschuß hat gelegentlich der Einfindung meines Berichtes bezüglich des in Hannover

stattgehabten Metallarbeiter-Congresses, im „Volksstaat“ gegen die Einigung der Arbeiter gewirkt, und uns, die wir die Einigung wollten und wollen, allzugroßer Vertrauensseligkeit beschuldigt. In dem Vorgehen des Ausschusses, welcher die Einigung der Metallarbeiter von der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und dem Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei abhängig erklärte, liegt eine Beeinflussung der Gewerkschaften durch die betreffenden Partei-Organisationen, was im Widerspruche mit dem von uns anerkannten Grundsatz steht, daß die Gewerkschaften völlig unabhängige Organisationen sind. Ich erblicke in dem Verfahren des Ausschusses eine einseitige Einwirkung auf die Gewerkschaften, wie sie keineswegs in den Befugnissen des Ausschusses liegt.“

Geib wünscht die Debatte über diesen Punkt vertagt zu sehen, bis nach der Berichterstattung der Control-Commission.

Nach kurzer Debatte wird dies auch beschlossen, und die Diskussion über den Ausschußbericht gleichzeitig mit vertagt, so daß jetzt zum zweiten Theile des Punkt 1, C, als Berichterstatter der Control-Commission Schade-Frankfurt das Wort erhält.

Schade: Meine Herren! Ich bin beauftragt, Namens der Control-Commission Bericht zu erstatten und werde mich darauf beschränken, Ihnen attemäßig Kenntniß von deren Thätigkeit zu geben. Nachdem in einer Versammlung der Frankfurter Parteimitglieder die Control-Commission gewählt worden war, konstituirte sich dieselbe in ihrer ersten Sitzung am 11. September 1873. Bei der Vertheilung der Aemter wurden H. Kretschmar zum ersten und Julius Schade zum zweiten Vorsitzenden, L. Opificius zum ersten und H. Grimm zum zweiten Schriftführer gewählt. Daran reihte sich ein Beschluß zur Abfassung eines Aufrufs an die Parteigenossen, mit der gleichzeitigen Bekanntgabe der Constituierung der Control-Commission. Festgesetzt wurde noch die Zeit der regelmäßigen Sitzungen.

Im Ganzen hat die Control-Commission 34 Sitzungen abgehalten; sie versammelte sich regelmäßig jede Woche. Als offizielle Sitzungen sind indeß nur diejenigen betrachtet worden, in welchen wirklich ein die Gesamtpartei betreffender Gegenstand verhandelt und darüber Protokoll geführt wurde.

In der 2. Sitzung (18. September) ersuchte H. Kretschmar, das Amt des ersten Vorsitzenden auf F. Ellner zu übertragen. Die Control-Commission acceptirte diesen Vorschlag, nachdem sie die Gründe dafür als berechtigt anerkannt hatte. Ueber die einzufaltende Geschäftsordnung beschloß man, sich mit der vorjährigen Control-Commission und wegen der Beschaffung der Parteiblätter mit dem Ausschuß in Verbindung zu setzen.

In der 3. Sitzung (25. September) lagen mehrere Briefe vor, wovon der des Mannheimer Vertrauensmannes Mai eine Anfrage bezüglich des stattgehabten Congresses ist und eine theilweise Beschwerde gegen den Mannheimer Delegirten zu demselben enthält. Es wird beschlossen, diesen Brief möglichst bald nach Anhörung des Frankfurter Delegirten zu beantworten.

Die 4. Sitzung (2. Oktober) beschäftigte sich nur mit rein geschäftlichen (inneren) Angelegenheiten.

In der 5. Sitzung erstattete U. Dpificius, der zu einem Feste in Pforzheim gewesen, im Auftrage der dortigen Parteigenossen Bericht an die Control-Commission über die dortigen Verhältnisse. Der Ausschuß soll hierüber Bericht erhalten und aufgefordert werden, wenn möglich, an Stelle von Holzwarth, welcher in Folge der Geschäftskrisis wahrscheinlich aus Pforzheim abreisen müsse, einen tüchtigen Ersatzmann nach Pforzheim zu senden. Zugleich soll auch der Ausschuß ersucht werden, für eine regere Agitation in Königsberg thätig zu sein. Ein von Radtke in Königsberg an die Control-Commission über dortige Parteiverhältnisse abgeandter Bericht, war schon in der 3. Sitzung bekannt gegeben und seitens der Control-Commission beantwortet worden.

Auch die 6. und 7. Sitzung bieten außer den gewöhnlichen geschäftlichen Erledigungen keinen besonders erwähnenswerthen Verhandlungsgegenstand.

In der 8. Sitzung (28. Oktober) wurde die Antwort des Ausschusses in Betreff der Pforzheimer Angelegenheit vorgelegt. Der Ausschuß theilt darin mit, daß er über die dortigen Verhältnisse unterrichtet ist und glaubt die Pforzheimer in Betreff des Geldpunktes, angehts der lokalen, nicht unbedeutenden Hilfsquellen auf sich selber anweisen zu dürfen. In Betreff der Agitation sollen noch Schritte gethan werden. Die Control-Commission pflichtete nach längerer Debatte den Ansichten des Ausschusses bei. Nicht so war sie mit dem über den „Volksstaat“ abgegebenen Urtheil einverstanden.

In der 9. Sitzung (4. November) kam nach den gewöhnlichen geschäftlichen Erledigungen eine Anklageschrift Yorck's zur Verlesung. Dieselbe ist an den Parteausschuß gerichtet und enthält eine Anklage gegen G. Schumacher aus Köln und H. Hillmann aus Elberfeld wegen Beleidigung Yorck's auf dem Stiftungsfeste der Holzarbeiter zu Köln. Nach eingehender Berathung wurde beschlossen, von Hillmann und Schumacher eine genaue Begründung der in den beleidigenden Aeußerungen enthaltenen Behauptungen zu fordern. Der Schriftführer beantragte, die bezüglichen Briefe der Control-Commission in dieser Angelegenheit von zweien ihrer Mitglieder unterzeichnen zu lassen, worauf noch eine innere Angelegenheit erledigt ward.

In der 10. Sitzung (11. November) wurde auf Antrag des Vorsitzenden von einer Verhandlung der Streitsache Yorck-Schumacher-Hillmann abgesehen, weil die von Letzteren verlangte Auskunft noch nicht vorhanden war.

Es wurde hierauf mit der Revision der Ausschußbücher begonnen und diese in der 11. und 12. Sitzung beendet. Fast alle vorgefundenen Unrichtigkeiten waren untergeordneter Natur und wurde deren Richtigstellung beim Ausschuß brieflich veranlaßt. Behufs Kassenrevision in Hamburg wurden die dortigen Parteimitglieder aufgefordert, 3 Mann zu wählen, die nach beendigter Revision an die Control-Commission berichten sollten.

Die 13. Sitzung beschäftigte sich wieder mit der Streitsache Yorck-

Schumacher-Hillmann, und wurde zunächst ein Brief Schumacher's verlesen, der indeß nicht geeignet erachtet werden konnte, Klarheit über die Sache zu verbreiten. Nach eingehender Berathung beschließt daher die Control-Commission ein Schiedsgericht mit der Angelegenheit zu betrauen: Dieggem-Siegburg, als völlig unparteiisch, sollte den Vorsitz desselben führen, im übrigen noch 4 Mitglieder, zwei Parteigenossen von Köln und zwei Mitglieder der Holzarbeitergewerkschaft (Parteimitglieder), als Schiedsrichter fungiren. Hierauf kam ein Brief des Mainzer Central-Wahlcomité's zur Verlesung. Dasselbe ersuchte die Control-Commission, da sein Gesuch um Geldunterstützung vom Ausschusse unberücksichtigt geblieben war, denselben nochmals aufzufordern, Geld zur Wahlagitation nach Mainz zu senden. Es wurde beschlossen, dies unter Hinweis auf die Candidatur Jacoby's zu befürworten.

In der 14. Sitzung (25. November) wurde ein Brief des Ausschusses verlesen, worin derselbe mittheilt, daß Mainz bis jetzt nur deshalb nicht unterstützt worden, weil zunächst eine planmäßige Sparsamkeit mit den Geldern zur Wahl sehr geboten sei, und andererseits aber der Wahlkreis Mainz-Oppenheim nicht als der sicherste für Jacoby, sondern erst in dritter Linie in Betracht komme. Wichtiger und sicherer sei der Landkreis Leipzig und Stadt Dresden und für diese die Geldmittel mit mehr Aussicht auf Erfolg anzuwenden.

Die 15. Sitzung (2. Dezember) beschäftigte sich ausschließlich mit inneren geschäftlichen Angelegenheiten.

In der 16. Sitzung (9. Dezember) beantragt der Vorsitzende, gestützt auf eine Notiz im „Neuen Sozialdemokrat“, sofort Anfrage an den Ausschuß zu richten, ob er bezüglich der Mittheilung, daß Oswald Furt in Forst einen Wahlaufruf zu Gunsten des Herrn von Puttkammer verfaßt und veröffentlicht habe, informiert sei, in wie weit die Mittheilung auf Wahrheit beruhe. Der Ausschuß solle schnellstens über die von ihm dießbezüglich gethanen Schritte an die Control-Commission berichten.

Der Sitzung vom 16. Dezember (17) unterbreitete der Vorsitzende sämtliche an Dieggem abgeandte Schriftstücke in der Angelegenheit Yorck-Schumacher mit einer Zuschrift Dieggem's. Die Holzarbeitergewerkschaft in Köln lehnt es ab, zwei ihrer Mitglieder zum Schiedsgericht zu wählen, weil sie selbst Klägerin in der Sache sei.

In der 17. Sitzung (20. Januar 1874) wurde unter Anderem von weniger Belang, beschlossen, einen Brief an Most in Mainz zu schreiben, worin die Mainzer Parteigenossen aufgefordert werden, sich bei der Stichwahl zwischen Mounfang und Götz vollständig passiv zu verhalten.

In der 18. Sitzung (27. Januar) machte der Schriftführer auf die in der „Süddeutschen Volksstimme“ enthaltene Briefkastennotiz (Antwort von Most) aufmerksam und protestirt dagegen. Hierauf innere Angelegenheiten.

In der 19. Sitzung (10. März) erfolgte Renntnisaufnahme der Mit-

theilungen des Ausschusses über die zukünftige Besetzung der Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

In der 20. Sitzung (17. März): Vorlage und Verweisung einer Zuschrift aus Wien an den Ausschuss. Absendung eines Schreibens nach Mainz in derselben Angelegenheit. Sodann Verlesung einer Beschwerde von H. Gausche aus Kochlitz gegen den Ausschuss und das Weithainer Wahlcomité. Es wurde beschlossen, dem Ausschuss zu schreiben und H. Gausche zu ersuchen, es zu keiner Spaltung zwischen den Parteigenossen zu Kochlitz und Weithain kommen zu lassen und Alles aufzubieten, in versöhnlicher Haltung zu wirken. — Kretschmar empfahl, die Redaktion des „Volksstaat“ um raschere Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen anzufragen und wurde damit beauftragt.

In der 21. Sitzung (31. März) wurde beschlossen, nach Wien den Beschluss der 20. Sitzung zu berichten. — Auf Anfrage von Heinrichs aus Köln, betreffs der Streitsache Nord-Schumacher, soll Heinrichs beschieden werden, daß, auf den Wunsch des Ausschusses, diese Angelegenheit vor den Wahlen ruhen zu lassen, bis jetzt nichts Weiteres erfolgt sei. Der Ausschuss beabsichtigte einen gütlichen Ausgleich und wird nun zu Weiterem veranlaßt werden. — Den Kochlitzer Parteigenossen soll ein Schreiben mit der Anerkennung ihrer versöhnlichen Haltung zugesandt werden.

Die 22. Sitzung (7. April) erledigte nur innere Angelegenheiten.

In der 23. Sitzung (14. April) erfolgte Vorlage und Kenntlichnahme des vom Ausschuss in der Streitsache Nord-Schumacher erstatteten Berichtes. Die Control-Commission beschloß, von Schumacher und Hillmann Einwendung genau motivierter Anklagen gegen Nord binnen 14 Tagen zu fordern. Es wurde weiter beschlossen, an Stelle des bisherigen ein anderweitiges Schiedsgericht einzuberufen, diese Angelegenheit aber wo irgend möglich nicht vor den Congreß zu verschleppen.

Die 24. Sitzung (21. April) beschäftigte sich mit verschiedenen unwesentlichen Eingängen.

Der 25. Sitzung (28. April) lag ein Bericht von Heinrichs aus Köln vor, über Beschlüsse der Kölner Parteimitglieder in der Streitsache Nord-Schumacher. Es soll in Folge dessen nochmals ein Schiedsgericht eingesetzt werden, zusammengesetzt aus je einem Mainzer, Darmstädter, Frankfurter und Offenbacher Parteigenossen. Hierauf zweite Revision der Geschäftsbücher des Ausschusses und Beendigung derselben in mehreren darauf folgenden außerordentlichen Sitzungen.

Bericht über die vollständige Revision der Bücher wurde in der 26. Sitzung (5. Mai) erstattet. Die vorgefundenen Fehler vertheilen sich auf verschiedene Bücher. Soweit sie das Klassenwesen betrafen, wurde der Ausschuss zur Nichtigstellung angehalten, und die Klassenrevisoren zu Hamburg zur Berichterstattung hierüber an die Control-Commission veranlaßt. Anlangend die in den Ausschuss-Protokollen enthaltene Erwähnung der Uebertragung des „Dresdner Volksboten“, wurde Anfrage beim Ausschuss beschlossen.

Die 27. Sitzung (12. Mai) nahm Kenntniß von einem von 30

Züricher Parteigenossen unterzeichneten Schriftstück, welches der Control-Commission mit der „Tagwacht“ zugegangen war. Dasselbe behandelt die neuerdings im Züricher Arbeiter-Bildungsverein ausgebrochenen Zwistigkeiten und motiviert den Austritt der dreißig Unterzeichner. Die Control-Commission nahm bis auf Weiteres Einsicht davon.

Das Commissionsmitglied N. Sabor beantragte sodann, den Ausschuss zu interpelliren, in wie weit die gegenwärtig durch die Wälder laufende Notiz: „Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien sei zum Faktum geworden,“ auf Wahrheit beruhe. Zuerst war diese Nachricht von dem „Berliner Börse-Courier“ gebracht worden. Dieser Antrag wird angenommen und weiter beschlossen, den Ausschuss zu erfragen: „Er möge die Abgeordneten unserer Partei veranlassen, bei künftigen Abstimmungen im Reichstage einheitlicher vorzugehen, als dies bei dem Amendement Mallinckrodt zum Militärgesetz der Fall war, wo zwar keine prinzipiellen Verstöße vorkamen, aber doch von den vier Abgeordneten nach drei Auffassungen abgestimmt wurde, so daß leicht die Meinung entstehen konnte, daß planlos verfahren werde.“

In der 28. Sitzung (19. Mai) wurde nach einem Privatbriefe aus Leipzig, bezüglich des „Dresdner Volksboten“ eine Erklärung vorgelegt. —

Die 29. Sitzung (29. Mai) nimmt Kenntniß von den Mittheilungen des Ausschusses betr. der Bücherrevision, und behandelt abermals die Zusammensetzung des Schiedsgerichts in Sachen Nord-Schumacher. Da Schumacher verhaftet war, wurde von einer früheren Berufung abgesehen. Es soll nun aus sieben Mann bestehen, wovon aus Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Offenbach, Heddernheim und Frankfurt je einer, einer als offizieller Vertreter der Control-Commission fungiren sollte.

Das Schiedsgericht sollte am 7. Juni (Sonntag) in Offenbach zusammentreten, und wurde in der 30. Sitzung (9. Juni) das Protokoll dieses Schiedsgerichtes, nebst der von Schumacher abgegebenen Erklärung mitgetheilt. — Noch eine innere Angelegenheit, betr. den Austritt eines Mitgliedes der Control-Commission, findet hiernach Erledigung.

In der 31. Sitzung (16. Juni) nahm die Control-Commission Kenntniß von dem Originalbriefe Nord's an Heinrichs in Köln (vom 17. Jan. 1872), der die Hauptveranlassung zu dem Zwist Nord-Schumacher gegeben haben soll. Verschiedene Stellen dieses Briefes scheinen unter dem Einflusse besonderer Verhältnisse zwischen Nord, der Redaktion des „Volksstaat“ und Heinrichs geschrieben, und spricht die Control-Commission den Wunsch aus, der Congreß möge diese Angelegenheit in kürzester Frist erledigen, da dieselbe bis jetzt so zeitraubend gewesen und die Behandlung persönlicher Differenzen leider auf Kosten wichtigerer Interessen zu geschehen pflege.

Die 32. Sitzung (23. Juni) beschäftigte sich mit der Vertretung der Control-Commission auf dem Congreß. Die Control-Commission beschloß, den durch die gedruckte Vorlage schon zu Ihrer Kenntniß gekommenen Antrag bei dem Congreß einzubringen, wonach endlich die

Beiden letzten vor dem Congreß stattgefundenen Sitzungen, die 33. und 34. (30. Juni und 14. Juli), sich fast nur mit Congreßangelegenheiten und der Ertheilung von Instruktionen für den Vertreter der Control-Commission zu befassen hatten.

Die Control-Commission glaubt hiermit das Hauptfächlichste ihrer Thätigkeit während ihrer Amtsdauer berichtet zu haben und freut sich nach alledem konstatiren zu können, daß eine ebenso gewissenhafte Geschäftsführung des Ausschusses, als wie allseitige Regsamkeit im Dienste unserer Sache gewaltet hat. Sie erwartet erforderlichen Falles aus der Mitte des Congresses rückhaltlose Fragestellung und ist bereit, nach bestem Wissen Auskunft zu ertheilen. —

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion über den Bericht der Control-Commission, sowie die auf Antrag Geib's vertagte Debatte über den Ausschußbericht zc.

Schumacher stellt den Antrag, die Streitsache York-Schumacher einer Commission zu überweisen, was nach längerer Debatte beschlossen wird. Es werden Liebknecht, Müller-Mainz, Auer, Schwanebeck, Fischer-Gartensfeld in diese Commission gewählt und ihr die bezüglichen Unterlagen übergeben.

Bei der nun folgenden Debatte über den Bericht des Ausschusses und der Control-Commission giebt Geib über den Sachverhalt betreffs der Wolf'schen Beschwerde Aufschluß: Die Beschwerde ist jetzt gegenstandslos, weil das eingetreten ist, was der Ausschuß vorausah, nämlich das Mithlingen einer Einigung der beiden Metallarbeiter-Organisationen. Die Einigung war von der anderen Seite keineswegs ernst gemeint.

Ulrich und Scheil sprechen noch im Sinne Wolf's für die Berechtigung der Beschwerde.

Kołosky entschieden dagegen, worauf Schluß der Debatte über diesen Gegenstand beschlossen wird.

Burkhardt beantragt: „Der jedesmaligen letzten Vierteljahrs-Abrechnung, welche auf dem jährlichen Congresse zur Vertheilung an die Delegirten gelangt, ist die gesammte Jahresbilanz gedruckt beizufügen.“

Bernstein und Geib halten die gedruckt vorliegenden Abschlüsse für vollständig genügend.

Kołosky hält den Burkhardt'schen Antrag für praktisch.

Der Antrag Burkhardt's wird bei der Abstimmung angenommen.

Ein Antrag der Mitglieder von Zwickau, die Aufnahme bestraffter Personen je nach Befund der Strafsache anlangend, wurde zu Punkt 6 C der Tagesordnung verwiesen und die Verhandlungen mit Rücksicht auf die am Nachmittags 3 Uhr im Congreßlokale stattfindende öffentliche Volksversammlung bis 7 Uhr Abends ausgesetzt.

(Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr Nachmittags.)

Öffentliche Sitzung (Volksversammlung).

Sonntag, den 19. Juli, Nachmittags 3 1/2 Uhr,

im Auzgarten.

(Der Saal ist gedrängt voll. Circa 600 Personen füllen die Räume. Unter den nach dem Garten geöffneten Saalfenstern sind noch einige hundert Personen zu zählen. Wie Ortskundige versichern, sind die Zuhörer zur größeren Hälfte keine Parteigenossen, davon ein bedeutender Theil gegnerisch.)

Parteigenosse Küger-Coburg eröffnet als Einberufer die Volksversammlung, deren Zweck er bekannt giebt und sodann folgendes Bureau vorschlägt: Wahlreich-Chemnitz als ersten, Geib-Hamburg als zweiten Vorsitzenden; Eckstein-Waldheim als ersten, Mehlhorn-Crimmitschau als zweiten Schriftführer.

Die Versammlung tritt diesen Vorschlägen bei.

Wahlreich übernimmt den Vorsitz. Er giebt in kurzen Worten kund, daß die heutige Volksversammlung sich von den bisher in Coburg abgehaltenen dadurch unterscheidet, daß es erwählte Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei seien, welche die Grundsätze und die Stellung der Sozialdemokratie klarzulegen hätten. „Die vorliegende Tagesordnung ist speziell aus dem Grunde gewählt worden, um Jepermann und besonders den Gegnern einmal Gelegenheit zu geben, die verhänglichsten, zur Verläumdung unserer Partei am meisten benutzten Fragen nach den Darlegungen solcher Parteileute kennen zu lernen, die kraft ihrer Position in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und im öffentlichen Leben sicher mehr Glaubwürdigkeit zu beanspruchen haben, als die Quellen, aus denen die entstellenden und sinnverwirrenden Schilderungen der sozialistischen Bestrebungen herrühren: die gegnerische Presse und deren Zubringer, die einestheils unfähig sind, die Wahrheit zu erkennen, anderntheils ein Interesse haben, die Wahrheit über den Sozialismus nicht zu sagen.

„Wir sind bereit, Gegenrede zu hören und Gegnern Rede zu stehen, und erwarten, daß die Anwesenden, dies anerkennend, den Verhandlungen mit der erforderlichen Aufmerksamkeit und Ruhe folgen werden.

„Ueber Punkt 1 der Tagesordnung: „Die politische Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ sprechen Liebknecht und Rotteler. Ich ertheile zunächst das Wort Herrn Liebknecht.“

Liebknecht: „M. H.! Schon vor 4 Jahren, auf dem Stuttgarter Congreß, hatte ich über diese Frage zu sprechen. Ereignisse, durch welche die Oberfläche der Welt verändert ward, haben sich seitdem zugegetragen, allein auf die politische Stellung unserer Partei sind dieselben ganz ohne Einfluß, weil unsere Parteistellung, durch unser Prinzip von

vornherein fest bestimmt, von zufälligen politischen Eintagsbildungen — und scheinen sie noch so kolossal — nicht berührt wird. Es läßt sich heute also nichts Neues sagen; und wenn wir das Thema nochmals auf die Tagesordnung gesetzt haben, so geschah es nicht, um innerhalb, sondern um außerhalb der Partei Klarheit zu verbreiten, was jetzt doppelt nothwendig ist, weil das blödsinnige Märchen von dem Bündniß der rothen und schwarzen Internationale, dessen perfiden Erfindern durch gewisse Vorkommnisse am Saum unserer Partei, erwünschter Vorschub geleistet worden ist, in den Köpfen des Denkervolks großen Unfug angerichtet, und auch Viele, die uns an sich keineswegs feindlich sind, stutzig gemacht hat. Rücksicht auf diese war hauptsächlich maßgebend, nicht Rücksicht auf die verläumderischen Urheber des Märchens, und deren Handlanger in der Reptilienpresse, für welche wir nur das Gefühl tiefster Verachtung haben.

„Nun zur Sache. Die Frage unserer politischen Stellung hat ihre Antwort in unseren Prinzipien. Unser Parteiname ist unser politisches Programm. Als Sozialisten erstreben wir eine Gesellschaft, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht kennt und die Gesamt-Produktion und Consumption genossenschaftlich regelt; als Demokraten erstreben wir einen Staat, welcher die sozialistische Regelung zur Aufgabe hat, und, da die Arbeit die Mutter aller Kultur, durch Befreiung der Arbeit und durch eine, die Zwecke der Menschheit fördernde Organisation der Arbeit zum wirklichen „Culturstaat“ wird. Die heutige Gesellschaft und der heutige Staat sind aber das genaue Gegentheil dessen, was wir erstreben. Die heutige Gesellschaft beruht auf der Ausbeutung der arbeitenden durch die besitzenden Klassen, beruht auf der Klassenherrschaft; und der heutige Staat, der nichts anderes ist als der Ausdruck der heutigen Gesellschaft, drückt auf die Ausbeutung den Stempel des Gesetzes, garantiert die Klassenherrschaft: ist Klassenstaat, kulturfeindlicher Klassenstaat, trotz des samösen Kulturkampfes. Der Staat speziell, in dem wir leben, das sogenannte deutsche Reich — in Wirklichkeit nur ein erweitertes Preußen — ist Klassenstaat in des Wortes vollster Bedeutung. Ein Blick auf die, ausschließlich den Sonderinteressen der besitzenden Klassen dienende Gesetzgebung der letzten Jahre erhebt dies für jeden Denkfähigen außer Zweifel. Und dieser Klassenstaat ist zugleich noch Militärstaat. Ein Klassenstaat, gehüllt in den Panzer des Militärstaats, lastet das preußisch-deutsche Reich mit doppelter Wucht auf dem arbeitenden Volke. Damit ist unsere Stellung dem Reich gegenüber gegeben. Wir sind „Reichsfeinde“, weil wir Feinde des Klassenstaats sind. Daß wir in der Reichsfeindlichkeit augenblicklich nicht allein stehen, kann uns nicht zu Verzicht auf unsere prinzipiell gebotene Stellung veranlassen. Die Reichsfeindlichkeit ist ja kein politisches Programm, konstituiert keine Partei, ebenso wenig, wie weiland die Preußenfresserei der württembergischen Volkspartei und kleinstaatlichen Reaktionäre. Die Ultramontanen und Partikularisten, so weit von letzteren noch die Rede sein kann, sind zwar auch Reichsfeinde, allein nicht, wie wir, aus prinzipiellen, sondern aus Opportunitätsgründen. Die Partikularisten und Ultramontanen sind Anhänger des

herrschenden Klassenstaats: sie streiten mit der Reichsregierung bloß um den ihnen zukommenden Antheil an der Klassenherrschaft, und werden Hrn. Bismarck und Consorten, sobald die Opposition ihnen nicht mehr von Vortheil ist, jedenfalls sobald der Klassenstaat, ihre gemeinsame Domäne, irgend bedroht wird, gerührt in die Arme sinken. Insbesondere der Kulturkampf ist nur politische Geschäftskonkurrenz. Bismarck will der himmlischen Gensdarmarie die preußische Pickelhaube aufsetzen, und die himmlische Gensdarmarie möchte das Geschäft mehr auf eigene Rechnung führen. Da das Geschäft im Grunde das nämliche, und die Gefahr der Emanzipation des arbeitenden Volks für beide Theile die gleiche ist, so kann eine Ausöhnung nicht ausbleiben. Mit uns dagegen ist sie unmöglich; denn wir sind dem Wesen des Reichs feind, nicht seiner zufälligen Entstehung und seiner zufälligen, dem Wechsel und der Laune unterworfenen Tagespolitik. Was geht es uns an, daß die Gründung des Reichs ein Bruch mit dem „Recht“ war? Der „Rechtsboden“ des alten Bundes taugte gerade so viel und so wenig, wie der Rechtsboden des neuen Reichs. Rückkehr in die Misere des alten Bundes liegt unserem Streben selbstverständlich ebenso fern, wie die Befestigung des neuen Reichs, dessen, allerdings sehr unfreiwillige Verdienste um die Revolutionirung der politischen und sozialen Welt wir übrigens nicht ableugnen wollen. Gernig: wir stehen in prinzipiellem Gegensatz zu dem Reich; daraus folgt, daß wir als politische Partei, als Männer der Aktion, nicht der frommen Wünsche, die prinzipielle, die radikale Umgestaltung des Reichs anstreben; mit anderen Worten: daß wir eine revolutionäre Partei sind. Das Wort revolutionär hat in jüngster Zeit eine ziemliche Welle geipelt; man hat, z. B. bei dem Leipziger Hochverrathsprozess, einen Strich daraus drehen wollen, um uns juristisch zu erdroßeln. Jedoch nicht mit Glück. Vor allem nicht mit Geschick. Jede Partei darf das Recht beanspruchen, daß ihren Ausdrücken der Sinn untergelegt wird, den sie selbst ihnen unterlegt. Und dieses Recht hat sie um so mehr, wenn sie dabei dem Sprachgebrauch gefolgt ist, wie wir es in diesem Fall gethan haben. Das Ziel geht die Hrn. Staatsanwälte überhaupt nichts an. Und weiter: ein revolutionäres Ziel erheischt nicht mit Nothwendigkeit die Anwendung revolutionärer Mittel, im Sinn der staatsanwaltschaftlichen Auffassung des Wortes „revolutionär“. Ein revolutionäres Ziel ist sehr wohl durch nicht gewaltthame, durch gesetzliche Mittel zu erreichen. Wir haben ein Beispiel an der englischen Reformbewegung, die in sofern wenigstens revolutionär war, als sie der Klasse, welche bis dahin in England ausschließlich geherrscht hatte, trotz ihres Widerstandes diese ausschließliche Herrschaft entriß, ohne daß der gesetzliche Boden verlassen wurde — einfach, durch eine großartige Agitation, durch unwiderstehliche pressure from without — „Druck von Außen“, d. h. aus dem Volk heraus. Hier ist auch für uns der Punkt, an welchem der Hebel anzusetzen. Zwar ist unser Vereinsrecht nach allen Richtungen hin beschnitten, unsere Pressefreiheit ein Spott auf den Namen, allein selbst mit diesen rostigen, mangelhaften Waffen, mit den Gesetzen, die gegen uns gemacht worden sind, getrauen wir uns, den Feind zu

besiegen. Jedenfalls werden wir uns nicht von dem Boden der Gesetze abdrängen lassen, womit nur unseren Feinden gedient wäre; und werden uns nicht auf das Gebiet der Putsche begeben, auf das man uns von gewisser Seite her durch allerhand Provokationen verlocken möchte. Wir überlassen es unseren Feinden, ihre eigenen Gesetze zu brechen.

Hier eine Bemerkung. Ich stimme der Lassalle'schen Definition der Begriffe Revolution und Reform nicht bei. Der Unterschied liegt nicht im Ziel, sondern in den Mitteln und Wegen. Die umfassendste Revolution kann reformatorisch durchgeführt, die revolutionärsten, ich meine gewaltsamsten, Mittel können für nichts weniger als revolutionäre, ja geradezu reaktionäre Ziele in Anwendung gebracht werden. J. B. die sehr unzeremoniöse Absetzung verschiedener gottesgnädiger Fürsten durch den preussischen Junker Bismarck. —

Ein großer Irrthum ist's, den Reichstag als Hauptfeld, als Schwerpunkt unserer Agitation zu betrachten. Es ist wahr, der Reichstag geht aus allgemeinem Stimmrecht hervor; aber, nicht genug, daß das Stimmrecht verkümmert ist, fehlen uns auch die politischen und sozialen Garantien für dessen freie Ausübung; dazu kommt, daß der Reichstag absolut machtlos ist; er liegt in der Hand des Fürsten Bismarck, und auf die Hand des Fürsten Bismarck läßt sich der Hebel nicht stützen, welcher den Fürsten Bismarck und das durch ihn vertretene System aus den Angeln haben soll. Der Hebepunkt muß fest sein und außerhalb des zu bewegenden Gegenstands liegen. Vom Reichstag gilt weder das Eine noch das Andere. Vom Volk dagegen gilt Beides. Wenn wir uns an den Reichstagswahlen betheiligen, so thun wir es sonach nur, weil sie uns eine günstige Gelegenheit zur Agitation unser dem Volk bieten; alle anderen Parteien wühlen die Massen auf, ziehn tiefe Furchen in die Oberfläche des Staatskörpers und wir helfen mit, und streuen die Saat der Sozialdemokratie in die Furchen. Im Reichstag selbst ist unsere Wirksamkeit eine sehr beschränkte. An legislatorische (gesetzgeberische) Thätigkeit ist von vornherein nicht zu denken, 1) weil der Reichstag keine selbstständige gesetzgeberische Körperschaft ist, sondern bloß ein ornamentales Anhängsel der Bismarck'schen Diktatur, und 2) weil im Reichstag, so lange das jetzige politische und gesellschaftliche System dauert, unsere Feinde die überwältigende Majorität haben und haben werden. Unsere Vertreter im Reichstag müssen deshalb stets das agitatorische Moment im Auge behalten. Können sie gesetzgeberisch etwas zum Vortheil der Arbeiterklasse durchsetzen — gut, dann mögen und sollen sie es thun. Prinzipienreiterei treiben wir nicht. Im Wesentlichen werden sie sich jedoch negativ, kritisch zu verhalten, dem heutigen Klassenstaat die Maske abzureißen, im Parlament den Parlamentarismus ad absurdum zu reduzieren haben. Detaillierte Vorschriften lassen sich da nicht machen; die Taktik der Gegner wird die unsrige bestimmen. Jedenfalls werden wir, wenn man anständig gegen uns ist, trotz unserer Verachtung für den Parlamentarismus dem parlamentarischen Prinzipienkampf nicht ausweichen, vor dem unsere Feinde, wo es sich um die Sozialdemokratie handelt, eine so heilige Scheu haben — trotz ihrer Schwärmeret für den Parlamentarismus.

Noch Eins: der politischen Thätigkeit wird hier und da von sozialistischen Phantasten die Berechtigung abgesprochen. Es ist hier weder Zeit noch Ort, in den Kern der Frage einzutreten, die übrigens von unserer Partei längst entschieden worden ist. Ich will nur bemerken, daß es uns vor Verfolgungen nicht bewahrt, wenn wir den politischen Fragen auszuweichen suchen. Unsere Feinde wissen sehr wohl, daß die Konsequenzen des Sozialismus sich mit der Existenz des heutigen Staats nicht vertragen, und handeln demgemäß. Vertrieben wir uns in die Ecke, es wird uns nichts nützen, — die Feinde ziehen uns an den Haaren hervor, und zum Schaden fügen wir noch die Schande der Feigheit.

Sind wir nicht Männer? Was scheuen wir uns um die Verfolgungen? Sie können unserer Sache nur nützen. Erliegt der Eine oder Andere, so wird die Lücke rasch ausgefüllt werden. Und stehen wir vor dem Aeußersten, so laßt uns der Helden gedenken, die an den Pfählen von Satorch ihr Blut vergossen haben, ohne die Wimper zu zucken; so laßt uns gedenken der Worte jener Römerin*, die sich der Schmach der Knechtschaft durch einen freiwilligen Tod entzog: Es thut nicht weh!

Ich empfehle Ihnen folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt: die sozialdemokratische Arbeiterpartei verharret gegenüber den jetzigen politischen Gestaltungen Deutschlands in ihrer durch die Parteiprinzipien gebotenen Stellung und betheiligt sich an den Reichstagswahlen und durch ihre Vertreter an den Reichstagsverhandlungen wesentlich nur zu agitatorischen Zwecken.“

Wahlrecht: Ich eröffne hiermit die Diskussion über das soeben beendete Referat. Wer das Wort wünscht, mag dasselbe verlangen, wir verbürgen volle Redefreiheit. (Pause.) Da sich bis jetzt Niemand zum Wort gemeldet hat, ertheile ich das Wort dem zweiten Referenten Motteler: Nach den klaren und bündigen Ausführungen des Vorredners beabsichtige ich durchaus nicht, Ergänzungen zu denselben zu geben. Ich habe mir vielmehr die Aufgabe gestellt, an der Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung u. A. m. speziell nachzuweisen, daß die von meinem Vorredner gekennzeichneten Grundsätze unserer Stellung, allen anderen Parteien des heutigen Staates gegenüber, sowie im Gesamtinteresse des Volkes nothwendig und wichtig sind.

Redner schildert hierauf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den letzten 2 Jahrzehnten, und zeigt, wie die Versuche der damaligen politischen Parteien, sich ihrer zu bemächtigen, sämmtlich fehlschlügen, und wie bei den Reichstagswahlen 1867 die Arbeiter zum erstenmal selbstständig als politische Partei auftraten.

*) der Arria, die unter Kaiser Claudius (44 n. Chr.) mit ihrem Gemahl Pätus, der fälschlich einer Verschwörung angeklagt war, sich durch Selbstmord der Folter und Schmach entzog. Als Pätus zauderte, stach sie sich den Dolch in die Brust und reichte ihm denselben mit den Worten: Paete, non dolet! Pätus, es thut nicht weh!

„Aus dem Prinzip unserer Partei erhellt ihre politische Stellung, sagte mein Vorredner sehr richtig. Unser Prinzip ist: „das Gesamtinteresse Aller“, und daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, als einzig sichere Unterlage aller politischen Freiheit und Macht im Staate, die soziale Befreiung in erster Linie anzustreben und vorzubereiten. Wir trennen also wie die Dinge heute liegen, beide Fragen nicht voneinander und nehmen demgemäß überall Stellung im Kampfe der Parteien, in welchem sich selbstverständlich unser Vorgehen wesentlich nach dem Widerstand und dem Verfahren unserer Gegner zu richten hat, die sich der Regel nach nicht dazu verstehen, einen Kampf der Prinzipien gegen uns zu kämpfen, sondern es vorziehen, sich der Waffen der Vergewaltigung und Entstellung gegen uns zu bedienen. Beweise hierfür hat der Vorredner bereits genügend erbracht. Allerdings ist mit einem zweifelnden Kopfschütteln, wie man es während seiner Erwähnung der parlamentarischen Praxis, die im Reichstage die Sozialisten möglichst selten zum Worte kommen läßt, in „höheren Kreisen“ (— auf der Gallerie, wo sich eine Anzahl höherer Herren befindet —) wahrnehmen konnte, keine Entkräftung unser Beweise, kein Gegenbeweis erbracht. — Ich halte es um so mehr geboten, den Nachweis zu führen, wie auch im Reichstage sich die gegnerischen Kampfgrundsätze nur als der Ausfluß unerwünschter Herrschsucht und der Furcht, diese Herrschsucht nicht vollauf befriedigen zu können, gezeigt haben. Ich werde dabei gleichzeitig auf unsere soziale und politische Stellung den letzten Reichstagsvorlagen gegenüber zu sprechen kommen und Sie mögen darnach bemessen, ob es gewisserseits mit Recht gar so heiter anregen konnte, wenn mein Vorredner sagte, daß unsere agitatorische Tätigkeit außerhalb und in dem Reichstage stattzufinden habe, und daß wir nur aus agitatorischen Gründen uns von den parlamentarischen Schaustellungen neuester Zeit nicht fernhielten.“ — Redner charakterisiert hierauf die Redeordnung im Reichstag und deren Handhabung dem Abgeordneten Geib gegenüber, der bei der Preßgesetzdebatte die Äußerung des Abg. Bamberger — (in der Contractbruchgesetz-Generaldiskussion) —, daß gewisse Minoritäten im Reichstage von der Majorität als Gäste zu berücksichtigen seien, nicht haben widerlegen können, weil das Präsidium, ihn unterbrechend, erklärte, es stehe keinem Redner das Recht zu, in frühere Debatten zurückzugreifen, während für die andere Seite dieß geradezu Regel war. — Redner beleuchtet die einzelnen Gesetzesvorlagen als Ausfluß der reinsten Klassengesetzgebung, die darauf beruhe, die Massen in wirtschaftlicher Abhängigkeit und damit politisch machtlos zu erhalten; und geißelt schließlich noch die Lächerlichkeit der gegnerischen Anschuldigung, daß die Sozialisten mit den „Schwarzen“ verbündet sein sollen, weil sie u. A. im Reichstag bei verschiedenen Vorlagen gemeinschaftlich gegen den gemeinschaftlichen Gegner gestimmt haben. Daß die prinzipiellen Motive zu dieser Taktik von den Gegnern verschwiegen werden, sei ein weiterer Beweis dafür, wie sehr man die Macht der sozialistischen Wahrheit fürchte; und die laut zu Tage tretenden Wünsche der Gegner, ein

„Correctiv“ für das allgemeine direkte Wahlrecht baldigt zu schaffen, seien der schlagendste Beweis für die Richtigkeit unserer politischen Stellung, wie sie bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gelangt und fernerst einzunehmen sei. Daß der Parlamentarismus das Ideal der Sozialisten nicht sein könne, in dessen Verwirklichung sie bessere Gesellschaftszustände verbürgt sähen; müsse Jedem klar werden, der die Machtlosigkeit des Reichstags sich vor Augen hält. Die Sozialisten würden demgemäß auch fortfahren, sich seiner nur zu vorwiegend agitatorischen Zwecken zu bedienen und in ihren einmal als richtig erkannten Bestrebungen sich nicht beirren lassen, sondern unentwegt weiterkämpfen.

Wahlrecht: Nachdem der zweite Berichterstatter gehört ist, frage ich nochmals, ob Jemand aus der Versammlung sprechen will und verlese zuvor die Resolution. — Es hat sich Niemand zum Wort gemeldet und ich ersuche nun Diejenigen, die gewillt sind, diese Resolution anzunehmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Mehrheit, ich bitte um die Gegenprobe. (Geschicht.)

Die Resolution ist mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Wir verschreiten zu Punkt 2 der Tagesordnung. „Die industrielle und ländliche Arbeiterfrage.“ Der erste Referent Herr York (Hamburg) hat hiezu das Wort.

York: Geehrte Anwesende, Freunde, Arbeiter! Ueber dieses Thema ist wohl wenig Neues zu sagen, nachdem es seit mehr als einem Jahrzehnt nicht nur in Tausenden von Arbeiterversammlungen besprochen, sondern auch bei den über den Arbeitern stehenden Gesellschaftsklassen ein freilich wenig beliebter, dafür aber ein so zudringlicherer Mahner ist. Und die Zeichen mehrten sich, die uns beweisen, daß die sogenannte Arbeiterfrage nicht nur immer mehr und mehr das öffentliche Interesse in Anspruch nimmt, sondern auch als naturgemäß und berechtigt anerkannt wird.

Aber was die „Arbeiterfrage“ für die Einen ist, das ist sie nicht für die Anderen. Die Einen verstehen darunter die soziale Frage überhaupt, die Anderen sehen in ihr nur einen Theil der sozialen Frage.

Für uns ist die „Arbeiterfrage“ der Inbegriff aller Anforderungen, welche die, vom Bewußtsein ihrer Menschenwürde durchdrungenen und von der Erkenntniß ihrer Klassenlage geleiteten Arbeitermassen an den Staat, als Inbegriff der großen Vereinigung des gesamten Volkes, stellen.

Für uns ist die „Arbeiterfrage“ alles Ernstes die Frage der Arbeiterklasse an die übrigen Klassen der Gesellschaft nach dem, was dieselben bislang zur Förderung und Besserung der Lage der Arbeiter und zur Verwirklichung der berechtigten Forderungen derselben gethan haben und thun wollen. Mehr noch: Für uns ist die „Arbeiterfrage“ die Forderung nach einem neuen Arbeitsrecht.

Aber welche Forderungen stellen denn die Arbeiter an die übrigen Klassen der Gesellschaft, an den Staat überhaupt? Nun, dieß sind die bekanntesten Forderungen der Sozialdemokratie, die als sozialdemokratisches Programm in Tausend und aber Tausenden von Exemplaren über

Deutschland verbreitet, und nur Denen nicht bekannt sind, die am tollsten dagegen eifern. Es sind die Forderungen, für welche vor einigen Monaten bei den letzten Reichstagswahlen fast eine halbe Million wahlberechtigter Männer ihre Stimmen abgegeben haben: es ist die Forderung politischer und sozialer Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Gesellschaftsklassen. In politischer Hinsicht freiestes und weitestbesetztes Wahlrecht bei allen vorkommenden Wahlen für den ärmsten Arbeiter in gleichem Maße wie für den Millionär, in sozialer Hinsicht Befreiung der besitzlosen Majorität — der Arbeiter — von der Ausbeutung durch Einrichtungen getroffen werden, die jedem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit sichern.

Und diese Forderung gerade ist der Haupttragbalken der „Arbeiterfrage“, denn diese Forderung schließt in sich die Forderung nach einem **neuen Arbeitsrecht**.

Von wie großer Bedeutung auch alle die Fragen sein mögen, die gegenwärtig unser gesellschaftliches Leben so tief bewegen, und die in ihrer Gesamtheit die Arbeiterfrage, richtiger gesagt, die soziale Frage ausmachen, als da sind die Wohnungsfrage, die Ernährungs- und Erziehungsfrage (obligatorischer mentellischer Unterricht in allen Bildungsanstalten für das gesammte Volk); wie tief einschneidend der Streit um Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Arbeitslohnes, Beseitigung der Kinder- und Frauenarbeit, Coalitionsfreiheit und Contractbruch-Bestrafung; wie hochwichtig die Forderung nach größerer politischer Freiheit — Erweiterung des Wahlrechts — auch ist: gegenüber der Forderung eines **neuen Arbeitsrechts** treten doch alle diese Fragen und Forderungen in den Hintergrund. Alle Fragen, politischer oder sozialer Natur aber lösen sich damit von selbst, die Erfüllung aller Forderungen fällt uns wie reife Früchte in den Schoos.

Aber was ist denn das für ein Recht, das neue Arbeitsrecht, welches wir als die Quintessenz der Arbeiterfrage bezeichnen? Es ist das gesetzlich verbürgte und thatsächlich gesicherte Recht der Arbeiter auf den vollen Ertrag ihrer Arbeit. Es ist die gesetzliche und thatsächliche Beseitigung jedweder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Mit Einem Worte: es ist die Ausrottung aller Ungerechtigkeit, die aus dem gegenwärtigen Ausbeutungssystem in Production und Handel entspringen.

Was ist von jeher, vom grauen Alterthum bis auf den heutigen Tag der Arbeit Recht gewesen? Der gesetzliche, und dann der thatsächliche Zwang, die Fristung der kümmerlichsten Existenz, das Recht zu leben durch das Schaffen von Schätzen und Reichthümern im Dienste und Interesse Anderer sich zu erkaufen.

Die Sklaven im Alterthum, die ihren Herren persönlich mit Leib und Leben gehörten, die an die Scholle gefesselten Leibeigenen des Mittelalters, die zwar nicht mehr persönliches Eigenthum ihrer Herren waren, sich aber deren Willen in jeder Hinsicht fügen mußten, sie waren durch Gesetz und Recht gezwungen, für des Lebens Nahrung und Nothdurft ihre ganze Arbeitskraft im Dienste und im Interesse ihrer Herren

zu opfern. Welche ungeheuren Schätze und Reichthümer durch die gebundene Arbeit im Alterthum und Mittelalter aufgehäuft wurden, darüber gibt uns die Geschichte Auskunft, davon legen noch heute die Bauwerke des Alterthums und Mittelalters, die reichen Dotationen der Kirchen und Klöster, besonders aber die vielen Stiftungen des Mittelalters Zeugniß ab.

Eine Klasse Arbeiter war allerdings nicht an die Scholle gefesselt, auch nicht gezwungen, für einen bestimmten Arbeitsherrn zu arbeiten, wir meinen die Handwerksgefallen und Knechte; sie konnten nach Belieben den Meister, auch die Stadt wechseln. Aber diese Freiheit war mehr persönlicher Natur und beschränkt durch die Zunftgesetze, durch welche die unselbstständigen Gefellen gezwungen wurden, ihre Arbeitskraft zwar nicht gerade dem zünftigen Meister Hans oder Kunz, aber doch einem zünftigen Meister zu opfern. Die Zunftgesetze bestimmten die Länge der Arbeitszeit, sie setzten die Höhe der Löhne fest, die neben der gelieferten Naturalverpflegung, Kost und Logis in des Meisters Haus, als Belohnung für besonderen Fleiß, als Tagelohn, theils auch als Entgelt für nicht gelieferte Kleidung gewährt wurde.

Wir sehen also auch hier, trotz der scheinbaren Freiheit, doch den gesetzlichen Zwang, durch welchen die Arbeiter genöthigt wurden, ihre Arbeitskraft für andere privilegierte Personen zu opfern.

Und heute? Freilich gehören heute die Arbeiter nicht mehr persönlich den Arbeitsherrn zu eigen, wie die Sklaven im Alterthum; sie sind überhaupt nicht mehr an einen bestimmten Herrn gefesselt, wie die Hörigen im Mittelalter, kein Gesetz zwingt sie für diesen oder jenen Herrn zu arbeiten, wenn sie nicht wollen, an diesem oder jenem Ort zu bleiben, wenn es ihnen nicht beliebt. Nichts desto weniger aber sind sie doch gezwungen, ihre Arbeitskraft für des Lebens Nahrung und Nothdurft zu verkaufen. Die Schätze und Reichthümer, die man heute mit dem Namen Kapital bezeichnet, legen Zeugniß dafür ab, daß die Arbeiter heute noch gerade so wie vor tausend Jahren im Dienste und im Interesse Anderer, der besitzenden und herrschenden Klasse, frohuden müssen. Dazu kommt: alles Kapital, bewegliches und unbewegliches ist das Product der Arbeit, ist aufgehäufte Arbeit — geschaffen von den Arbeitsbienen, und in Besitz genommen von den Drohnen der menschlichen Gesellschaft, zum Zweck neuer Ausbeutung der Arbeiter, auf Grund des Ausbeuter-Privilegs, welches ihnen die heutige Productionsweise — von Rechtswegen — einräumt; früher als Unfreie durch Gesetz und Recht, heute als Freie durch den Hunger dazu gezwungen. Denn welcher ungeheure Fortschritt in dem Unterschied zwischen dem Sklaven und dem heutigen freien Arbeiter auch in individueller Hinsicht sich bemerkbar macht, in seiner Eigenschaft als Producent ist der Arbeiter heute noch eben so gefesselt wie vor 1000 Jahren. Damals der Sklave eines Herrn, heute Lohnsklave des Kapitals — das ist der gewaltige Unterschied und Fortschritt, der auf sozialem Gebiete während der Zeit zu verzeichnen ist. Während in dieser Zeit das persönliche Recht des Arbeiters ein ganz anderes geworden ist, ist das Arbeitsrecht noch immer dasselbe, Kraft dessen die Sklaven vor 1000 Jahren ausgebeutet wurden, dessen

Rechtstitel auch der Rechtstitel des Raubritters, Wegelagerers und Strauchdiebes ist — die Gewalt. —

Und gerade darum ist die Arbeiterbewegung berechtigt, ist die Forderung nach einem neuen Arbeitsrecht zeitgemäß und zur Emanzipation des Arbeitervolkes nothwendig.

Darum aber auch, und in diesem Sinne aufgefaßt, ist die Arbeiterfrage nicht ein Stück der sozialen Frage, sondern sie ist die soziale Frage in erster und letzter Instanz.

Auf Grund des alten Arbeitsrechts haben sich herausgebildet unsere heutigen Eigenthums- und Besitzverhältnisse, das Erbrecht nicht zu vergessen, durch welche die große Masse des Volkes eigenthums- und besitzlos geworden ist und alle die Noth, alles das Elend, welches so schwer auf dem arbeitenden Volke lastet, über uns hereingebrochen ist.

Auf Grund des heutigen Arbeitsrechts ist die große Masse des Volkes, sind Millionen dazu verdammt, trotz schwerer Arbeit vom frühen Morgen bis zum späten Abend ein Dasein in Noth und Elend zu führen, während einige wenige Müßiggänger, als Ausbeuter der Arbeitskraft ihrer Arbeiter, im Reichthum ersticken.

Auf Grund des alten Arbeitsrechtes, des Rechtes der Ausbeutung, der Unterdrückung der Arbeiter durch den Besitz, ist der allgemeine Wohlstand des sogenannten Mittelstandes heute ruiniert, und wird ein Zustand gefördert, der einer Hand voll Reicher ein Land voll Armer entgegenstellt, und Gesittung, Kultur und Bildung, mit einem Worte, die wahren Staatsinteressen in verderbenbringender Weise schädigt.

Wohl wahr! Die Erfüllung der Forderung der Arbeiterklasse schon nach einer Verbesserung ihrer Lage — von dem Endziel einer Neugestaltung des Arbeitsrechtes gar nicht zu sprechen — bringt die herrschenden und besitzenden Klassen, bis herab zum kleinsten Handwerksmeister, der selbst nur ein elendes Dasein fristet, kurz Alle, die ein wirkliches oder auch nur ein eingebildetes Interesse an der Erhaltung der alten Zustände, der Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter im fremden Interesse haben, schon in eine Aufregung, daß man glauben sollte, die Welt müsse untergehen, wenn jemals die Forderungen der Arbeiter sich verwirklichen sollten. Welch Geschrei in den Reihen der sogenannten selbstständigen Unternehmer und Fabrikanten um jede noch so geringe Lohnerhöhung der Arbeiter, trotzdem das große und kleine industrielle Unternehmertum für jeden mehr bezahlten Groschen Lohn, mindestens das Dreifache, oft genug das Zehnfache durch Steigerung des Preises der Waaren schon vorweg genommen hatte. Lange bevor die Löhne in die Höhe gingen, war der Miethpreis der Wohnungen, der Preis der Lebensbedürfnisse um mindestens 25—30 Procent gestiegen, und die Beispiele lassen sich zu Duzenden anführen, daß Handwerker und Fabrikanten die Waarenpreise in die Höhe trieben, lange bevor die Arbeiter auch nur Einen Pfennig mehr Lohn erhielten.

Am tollsten aber geberdete sich das von fremder Arbeit wohllebende Geldprogenium, die Tagediebe und Müßiggänger, deren Arbeit höchstens im Geldwägen und Couponabschneiden besteht, wo und wann es den Arbeitern gelang, die Arbeitszeit auch nur um Eine Stunde zu verkürzen.

Da wurde die gesammte Meute des dienstbaren käuflichen Preßgefindel's auf die „unverschämten“ Arbeiter gehegt, und in fast allen Zeitungen Deutschlands konnte man lesen, wie die armen bedauernswerthen Unternehmer und Fabrikanten zu Grunde gerichtet würden von den Arbeitern, die Champagner aus Bierseideln fressen, Kehrrücken und Aulstern frühstückten, in Droschken zur Arbeit führen und sogar als Steinträger täglich 6 Thaler verdieneten.

Hat wohl Jemand, der nicht Lohnarbeiter ist, eine Ahnung davon, welche Erbitterung, welchen unauslöschlichen Haß diese frechen Lügen unter den Arbeitern hervorrufen müssen? Die Erbitterung ist um so größer, als wir wissen, daß die feile Presse diese perfiden Lügen nur in die Welt setzte, um das Kleinbürgerthum und alle sonst unparteiischen Leute gegen die Arbeiter zu verhexen und zu erbittern. Und das geschah zu einer Zeit, wo industrielle und kommerzielle Strauchdiebe und Raubritter in arbeitslosem Erwerb Hunderttausende, ja Millionen ergaunerten. Dazu freilich schwieg die Presse, ja ein Theil derselben unterstützte diese Gaunerei ganz direct.

Und die Staatsgewalt, die eigentlich ein hohes Interesse daran haben müßte, eine möglichst gleichmäßige Vertheilung der erworbenen Reichthümer eines Landes anzustreben, da es niemals zum Heile eines Staates reichen kann, wenn einer, in Reichthümern und Genüssen schwelgenden, kleinen Minorität, die große Masse des Volkes, ausgeschlossen von jeglichem Genuß und betrogen um ihren Antheil an dem steigenden „Nationalreichthum“, darben und murrend gegenübersteht, — welche Stellung nimmt die Staatsgewalt, die Hüterin des Rechts sein soll, in diesem Streite zwischen den besitzenden und besitzlosen Klassen, zwischen Arbeitsherrn und Arbeitern ein?

Es ist ein schlimmes Zeichen der Zeit, zu sehen wie die Staatsgewalt, die über den Parteien stehen sollte, zumal in dem sozialen Kampfe Schirmherr der Schwächeren sein müßte, sich auf Seite Derer stellt, Die unterstützt, deren kommerzielles, industrielles und Grundbesitzer-Interesse ihr eigentliches Staatsinteresse ist, bei welchen beim Großbürger der Staatsbürger aufhört, und die den Staat als etne ihnen gehörende Domäne betrachten und ihre Handlungen darnach einrichten.

Doch betrachten wir nun einmal die Arbeiterfrage als Frage der Arbeiterklasse an die übrigen Klassen der Gesellschaft, was die letzteren bisher auf die seit zehn Jahren erhobene Forderung der Arbeiter um eine zeitgemäße Aenderung und Besserstellung der Klassenlage der Arbeiter gethan haben, oder was sie überhaupt dazu thun wollen — und wir müssen staunen, welche Antworten wir da zu hören bekommen. Mit so albernen Einwendungen, als dies zu Beginn der Bewegung vor zehn Jahren geschah, wagt man allerdings heute nicht mehr die Forderungen der Arbeiter als unberechtigt zurückzuweisen. Heute wagen die Brodgelehrten der besitzenden Klassen nicht mehr die wohlberechtigten Forderungen der Arbeiterklasse mit der banalen Phrase niederzuschreiben: „Was wollt Ihr, die Arbeiter leben heut besser als die Fürsten vor mehreren hundert Jahren, die keine Tapeten, keine Defen, keine Sophas zc.

in ihren Zimmern hatten! Welch' ungeheurer Fortschritt zum Bessern! Und damit wollt Ihr noch nicht zufrieden sein?"

Alberneres konnte als Argument gegen die Forderungen der Arbeiter gar nicht vorgebracht werden. Diesen Fortschritt zu leugnen, war den Arbeitern noch gar nicht eingefallen. Und was bewies dieses Argument Anderes als die Dummheit der Gegner, die da glaubten, die Arbeiter derart von der Forderung nach Verbesserung ihrer Klassenlage abbringen zu können?

Die Antwort der Arbeiter: „Ihr grundgescheidten Leute, beweiset uns doch einmal, daß die Lage der Arbeiter vor so und so viel hundert Jahren, der Lage der andern Gesellschaftsklassen und den vorhandenen Genußmitteln gegenüber, eine schlechtere war als die unsere in der heutigen, in Ueberfluß und Genußmitteln erstickenden Gesellschaft! Und dann, wenn Ihr diesen Beweis erbracht habt, wollen wir Euch sagen, daß Ihr noch gar Nichts bewiesen habt, denn ein mehrhundertjähriger Kulturfortschritt zwingt uns Arbeiter, ganz andere Forderungen zu unserer Existenzbedingung zu stellen, als unsere Vorfahren zu jener Zeit auch nur ahnen konnten.“

Seitdem ist jenes Argument, von welchem die Gegner der Arbeiterbewegung so großen Erfolg erhofften, niemals wieder gegen die neu aufstrebende Bewegung geltend gemacht worden.

Doch wir wollten ja die Antworten der Gegner in der Neuzeit und deren Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage hören. Und merkwürdig, während die Arbeiterbewegung gerade deshalb von den Besitzenden, d. h. von den herrschenden Klassen (die Herrschaft ist heut vom Besitz unzertrennlich) gehaßt und verfolgt wird, weil dieselbe als geschlossene Partei ihre Forderungen zur Geltung bringen will, sehen wir, wie die Stellung der Gegner zur Arbeiterfrage gerade durch ihre politische Parteistellung scharf gekennzeichnet ist, da die Konservativen, die Ultramontanen, die Liberalen ganz verschiedene Antworten geben, jede Partei ein anderes Universalmittel zur Lösung der sozialen Frage in Bereitschaft hat.

Die Arbeit — und damit meinen sie die industrielle Arbeit — muß feudalisiert werden, sagen die konservativen Großgrundbesitzer, der Feudal-Adel, dem die mittelalterliche Gesindeordnung, durch welche die ländlichen Arbeiter in langen Arbeitsverträgen an ihre Herren gefesselt werden, so treffliche Dienste leistet, zur Unterdrückung der Arbeiter.

Was heißt das, „die Arbeit muß feudalisiert werden“, anders als: die Arbeiter müssen wie im Mittelalter mehr an die Scholle, mehr an die Arbeitsstätten, mehr an die Fabriken gefesselt werden in der Industrie gerade so wie dies auf Grund der preussischen Gesindeordnung mit den ländlichen Arbeitern der Fall ist. Wenn man nun bedenkt, daß die Großgrundbesitzer gleichzeitig auch die Gerichtsbarkeit über ihre Arbeiter haben, welch herrliches Bild entrollt sich da unjern Blicken, sofern wir uns derartige Einrichtungen auch auf die industriellen Arbeiter ausgedehnt denken!

Darf es uns da Wunder nehmen, wenn nicht nur die feudal-adligen Volksbeglückter, sondern auch andere, ihnen geist- und gesinnungsverwandte Abgeordnete plebejischer Herkunft im Reichstage mit allem ihnen zu Ge-

bote stehenden Einfluß für die Verwirklichung ihres Ideals eintreten und für die sogenannte Contractbruchbestrafung der Arbeiter und Einführung von Gesindebüchern auch für die industriellen Arbeiter, alle Hebel in Bewegung setzen, denn durch Weides sollen die Arbeiter mehr an „ihre Herren“, an die großindustriellen Fabrikanten und Unternehmer gefesselt werden. Nicht weniger als 1 Herzog, 2 Prinzen, 4 Fürsten, 7 Grafen, 21 sonstige Herren „Von“, 15 Doktoren und 17 Personen ohne „Von“ und Doktorhut, aber auch ganz nette Volksbeglückter, wie z. B. der Oberbürgermeister Harburgs, Grumbrecht, der Künstler Schlossermeister Schmidt aus Hamburg, der — — — Fabrikant Stumm haben sich zu einer sogenannten freien Commission vereinigt, um die Arbeiter noch ganz besonders durch oben genannte nette Einrichtungen zu beglücken.

Nun, die Thatsache der deutschen Arbeiterpartei wird die Arbeiter Deutschlands wohl davor bewahren, daß der sehnliche Wunsch der preuss. Kreuzritter und ihrer reichstäglischen Bundesgenossen in Erfüllung geht und daß die Ausdauer und Widerstandskraft des deutschen Arbeiterstandes über Contractbruchbestrafung und Gesindebücher-Einfluß den eudischen Sieg davon tragen. Doch gestatten Sie mir auch meine Meinung über die kriminelle Bestrafung des sogenannten Contractbruchs kurz auszusprechen. Es ist eine freche Lüge, wenn man behauptet, die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, billige den Contractbruch der Arbeiter, wo wirklich ein solcher vorliegt und derselbe unter normalen Verhältnissen begangen ist. Wir meinen, daß die bestehenden Gesetze zu dessen Bestrafung wie bisher auch fernerhin ganz gut ausreichen. Es bedarf gegen den Bruch des Arbeitsvertrags gar keiner andern gesetzlichen Strafbestimmungen, wie für den Bruch aller andern Verträge. Das sogenannte Contractbruch-Bestrafungsgesetz ist ein gehässiges Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter. Die Furcht vor der Coalitionsfreiheit der Arbeiter hat es gefordert. Warum verlangen die Vertheidiger dieses Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter denn nicht ganz frei und offen: die Coalitionsfreiheit der Arbeiter muß wieder beseitigt werden? Warum wollen sie diesen sehnlichsten Wunsch auf dem Umwege der Contractbruchbestrafung erreichen? Weil sie den Muth nicht haben, es offen zu thun, weil sie die Arbeiter fürchten. Und da suchen sie denn in ihrer Verlegenheit nach einem Rechtsittelchen zur Verschönigung, Verbrämung und Bemäntelung für das an den Arbeitern zu verübende Unrecht, und das Wort „Contractbruch“ soll das Feigenblatt sein, unter welchem die bloße Arbeiterunterdrückungs-Muth verborgen werden soll. Doch gemacht, wir reißen das Feigenblatt herunter und zeigen sie den Arbeitern in ihrer Nacktheit, auch wenn sie den Contractbruch der Arbeiter noch so schrecklich in ihren Petitionen als Teufel an die Wand malen.

Huh! wie schrecklich das klingt, wenn in Petitionen an den Reichstag gesagt wird, daß bloß in dem Tischlergewerbe im vergangenen Jahre allein in 12 Städten bei 634 Meistern, bei denen insgesamt 3500 Gesellen arbeiteten, 2700 ihre accordirten Arbeiten unvollendet liegen gelassen, und daß von 692 bei selbigen Meistern in der Lehre gewesenem Burschen 186 ihren Lehrcontract gebrochen hätten.

Aber man ist für diese Behauptung den Beweis schuldig geblieben, daß ein wirklicher Contract, der die Gesellen zur Innehaltung der Vierzehnstundenzeit verpflichtete, überhaupt vorgelegen hat. Angenommen aber, es wäre dies wirklich der Fall gewesen, was ist damit bewiesen, wenn, wie uns da mitgeteilt wird, durchschnittlich Jedem der 634 Meister 4 bis 5 Gesellen den Accord liegen gelassen, jedem vierten bis dritten Meister immer ein Lehrling davongelaufen ist? Was ist damit bewiesen? fragen wir. Höchstens doch nur, daß wir es mit einer Sorte Venteschinder sonder Gleichen zu thun haben. Wir wollen gar nicht in Abrede stellen, daß unter den Arbeitern es Leute giebt, die aus Ungütigkeit oder weil sie es von den Meistern nicht besser gelernt haben, die Arbeit willkürlich verlassen, denn die Meister sind, was willkürliche Entlassung der Gesellen anbelangt, um kein Haar besser, ja, wir behaupten, eher schlimmer als die Gesellen. Aber das mögen höchstens 3 — 4 Prozent sein. Wenn also in dem Berichte ca. 60 Prozent der Gesellen als contractbrüchig bezeichnet sind, so ist damit bewiesen, daß die Meister in hundert Fällen mindestens 90 mal die Schuld tragen, insofern, als dieselben es versuchten, durch die den Gesellen aufgedrängten Accordarbeiten, diesen das Fell über die Ohren zu ziehen.

Wenn irgend ein „humaner Arbeitsherr“ seine Arbeiter zu einer Accordarbeit gepreßt, förmlich bei den Haaren zu dem sehr „vortheilhaften“, natürlich für den Herrn vortheilhaften Accord herbeigezogen hat, welche Geschrei, welche sittliche Entrüstung, wenn die Arbeiter den Accord nicht fertig machen, sobald sie bemerken, daß sie die Geprügelten sind, daß der Arbeitgeber durch den Accord es fertig gebracht hat, den ortsüblichen Lohn auf die Hälfte herabzudrücken. Contractbruch! Wenn aber ein Kauf- und Herrschherr, Fabrikant oder Handwerker Bankrott macht, d. h. seine contractlichen Verbindlichkeiten nicht erfüllt, so „lobt der Herr den ungerechten Haushalter darob, daß er klüglich gehandelt“, d. h. sein Schäfchen ins Trockne gebracht hat.

Aber was haben denn jene Arbeiter anders gethan, als was der Kaufmann, der Fabrikant, die sich Bankrott erklärten, auch thun? Beide kommen ihren Verbindlichkeiten nicht nach, Beide brechen eingegangene Contracte, die Arbeiter, weil sie nicht anders können, wenn sie bei ihrer Arbeit nicht verklumpen wollen; die Arbeitsherren, Fabrikanten, Kaufherren zc. brechen dieselben, wenn auch nicht immer, doch oft um bessere Geschäfte, Profitens zu machen. Dafür: für die Arbeiter Gefängnisstrafe, für die reichen Leute, die es verstehen, wie so ein Bankrott gemacht wird, 50 bis 60 Prozent Gewinn, und für die Neulinge mindestens eine gerichtliche Ehrenerklärung. Und das Alles „von Rechts wegen“.

Wohl! wir wollen das Recht der kriminellen Bestrafung des Arbeitscontractbruchs zugestehen, sofern jeder Bankrotteur mit Gefängnis nicht unter Einem Jahre bestraft wird.

Eine ganz andere Antwort als die Feudalritter haben die Ultramontanen, die christlich-sozialen Mucker katholischer und protestantischer Confession, auf die Arbeiterfrage. Da hört man ganz frei aussprechen: Jawohl, ihr Arbeiter habt Recht. Ihr werdet in schmählicher Weise

ausgebeutet durch die Unternehmer. Eure Existenz ist eine jammervolle, es ist unerhört, daß eure Frauen, eure Kinder auch in den Fabriken arbeiten müssen und so das Familienleben und damit der ganze Arbeiterstand an Körper und Geist zu Grunde gerichtet wird. Doch fragt man weiter, auf welche Weise diese Partei die Arbeiterfrage lösen, den Arbeitern helfen will, da pfeift der Wind aus einem andern Loch.

Nicht etwa, daß diese Leute so einfältig sind, die Arbeiter auf das Jenseits zu verweisen, dabei würden sie sehr schlechte Geschäfte machen. Denn sie wissen zu gut, daß Heinrich Heine's „Wir wollen auf Erden schon glücklich sein und Keiner soll mehr darben“ und „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Späßen“ selbst in den Reihen ihrer Anhänger aus den Arbeiterkreisen zahlreiche Zustimmung findet; aber sie suchen ihren Schäfchen begreiflich zu machen, daß nur durch die Religion, durch die christliche Kirche die soziale Frage gelöst, die Lage der Arbeiter verbessert werden könne.

Wie das geschehen soll, ist uns ungläubigen Sozialdemokraten freilich noch nicht geoffenbart worden, ja, wir bezweifeln sogar, daß die Vertreter des christlichen Sozialismus, die Verkünder der Lehre von der Lösung der Arbeiterfrage durch die Kirche auch nur selbst eine Ahnung davon haben, wie das möglich ist. Mit der Lösung der Frage im Jenseits dürfen die Führer der eigenen Heerde nicht einmal kommen, Wunder geschehen heut zu Tage auch nicht mehr, und selbst der bergeverekende Glaube vermag den hungernden Arbeitern kein Brod zu verschaffen. Nimmer aber wird es dahin kommen, daß die Arbeiter sich damit trösten lassen, zu warten bis die Kirche, wie zu der Zeit, als sie auf dem Höhepunkt ihrer Macht stand, alle Kisten und Kasten voll hat, um den darbenenden Arbeitern einige Brocken in den Schooß zu werfen. Die ultramontane Partei hat mit der Lehre vom christlichen Sozialismus allerdings momentane Erfolge aufzuweisen, indem ein großer Theil der industriellen Arbeiterbevölkerung, insbesondere katholischer Confession, denen der Sozialismus im christlichen Gewande mehr zusagt als der Sozialismus in der Blause, sich dieser Partei angeschlossen haben. Allein da alle Christlichkeit, aller Glaube, alles Beten die soziale Frage eben so wenig lösen wird, als die Kirche im Stande ist, die hungernden Arbeiter zu ernähren, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß im Moment der Entscheidung die christlich-sozialistischen Arbeiter den Kirchenrod mit der Blause vertauschen werden. Hier können wir auf mit vollster Siegesgewißheit ausrufen: die Zukunft gehört uns!

Nun aber kommen wir zu der liberalen Partei, die seit je her sich mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit gebrüstet, sich als Vorkämpferin für die Arbeiterinteressen gerirt hat. Was hat diese Partei für eine Antwort die Arbeiterfrage?

Zur Vereinfachung der Situation wollen wir unter dem Namen „liberale Partei“ die heutige „nationalliberale Partei“ und die sog. „Fortschrittspartei“ verstehen, die auf demselben Standpunkt steht, im Reichstage nur etwas mehr oppositionell spricht als ihre Freunde, die nationalliberalen Reaktionen.

Daß diese Partei trotz aller scheinbaren Arbeiterfreundlichkeit ein

womöglich noch größerer Gegner der radikalen Arbeiterbewegung ist als die vorgenannten Parteien, darf uns nicht Wunder nehmen, wenn wir bedenken, daß dieselbe, die bis vor 10 Jahren die unbestrittene Führung der Arbeitermassen in den Händen hatte, durch die Arbeiterbewegung, die die Arbeiter aus dem Schlepptau dieser Partei riß, allen Einfluß auf die Haltung der Arbeiter in sozialer und politischer Beziehung verloren hat. Nur ein verschwindend kleiner Bruchtheil der Arbeiterbevölkerung, die Anhänger der Girsch-Dunder'schen Gewerkvereine, hält auch heute noch Fühlung mit der Fortschrittspartei, ist zum Theil in deren Lager. Auf wie lange noch ist freilich eine andere Frage. Dagegen hat die nationalliberale Partei absolut gar keinen Anhang unter den Arbeitern, nicht den entferntesten Einfluß auf dieselben.

Obgleich nun die liberale Partei kein soziales Programm aufgestellt hat, weil dies der verschiedenen Elemente halber, aus welchen dieselbe zusammengewürfelt ist, gar nicht möglich ist, so wissen wir doch sehr gut, welche Stellung dieselbe zur Arbeiterfrage einnimmt. Deshalb kann uns auch alles Selbstlob, alles Bethauern ihrer Arbeiterfreundlichkeit nicht hindern, in dieser Bourgeoisiepartei den heftigsten Gegner der Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Und doch, was will diese Partei nicht Alles schon im Interesse der Arbeiter gethan haben? Gewerbefreiheit — im Interesse der Arbeiter; Freizügigkeit — im Interesse der Arbeiter; Aufhebung der Schuldhast und der Lohnbeschlagnahme — im Interesse der Arbeiter; Unterstützungswohnsitz und freies Verkehlerrecht, Haftpflicht und Coalitionsrecht! Dies Alles und noch viel mehr behauptet die liberale Partei im Interesse der Arbeiter erkämpft zu haben. Und das ist noch lange nicht Alles, wodurch sie sich um die Lösung der Arbeiterfrage verdient gemacht haben will. Gleichheit vor dem Gesetz, freies Vereins- und Wahlrecht sollen wir ihr zu danken haben.

Aber die zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter sind nun einmal so undankbarer Natur, daß sie, weit entfernt diese Arbeiterfreundlichkeit anzuerkennen, behaupten, daß alle diese an und für sich ganz zeitgemäßen Einrichtungen und Gesetze an der Lage der Arbeiterklasse absolut nichts geändert, noch weniger gebessert haben.

Gewerbefreiheit. Was nützt den unselbständigen Handwerksgehilfen die Gewerbefreiheit, von den Hunderttausenden von Fabrikarbeitern gar nicht zu reden, nachdem längst der Beweis vorliegt, daß das selbständige Handwerkerthum durch die Großindustrie und das Großkapital von Jahr zu Jahr in steigender Progression in die Reihen der Lohnarbeit herabgedrückt wird. Es steht ja unumstößlich fest, daß die Konkurrenz der kapitalbewaffneten Großindustrie dem Kleingewerbe, sowie dem gesammten Mittelstand den Untergang bereitet.

Und ist es denn mit der Freizügigkeit anders? Wie hübsch es auch klingt, durch die Freizügigkeit solle den Arbeitern ermöglicht werden, ihre Arbeitskraft an andern Orten vortheilhafter zu verwerthen, wenn am Wohnort der Betreffenden die Löhne zu gering seien. Ja, in der Theorie macht sich das ganz schön! Wenn nur das Reisen kein Geld kostete, oder der verheirathete Arbeiter seine Familie und seinen

Hausstand ins Felleisen packen und von einem Ort zum andern schleppen könnte, das bequeme Fahren erlauben ihm ja die niederen Löhne nicht, die zumeist nicht einmal zur Bestreitung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse ausreichen. Trefflicher zu staten aber kommt die Freizügigkeit und das damit verbundene Niederlassungsrecht den Fabrikanten, den großen Unternehmern, Aktiengesellschaften zc., denen es gar nicht schwer fällt, Hunderte von schwedischen und italienischen Kulis einzuführen, wenn es den Herren einfällt, den Arbeitslohn der heimischen Arbeiter herabzudrücken, oder die Arbeitszeit zu verlängern. Trotz alledem aber will die liberale Partei das Freizügigkeitsgesetz im Interesse der Arbeiter erlassen haben. Freilich, die Fabrikanten sind ja „auch“ Arbeiter. Wenn wir nun noch der willkürlichen Ausweisungen von Arbeitern durch die Polizei gedenken, die trotz Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht und Unterstützungswohnsitz erfolgen und die Arbeiter im eigenen Vaterlande heimatlos machen, so kommen uns die, angeblich im Interesse der Arbeiter, erlassenen liberalen Gesetze recht reaktionär vor. Und ist es mit den übrigen liberalen Ertrungenschaften um ein Paar besser bestellt? Ist es nicht erwiesen, daß das durch seinen § 2 schon für die Arbeiter mit zweierlei und zwar verschlechtertem Maß messende Haftpflichtgesetz durch die liberale Partei noch verschlechtert wurde zu Gunsten der Fabrikanten! Ist es nicht bekannt, daß die liberale Partei im Reichstage in ihrer Mehrzahl das Coalitionsrecht der Arbeiter vernichten will durch die kriminelle Bestrafung des sog. Vertragsbruchs und durch Einführung der Gesindebücher? Und was thut denn diese Partei, die jetzt so arg gefährdete Vereins- und Versammlungsfreiheit zu schützen? Wo steckt sie, um ihr stolzestes Paradepony, die arg mißhandelte „Gleichheit vor dem Gesetz“, vor frivolen Uebergriffen zu retten? Aber freilich, es sind ja bloß die Arbeiter, denen das Vereins- und Versammlungsrecht verkümmert wird, es sind ja bloß die Arbeiter, denen gegenüber die Gleichheit vor dem Gesetz zur schönen Phrase geworden ist. Sollen wir hierfür erst noch den Beweis erbringen? Es ist nicht nöthig, denn täglich berichten ja die Zeitungen, wie willkürlich die Polizei nicht nur die öffentlichen Versammlungen der Arbeiterpartei verhindert, deren Mitgliederversammlungen als sog. politische Vereine, die angeblich mit andern derartigen Vereinen in Verbindung stehen, auflöst, sondern zu gegenseitiger Unterstützung begründete gewerklliche Vereine für politische Vereine erklärt und auflöst, während dergleichen politische und wirklich mit einander in Verbindung stehende Vereine der konservativen und liberalen Partei ganz unbehindert fortbestehen, und auch die gewerkllichen Vereine der Fortschrittspartei, die genau dieselbe Organisation haben, denselben Zweck verfolgen und gerade so viel oder so wenig politisch sind, als die Gewerkschaften der Arbeiterpartei, die man verfolgt, ruhig gewähren läßt. Das wißt Ihr Alles, Ihr Herren, und seid ganz einverstanden damit; aber wir wissen auch, daß Ihr seit jeher die Rechte des Volkes verrathen habt, sofern nur Euer Klasseninteresse gewahrt blieb. Ihr seit entlarvt als politische Heuchler, als welche selbst Euer Herr und Meister Bismarck Euch gebrandmarkt hat!

Sollen wir nun erst noch auf das albere Geschwäg eingehen, daß

die Arbeiter nicht gebildet genug seien, um eine bessere Lage beanspruchen zu können? Ist es erst noch nöthig, den Bildungsjeuiten zu sagen, daß die mehr oder weniger große Bildung für die Lösung der Arbeiterfrage gar nicht in Betracht kommt, daß aber alle Schuld für die mangelhafte, oft elende Schulbildung der Arbeiter Diejenigen trifft, die das Heft der Gesetzgebung in der Hand haltend, mit Vorbedacht und systematisch die Aufklärung und bessere Bildung und Erziehung des Volkes durch gute Schulen und tüchtige, berufstreue Lehrer verhindert haben? Wer ist es denn, der den obligatorisch unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten für das gesammte Volk fordert? Sind es die Bildungsheuchler, die den Arbeitern ihre Unbildung zum Vorwurf machen, oder sind es die ungebildeten Arbeiter, die diese Forderungen stellen? Der letzte Trumpf zur Bekämpfung der Arbeiterpartei, Verleumdung und Lüge, müssen längst angewendet werden, und das sagt Alles! Was hat es gesfruchtet, die Vorkämpfer des Bündnisses mit der Sozialdemokraten, als rothe Internationale der Arbeiterfrage, die schwarzen Internationale, als welche die Ultramontanen bezeichnet werden, zu zeihen, obgleich beide Parteien sich wie Feuer und Wasser zu einander verhalten? Nichts! 400,000 Stimmen für die sogenannten rothen Reichsfeinde war die Antwort des Volkes.

Ferner! Was hat es denn genützt, daß liberale Lügner, als die Arbeiterbewegung damit vernichtet werden sollte, dieselbe als kommunistisch in ihrem Sinne bezeichneten, die Sozialdemokraten als „Theiler“ verdächtigten? Nichts, gar nichts! Das Volk ist hinter die Mäntel gekommen und hat gefunden, daß nicht die Sozialdemokraten die Theiler sind, sondern jene Heuchler, die in der verschiedenartigsten Weise die Theilerei als Kultus betreiben.

Es ist ganz erschrecklich, in welcher vielfältiger Weise bei den heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen „getheilt“ wird. Erst kommt der Arbeitsherr, der mit dem Arbeiter theilt. Dem Arbeiter giebt man den „Lohn“, der etwa die Hälfte bis Zweidrittel von dem beträgt, was der Arbeiter für diesen Lohn geschaffen hat, dem Arbeitsherrn aber gehört aller über den Lohn hinaus erzeugte Werth. Dann kommen der Hausherr und der Groß- und Kleinhändler, denen der Arbeiter einen Theil seines Lohnes als Zins und sogenannten Profit zahlen muß. Drittens kommt der Staat und die Gemeinde und verlangen in Form von Steuern und Abgaben ihren Theil. So geht die Theilerei fort, unter welcher der Arbeiter so schwer zu leiden hat, daß ihm nur ein kleiner Bruchtheil dessen, was er erarbeitet, zur Befriedigung seiner Bedürfnisse übrig bleibt, bis zum Grabe; ja über dieses hinaus, denn selbst von dem todtten Arbeiter nimmt die Kirche noch ihren Theil.

Diese Theilerei will die Sozialdemokratie nun möglichst beseitigen. Darum der Haß, das Geschrei, die Lügen und die Verdächtigungen derselben durch die wirklichen Theiler. Die Lösung der Arbeiterfrage besteht gerade darin, daß alle Theilerei abgeschafft wird, die Arbeiter also nicht wie früher im Arbeitslohn nur einen Theil dessen erhalten, was sie geschaffen haben und was ihnen gebührt, sondern daß denselben Alles, der volle Ertrag ihrer Arbeit zu Theil wird.

Wie groß aber die Summen sind, die die Arbeiter, gezwungen durch die heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen, an die Theiler abgeben müssen, davon einige Beispiele.

Die Chemnitzer Werkzeugfabrik, die vormalig dem Herrn Commerzienrath F. Zimmermann gehörte und vor 2 Jahren zu einer „Gründung“ für 2 Millionen Thaler verkauft wurde, liefert hierfür den besten Beweis.

Diese Fabrik hat in dem einzigen Jahr, vom 1. Juli 1872 bis zum 30. Juni 1873, einen Nettogewinn von **358,997 Thlr. 12 Mgr. 5 Pf. gemacht**. Diese Beute ist in folgender Weise vertheilt worden: Lantième an den Direktor Herrn Zimmermann 26,924 Thlr. 22 Mgr., 15 Prozent Dividende an die nichtstehenden Aktionäre 300,000 Thlr., Reservefond 17,949 Thlr., Lantième an den Aufsichtsrath 10,706 Thlr., Saldo auf's neue Geschäftsjahr 3,416 Thlr.

Die Chemnitzer Werkzeugfabrik beschäftigt ca. 1500 Arbeiter, es würde demnach jeder Arbeiter, wenn der Arbeitsertrag ihm, statt den Drohnen der Gesellschaft zugute käme, 240 Thlr. pro Jahr durchschnittlich mehr verdient haben. Es würde also ein Arbeiter der Fabrik, der jetzt durchschnittlich 250 Thlr. Lohn erhalten hat, 490 Thlr. erhalten haben! Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter wohl schwerlich einen Direktor anstellen würden, der für ein Minimum von täglicher Arbeit, neben 26,924 Thlr. Lantième, vornweg 10,000 Thlr. fixen Gehalt bezieht. Was so ein Bourgeoisimagen verdauen kann, davon legt uns Herr Commerzienrath Zimmermann ein sprechendes Zeugniß ab. Rechnen wir einmal. Herr Zimmermann hat als „Direktor“ sicher ein sehr bequemes Leben, seine wirkliche tägliche Arbeit nimmt vielleicht den zehnten Theil der Zeit in Anspruch, welche ein Arbeiter in dieser Fabrik sich abschinden muß. Vergleichen wir also einmal die Lage des Herrn Direktors mit derjenigen eines seiner Arbeiter. Herr Zimmermann erhält a) 10,000 Thlr. Gehalt, b) 26,924 Thlr. Lantième als Direktor, c) die 15 Prozent Dividende von mindestens 400,000 Thlr. Aktien, welche ihm, wenn wir nicht ganz irren, bei Verkauf seiner Fabrik zugeschrieben wurden, die 60,000 Thlr. betragen, d) die Zinsen von 1,600,000 Thlr. Rest-Kaufsumme seiner Fabrik, von denen wir annehmen, daß er sie sicher und solid, statt in Aktien, in 5prozentigen Staatspapieren angelegt hat, diese Zinsen betragen 80,000 Thlr., e) dem sonstigen sehr erheblichen Vermögen des Herrn Zimmermann, das wir aber nicht im Betrage kennen und außer Frage lassen wollen. Die sämtlichen hier aufgeführten Summen ergeben den kolossalen Betrag von 176,924 Thlr. jährlicher Einkünfte, oder nahe an 500 Thlr. täglich.

Ein Arbeiter der Chemnitzer Werkzeugfabrik, der täglich sich 11 Stunden abschindet, und wenn er alt und stumpf geworden ist, wie eine ausgepreßte Citrone bei Seite geworfen wird, verdient durchschnittlich pro Woche vielleicht 5 Thlr., jährlich also 260 Thlr., d. h. das ganze Jahr nur die größere Hälfte von dem, was Herr Zimmermann an einem einzigen Tag einnimmt, und wohl gemerkt, ohne nennenswerthe Arbeit. Der „Entbehrungslohn“ des Herrn Zimmermann umfaßt also die ganze Jahreseinnahme von 720 Arbeitern der unter seiner Leitung

stehenden Fabrik, und, wenn wir einem Vergleich mit dem Lohn unserer Weberbevölkerung ziehen wollen, das Jahreseinkommen von 1500 Weberfamilien, also einer Weberbevölkerung von ca. 7500 Köpfen.

Dieselbe Fabrik veröffentlichte über das letzte Geschäftsjahr die Bilanz, der ich folgende Zahlen entnehme:

Den Aktiven im Betrage von 3,226,128 Thlr. 17 Gr. 5 Pf. stehen Passiven im Betrage von 2,914,818 Thlr. 3 Ngr. 3 Pf. gegenüber, mithin sind **311,310 Thlr. 14 Ngr. 2 Pf. verdient** (von den Arbeitern); hiervon gehen die üblichen Abschreibungen und Dotirung des Reservefonds ab mit 94,831 Thlr. 4 Ngr. 5 Pf., so daß aus den bleibenden 216,479 Thlr. 9 Ngr. 7 Pf. und nach Bestreitung der Tantiemen an die Verwaltung 8 Prozent Dividende auf ein Aktienkapital von 2,400,000 Thlr. vertheilt werden können (an die Aktionäre!), ein Resultat, das bei dem ruhigen Geschäftsgang und dem plötzlichen Abschlag aller Materialien gewiß ein befriedigendes zu nennen sein dürfte. — Die Arbeiter mögen nicht vergessen, daß es ihr Arbeitsertrag ist, was da vertheilt wird.

Ein Bericht über die vormalig Münnich'sche Maschinenfabrik in Chemnitz giebt folgende Aufschlüsse über die Einnahmen der Theiler:

Die Tantieme für den Aufsichtsrath im vorletzten Geschäftsjahre betrug bekanntlich zusammen 22,663 Thlr. 6 Ngr. 4 Pf. oder 3777 Thlr. 6 Ngr. für jedes einzelne Mitglied, wobei extra Reise- und andere Verläge reichlich vergütet wurden. Drei Sitzungen hatten die Herren im Ganzen gehalten. Also kostete der Gesellschaft jede Aufsichtsraths-Sitzung 7554 Thlr. 12 Ngr. und jedes Mitglied verdiente 1259 Thlr. 2 Ngr. pro Sitzung, auch wenn es derselben nicht anwohnte.

Für diese 1259 Thaler muß im Durchschnitt ein Arbeiter genannter Fabrik 5 Jahre lang, Tag für Tag arbeiten.

Der bekannte Kanonen-Krupp in Essen hatte bisher 7200 Thlr. Einkommensteuer bezahlt. Wie uns berichtet wird, ist Herr Krupp für das Jahr 1874 in die 117. Steuerstufe gesetzt und zu einem Steuerbetrage von 50,400 Thlrn. veranlagt worden. Diese Summe würde somit, bei einem Zinsbetrage von nur 3 Prozent veranlagt, ein Einkommen von jährlich **einer Million und 680,000 Thlr.** repräsentiren. Bisher hat also der „große Industrielle“ von seinem Einkommen nur dreisebentel Prozent als Steuer gezahlt, d. h. sehr viel weniger als jeder andere preussische Bürger. Interessant wäre es, zu erfahren, wie viel Arbeiter des Herrn Krupp zusammen eine Jahreseinnahme von 1,680,000 Thlr. haben, und wie hoch die Steuersumme ist, welche diese Arbeiter an den Staat entrichten müssen.

Die armen Bergleute, welche für den Lugau-Niederwürschnitzer Steinkohlenbau-Verein arbeiten, haben dieser Gesellschaft laut Geschäftsbericht im Jahre 1873 die Summe von 100,010 Thlrn. Reingewinn verdient. Bei 425 Arbeitern macht das auf jeden Einzelnen 200 Thlr. Die Aktionäre stecken 45 Prozent Dividende in ihre weiten Taschen, ohne etwas gethan zu haben. Wer aber das „Theilen“ abschaffen will, ist ein „Feind des Eigenthums“, ein „beihörter Fanatiker“, ein „gewerbsmäßiger Agitator“ etc.

Und nun frage ich, sollen wir noch mehr Beweise erbringen dafür, wie „getheilt“ wird und wer die „Theiler“ sind?

Nun, vom Schauplatz der Großindustrie werden diese Proben genügen.

Aber jetzt fragen wir, wer ist es denn, der die ungeheuren Summen zur Bereicherung Einzelner aufbringen muß, und wer die „Theiler“ sind?

Merkt die liberale Partei, merken die Gegner der Arbeiterpartei nun wohl, wie die giftgetränkten Pfeile der Lüge und Verläumdung von dem blanken Schild der Sozialdemokratie: Wahrheit und Gerechtigkeit abprallen und in's eigene faule Fleisch dringen?

Ich halte es nicht mehr der Mühe werth, die Palliativmittelchen zur Lösung der Arbeiterfrage, die Vorschläge durch Spar-, Vorschuß- und Consum-Vereine, durch Theilhaberschaft am Reingewinn die Lage der Arbeiterbevölkerung bessern zu wollen, näher in's Auge zu fassen und deren Nutzlosigkeit nachzuweisen.

Es geht diesen Mitteln wie dem Hoff'schen Malzextract: sie helfen denen am Meisten, die sie am lautesten anpreisen.

So viel aber wird der denkende Zuhörer aus den gegebenen Darlegungen wohl selbst entnommen haben und weiter entwickeln können, daß die Lage der Industriearbeiter in keiner Weise eine Besserung zu gewärtigen habe, es sei denn, daß die Forderungen der Sozialdemokratie zur Geltung kommen, wie sie dieselben klar und bündig gestellt und unermüdet verfolgt hat.

„Beitritt zur Organisation der Partei“, das ist der Ruf, den ich an Alle richte, die ein Interesse haben, daß es anders werde. Nur im fortgesetzten Kampfe gelangen wir zum Siege; unsere Waffe aber ist die Organisation. Also, Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Wahlrecht: Ich wiederhole auch diesmal die Aufforderung zum Wort, bevor der Correferent spricht. Da Niemand sich meldet, ertheile ich das Wort Herrn Grillenberger-Mürnberg.

Grillenberger: M. H.! Mein Vorredner hat hauptsächlich die industrielle Arbeiterfrage behandelt, so daß mir nur erübrigt, über die Verhältnisse der ländlichen, der bäuerlichen Arbeiter zu sprechen. Ich werde bei Behandlung dieses Themas selbstverständlich auch auf eine andere Frage zu sprechen kommen, die mit der ländlichen Arbeiterfrage auf's Innigste verwachsen ist und deshalb nicht wohl von ihr getrennt werden kann, obwohl ich sie nicht als Hauptfrage für mein Referat behandeln werde — es ist dies die Grund- und Bodenfrage.

Man hat sich in sozialdemokratischen Kreisen schon manchmal darüber gewundert, daß die sozialistische Bewegung im Allgemeinen trotz der angefortngtesten Agitation noch keinen größeren Einfluß auf die Wahlen hervorzubringen im Stande war. Es liegt dies zum großen Theile darin, daß die ländlichen Arbeiter die Bestrebungen des industriellen Proletariats nicht nur nicht unterstützen, sondern aus Unkenntniß feindlich dagegen auftreten und die industriellen Arbeiter bei den Wahlen niederstimmen. Und doch sind die Interessen des arbeitenden Volkes auf dem Lande solidarisch mit denen ihrer Brüder in den Städten, und

wir können sicher sein, nie etwas Durchgreifendes fertig zu bringen, so lange nicht die Arbeiter in Stadt und Land Hand in Hand miteinander gehen.

Es ist keine geringe Aufgabe, über „die ländliche Arbeiterfrage in Deutschland“ zu sprechen, da bei uns die Verhältnisse noch lange nicht entwickelt genug sind, um diese Frage sofort von dem nämlichen Gesichtspunkt aus aufzufassen, wie dies bei den übrigen Punkten der sozialen Frage möglich ist. Man kann z. B. in einem großen Theile Süddeutschlands recht wohl von einer „bäuerlichen“ Frage, aber trotzdem noch nicht von einer „ländlichen Arbeiterfrage“ sprechen, wie dies z. B. in Norddeutschland vielfach eher am Platze ist. Im Großen und Ganzen ist es jedoch überall gleich insofern, als die ländlichen Arbeiter nicht minder, sogar sehr häufig noch mehr, unter dem Druck des Capitals zu leiden haben als die Handwerker. Wir haben deshalb ein Hauptaugenmerk auf die ländlichen Arbeiter zu richten und eine Organisation derselben in's Leben zu rufen. Wenn wir aber einen klaren Ueberblick über die Situation erlangen und zu einem Resultat kommen wollen, wie die Sache anzufangen sei, so müssen wir vor allen Dingen die Entwicklung der Landarbeiterverhältnisse, sowie die verschiedenen Wandlungen der Eigentumsform in Bezug auf Grund und Boden in den verschiedenen sogenannten Kulturländern in's Auge fassen. In keinem Lande der Welt machen sich wohl die schrecklichen Folgen der Monopolwirtschaft auf krassere Weise bemerklich als in England, in demjenigen Staate, in den es längst keine freien Bauern, sondern lediglich Sklaven — in des Wortes ausgedehntester Bedeutung — der Großgrundbesitzer gibt.

(Nebener schildert nun in kurzen Zügen die „Aneignung“ des englischen Grund und Bodens durch das adelige Raubgesindel der Normannen, die gewaltsame Expropriation des Gemeindelandes durch die Landlords, die Umwandlung von tausenden Acres Land in Weideland und das rücksichtslose Davonjagen der früheren Kleinbesitzer und kommt schließlich auf die jetzigen Verhältnisse und auf die Lage der englischen Landarbeiter zu sprechen.)

Das englische Volk hat thatfächlich keinen Grundbesitz, da der gesammte Boden, auf dem circa 30 Millionen Menschen wohnen, sich in den Händen von etwa 30,000 Besitzern befindet. Von diesen besitzen die hundertsechzehn reichsten die Hälfte von England und drei Viertel von Schottland als Privateigenthum! Daß diese Herren selbst nicht arbeiten, ist selbstverständlich. Die meisten von ihnen verbummeln ihre halbe Lebenszeit auf dem Continent oder auch in den großen Städten Englands und haben meist nicht die geringste Ahnung von der Lage, in der sich Diejenigen befinden, welche das Land zu bebauen haben. Der größte Theil des Landes ist an Pächter vermietet, welche ungeheure Pachtsummen zu zahlen haben und deshalb den Boden und die ihnen zur Verfügung stehenden Arbeiter — Knechte und Tagelöhner — in der ausgedehntesten Weise ausbeuten. Nur ein kleiner Bruchtheil des Reichthums wird auf eigene Rechnung der „Herren“ von ihren eigenen Beamten verwaltet und ausgenützt. Wir haben es hier also mit zwei Sorten von Ausbeutern zu thun: mit den „Eigen-

thümern“ des Landes, welche einen möglichst hohen Pacht herauszuschinden suchen, und mit den „Pächtern“, welche diese Gelber nicht durch eigene Arbeit aufbringen, sondern einfach von den Arbeitern „verdienen“ lassen. Während in Deutschland neben dem eigentlichen ländlichen Proletarier, dem Tagelöhner und Knecht, noch vielfach der kleine Bauer existirt, ist dies in England nicht mehr der Fall. Die Landarbeiter befinden sich in Bezug auf Lebensart, Auslohnung zc. ganz genau auf derselben Stufe wie die Industriearbeiter. Von dem patriarchalischen Verhältniß zwischen Pächter oder Bauer und Knecht wie in Deutschland ist dort schon lange keine Rede mehr. Und auf welcher schrecklicher Stufe des Proletarierlebens sind jene Menschen bereits angelangt! Sie kennen nichts weiter, als Morgens sich in ihr Joch zu spannen und zu wühlen, um den erbärmlichen Hungerlohn zu verdienen. Diese Thätigkeit wird nur unterbrochen, wenn das Arbeitsthier, denn so kann man den englischen Landarbeiter füglich nennen, zum Troge geht oder die matten Glieder auf der Streu ausstreckt. Von den Wohnungen eines großen Theil dieser Leute mögen sich unsere „Humanisten“ einen Begriff machen, wenn sie hören, daß in den so vielfach von den Dichtern besungenen „Cottages“ selten mehr als ein einziger Raum zum Wohnen vorhanden ist, in welchem dann ein Duzend oder noch mehr Menschen jeglichen Alters und Geschlechts zusammen wohnen, nein nicht wohnen, sondern wie die Thiere im greulichsten Schmutze vegetiren. In solchen Ställen werden die Menschen geboren, wachsen sie auf, paaren sie sich und leben mit ihren Nachkommen wiederum in derselben Weise zusammen. Und auf der anderen Seite existirt ein für uns fast ungläublicher Luxus, eine Verschwendung, die alle Begriffe übersteigt; das Mark des Arbeiters und sein Schweiß kristallisiren sich in Form von Goldstücken und dienen den „Herren“ zur Befriedigung der wahnsinnigsten Gelüste. Und ist dann der Arbeiter durch ein knapps Menschenalter hindurch genugsam ausgepreßt, so winkt ihm als tröstliches Aynl für sein Alter das „Workhouse“, das Arbeitshaus. Es gibt in England Arbeiter in Masse, die lieber Selbstmord begehen, als sich dem Workhouse überliefern lassen. Man wird nun wohl sagen, daß diese Zustände in neuerer Zeit anfangen anders, besser zu werden, da sowohl von sogenannten Humanitäts- und Wohlthätigkeitsgesellschaften als auch von den Grundbesitzern selbst für den Bau von gesunden Arbeiterwohnungen zc. gesorgt würde. Das Letztere ist richtig. Aber diese Wohnungen werden nicht gebaut, um dem Arbeiter eine menschenwürdigeren Existenz zu sichern, sondern lediglich aus Spekulation, um die Arbeitskräfte an die Scholle zu fesseln, da sie bereits angefangen haben, sich aus stumpfsinnigen Arbeitsmaschinen zu denkenden Menschen zu machen und sich eine Organisation geschaffen haben, die bereits jetzt nach Hunderttausenden zählt. Bei der jetzigen Auspötrung kann man es ja am allerdeutlichsten sehen, daß es mit diesen Wohnungen nur darauf abgesehen ist, die Arbeiter abhängiger zu machen; denn sobald einer es wagt, sich zu rühren, kommt er befanntlich außer Arbeit und in allen solchen Fällen ist mit der Arbeitsentlassung auch die Kündigung der Wohnung verbunden.

Wenn man nun Zustände wie die geschilderten selbst vom „orthodox-christlichen“ Standpunkt aus ansehen wollte, so müßte man sich fragen: Was soll das für ein Herrgott sein, der eine solche Welt geschaffen hat? Wie kommt er dazu, die ganze schöne Erde ein paar Faulkenzern als „Eigenthum“ zuzusprechen, während eine so erschrecklich große Zahl von fleißigen Menschen zu nichts weiter bestimmt sein soll, als für jene Minorität gefügige Werkzeuge abzugeben?! Die Erde ist für uns Alle da, und Niemand hat Jenen das Recht gegeben, sie zu usurpiren und als Monopol zu betrachten!

Durch den Großgrundbesitz in England mußte selbstredend auch der Großbetrieb auf dem landwirthschaftlichen Gebiete herbeigeführt werden; wir sehen die Maschinen in ihrer größten Vollendung, soweit dieselbe bis jetzt erreicht ist, in Anwendung; der Dampfplug der Landlords hat längst den Handplug des freien Bauern verdrängt. Es ist rationeller Betrieb, kein kümmerlicher Raubbau wie in Frankreich und einem großen Theile Deutschlands vorhanden, und deshalb ist auch in England die Ertragsfähigkeit, resp. der Nutzen, den das Land abwirft, um fast sechsundsechzig Procent größer als in Frankreich.

Dies lehrt, daß das genannte Land, wenn Eigenthum der Arbeiter und auf die genannte Weise bearbeitet, genug abwerfen würde, um Alle reichlich zu ernähren und Keinen darben zu lassen.

Sehen wir nach Frankreich hinüber. Dort existirt seit Jahrhunderten das Parcellensystem, das System der Güterzerstückelung. Es existirte daselbe schon zur Zeit der Leibeigenschaft in indirekter Form. Die großen Besitzungen der in den Klöstern ihr Unwesen treibenden Pfaffen und die des Adels waren sämmtlich in so und so viele kleine Parcellen eingetheilt, welche von den „Hörigen“ für die „Herren“ bearbeitet werden mußten. Durch die große Revolution vom Jahre 1789 wurden diese Parcellenbauern frei. Sie traten in den Besitz des Landes, das von dem souveränen Volk expropriirt worden war. Aus diesem Grunde kämpfte auch der französische Bauernstand zum großen Theil mit so gewaltiger Begeisterung für die Revolution und für die Republik. Er sah in ihr seine Befreierin. Er wurde durch sie zum Grundbesitzer gemacht. Achtzig Jahre sind seitdem verflossen; die französischen Bauern haben während dieser Zeit Gelegenheit gehabt, alle möglichen Verbesserungen für die Landwirthschaft einzuführen.

Sehen wir uns indeß nach dem Resultat dieses 80-jährigen Besitzes um!

Der französische Bauer steht in Hinsicht auf sein ökonomisches und leibliches Wohlergehen noch genau auf derselben Stufe wie vor der Revolution. In allen übrigen Fragen steht es noch weit schlimmer.

Die Hypothekenschulden, die auf dem Lande lasten, betrugen 1851 schon 10 Milliarden Francs und 1866 gab es in Frankreich mehr als 3 1/2 Millionen Bauern, welche in Folge ihrer schlechten Lage ihre Steuern nicht bezahlen konnten! Und dabei ist in's Auge zu fassen, daß in Frankreich, (das bei einer Einwohnerzahl von 38 Millionen 7,850,000 Grundeigenthümer zählt — während England bei 30 Millionen bloß 30,000 (!) zählt —) in Folge der Parcellenwirthschaft der Ertrag, wie

ich schon angeführt habe, weit geringer ist als in England, wo die Arbeit, zu deren Verrichtung in Frankreich 7 Hände nothwendig sind, dort von zweien verrichtet wird.

Die Lebensweise selbst aber ist in vielen Gegenden noch erbärmlicher als in England, abgesehen davon, daß das Land entvölkert wird und verarmt.

Keine Herren! Ich glaube nicht nöthig zu haben, auch noch auf andere „Culturländer“ überzugehen. Betrachten wir nun einmal unser liebes Deutschland. Hier finden wir beide bereits geschilderte Wirthschaftssysteme vertreten. In Norddeutschland, namentlich in Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen finden wir den englischen Großgrundbesitz in ausgeprägtester Weise. Die dortigen Mittergutsbesitzer sind daselbe wie die englischen Landlords, nur fehlt hier der Pächterstand, wenigstens ist derselbe nicht in der gleichen Ausdehnung vorhanden wie in England. Wir haben hier unter den Arbeitern dreierlei Art zu unterscheiden: die eigentlichen „Knechte“, die auf festen Lohn gedungen werden und auch Kost und Wohnung (und was für eine!) bei den „Herren“ haben; dann die „Tageelöhner“, welche wie die industriellen Lohnarbeiter um ein bestimmtes Tagegeld oder zur Erntezeit wohl auch im Akkord arbeiten, und keine weiteren Verbindlichkeiten gegen die Besitzer haben, und endlich die sogenannten „Inst- oder Dienstleute“, die Nachkommen der früheren Leibeigenen, welche zu dem Gutsherrn in dauerndem Dienstverhältniß stehen, Wohnungen und Naturallieferungen erhalten und dafür verpflichtet sind, mit Weib und Kind, womöglich auch noch mit einem Scharwerker für den Herrn zu arbeiten. Diese letzteren Arbeiter unterscheiden sich von den früheren schwarzen Sklaven Amerika's nur in sehr geringem Grade.

Daneben giebt es dann allerdings auch noch einen gewissen „Kleinbauernstand“, der aber im Vergleich zu den bis jetzt genannten Arbeiterarten fast vollständig verschwindet. Die Bezahlung dieser sämmtlichen Arbeiter ist geradezu jammervürdig und in Bezug auf die Wohnung stehen sie so ziemlich auf derselben Stufe wie die englischen Cottagers. Daher auch die riesige Zunahme der Auswanderung nach Amerika aus jenen Gegenden, die zwar nebenbei auch noch dem Militarismus mit in die Schuhe geschoben werden muß. Denn der englische Arbeiter, so geplagt und ausgepreßt er auch wird, da ihn der Fabrikant oder Gutsbesitzer nach Belieben hungern, ja verhungern lassen kann — er hat wenigstens den Trost, daß er nicht zum Militärdienst gezwungen werden kann, während der deutsche Proletarier und namentlich der ländliche Proletarier die sichere Aussicht hat, wenn er seine geraden Glieder hat, gedrückt zu werden, um das System der Ausbeutung und der Unterdrückung noch im Dienste der Pöbelhaubenkultur mit dem Schießprügel in der Faust aufrecht erhalten und sich dafür todtschießen lassen zu dürfen!

(Redner geht nun auf die statistischen Angaben der Herren v. d. Goltz und Rudolph Meyer ein und schildert in satyrischer Weise ihre Vorschläge zur Steuerung der Auswanderung, sowie zur Lösung der sozialen Frage im Allgemeinen.) — In den erwähnten Ländern nun

ist die Ausbeutung und die Arbeitsmethode so weit gediehen, um mit der Organisation der Landarbeiter zur Erzielung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen vorgehen zu können. Auch können diesen Leuten die Grundlehren des Sozialismus, und die Konsequenzen, die er für die Landarbeiter mit sich bringt: allmähliche Umwandlung der Staatsdomänen und Kirchengüter in Collectiv-eigentum mit gemeinschaftlicher Bearbeitung, sowie später gänzliche Expropriation des gesamten Grund und Bodens, — recht wohl begreiflich gemacht werden.

In Süd- und Westdeutschland ist noch mehr das französische Parcellensystem mit denselben Regeln bez. der Erbfolge im Gebrauch. Dort existirt noch ein ziemlich wohlhabender bäuerlicher Mittelstand, der aber in Folge der Fortschritte auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Wissenschaft gezwungen ist, entweder den rationellen Großbetrieb mit Maschinen einzuführen und dadurch zur Vergrößerung und Arrondierung seiner Güter zu greifen, oder, wenn er die Mittel hierzu nicht hat, langsam zu verkommen und in die Reihen der Kleinbauern und Tagelöhner zurückzutreten. Diese Beobachtung kann man namentlich in dem wohlhabendsten Regierungsbezirk Bayern's, in Niederbayern, der sogenannten bayrischen Kornkammer machen. Zwei Drittel des gesamten Grund und Bodens von Niederbayern sind mit Hypothekenschulden überlastet, und auch das andere Drittel ist mehr oder weniger in den Klauen von Wucherern und Geldwechslern.

Das ist die Rehrseite der Medaille. Und tritt irgendwie eine Krisis oder ein Krieg ein, so daß der Bauer zahlungsunfähig wird, so fällt das ganze Land in die Hände einer kleinen Anzahl von Großkapitalisten. Es ist daher nothwendig, auch die ländlichen Arbeiter über ihre Lage aufzuklären und sie zu organisiren nach dem Muster der englischen Gewerkschaften. Daß der Sozialismus unter der Landbevölkerung Wurzel fassen kann, beweist erstens die schleswig-holstein'sche Gegend und dann auch die katholisch-soziale Propaganda. Mit letzterer hatte ich Gelegenheit, zusammenzutreffen. Als ich in der Wahlperiode unter den ländlichen Arbeitern agitirte, wurde mein sozialistisches Programm immer mit größter Freude aufgenommen; aber gleich darauf kommt ein Pfaffe und sagt: Alles, was der euch gesagt hat, ist richtig; wir wollen ganz dasselbe. Nur wollen wir den Herrgott dazu und die Sozialdemokraten wollen den Herrgott nicht. Selbstverständlich wenden sich nun die meisten von uns wieder ab. Es ist daher in dieser Hinsicht Vorsicht zu üben; nicht daß man jesuitisch mit seiner eigenen Ueberzeugung hinter dem Berge hält, sondern man braucht nur nicht mit der Thüre in's Haus zu fallen, und hat eben mehr über die Organisation, als über Religion und dergleichen zu reden. —

Ich bin deshalb der Ansicht, daß es nothwendig ist, in nächster Zeit schon eine Organisation der Landarbeiter in's Leben zu rufen und empfehle Ihnen folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung anerkennt die Solidarität der industriellen und ländlichen Arbeiter und betrachtet es als eine Hauptaufgabe für die sozialdemokratische Arbeiterpartei, durch planmäßige Agitation die sozialistischen Grundzüge unter der Landbevölkerung zu

verbreiten und baldigt eine sozialdemokratische Organisation der ländlichen Proletarier in's Leben zu rufen.“ —

Sorgen Sie dafür, daß die sozialistische Propaganda immer größere Ausdehnung erlange, sorgen Sie dafür, daß es hell werde in den Köpfen der ländlichen Proletarier, damit auch auf dieser Seite der Wahlspruch zur Wahrheit werde:

„Tod der Noth, Krieg dem Müßiggang;
Friede und Arbeit,
Brod und Gerechtigkeit!“

Wahlrecht: Wer aus der Versammlung das Wort wünscht, hat dasselbe. (Kurze Pause.) Es wünscht Niemand zu sprechen, wir kommen zur Abstimmung. (Geschicht.) Die Resolution ist einstimmig angenommen und unsere Tagesordnung somit erledigt, dafern nicht sonst noch Jemand im Allgemeinen ein Anliegen hat. (Kurze Pause.) Es ist der Fall nicht, wir kommen zum Schluß.

M. H.! Auf den sittlichen Geist hinweisend, von welchen die Vorträge der Redner durchdrungen gewesen sind, wende ich mich insbesondere an die der Sozialdemokratie feindlich oder gleichgültig gegenüberstehenden Anwesenden, indem ich sie auffordere, wenn nicht an der sozialistischen Propaganda, so doch an der Culturarbeit theilzunehmen, welche darin besteht, daß man dem armen vernachlässigten Volke wahre Bildung durch gesunde geistige Nahrung zuführt. Jeder Anwesende konnte durch die gehörten Reden zum wenigsten wohl davon überzeugt werden, daß die Sozialdemokratie in Wirklichkeit nicht den Schilderungen entspricht, welche ihre Feinde von ihr zu entwerfen pflegen; wie sie selbst ihre Sache mit sittlichem Ernste aufsaßt, so mag auch das große Publikum sich bemühen durch eifriges Studium sich mit der sozialen Wissenschaft bekannt zu machen. Jeder der ein Herz hat für die Leiden des Volkes, der es gut meint mit der ganzen Menschheit, ist zu solchem Handeln verpflichtet. —

Die Versammlung ist hiernit geschlossen!

(Der Verkauf dieser Versammlung war ein äußerst günstiger und fanden sämtliche Referate lebhafteste Anerkennung. Trotz der drückendsten Hitze blieb der Saal gefüllt bis zum Schluß der Versammlung 1/27 Uhr Abends.)

Zweite geschlossene Sitzung.

Sonntag, den 19. Juli, Nachmittags 7 3/4 Uhr,

im Kurgarten.

(Vorsitzender: Mottelec.)

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit sämtlicher Delegirten; folgende Telegramme werden hierauf zur Kenntniß des Congresses gebracht:

Göfßnig: Besten Gruß! Seid muthig, werdet einig, wenn Verfolgung groß. Parteigenossen Göfßnig-Crimmitschau.

Berg (Württemb.): Glück zur Arbeit für Freiheit wünschen die Parteigenossen Cannstadt's. Hoch den Männern der Freiheit! Seig.

Eßlingen (Württemb.): Hoch lebe die Sozialdemokratie, sowie deren Vertreter! Einheitliches Zusammenwirken wünschen die Eßlinger Parteigenossen. Hunn.

Pforzheim: Dreifaches Hoch den wackeren Vorkämpfern unserer gerechten Sache! Wahret Ehre und Freiheit des Proletariats. Tischgesellschaft „Kühler Grund“.

Mylau (Sachsen): Hoch leben die treuen Vorkämpfer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei! Die Sozialdemokraten v. M. Forst (Nieder-Lausitz): Glückauf zum Congreß von der heutigen Versammlung in Forst. J. A.: Urban, Schmidt.

Ein Schreiben aus Gelenau i. S. wird als auf privatem Wege erledigt erklärt. Es liegen ferner Zuschriften aus Zürich vor, worunter eine vom deutschen Verein daselbst, in welcher derselbe ersucht, der Congreß möge zur Schlichtung der dortigen Streitigkeiten eine Commission einsetzen. Der betr. Brief wird verlesen; ebenso das Protokoll der vorhergehenden Sitzung, welches genehmigt wird.

Geib wünscht, daß letzteres in Zukunft ausführlicher abgefaßt werde, hat aber Prinzipielles nicht zu erinnern.

Vorj. Motteler: Wir treten jetzt in die heute Mittag verlassene Tagesordnung wieder ein. Die Debatte über Punkt 1C ist wieder eröffnet und sind hierzu bis jetzt folgende Anträge eingelaufen:

Wolf-Chemnitz beantragt: „Der Congreß möge sich dahin erklären, daß dem Ausschusse das Recht nicht zustehe, direkt in die Organisation der Gewerkschaften einzugreifen.“

Scheil u. Ulrich bringen folgende Erklärung zu Wolf's Antrag ein: „Unterzeichnete erklären, daß das Vorgehen des Ausschusses in Bezug auf den Congreß der Vereinigten Metallarbeiter Deutschlands, zu Pfingsten d. J. in Hannover abgehalten, nicht im Interesse der Arbeiterbewegung geschehen erachtet werden kann, da die gewerkschaftliche Organisation, als Fundament der politischen Arbeiterpartei aller Kulturstaaten, bestehen soll. Sie beantragen demzufolge, daß der Congreß, ohne der anderweitigen Thätigkeit des Ausschusses ein Mißtrauensvotum ausstellen zu wollen, sofort sich darüber aussprechen möge, ob die Generalversammlung der Metallarbeiter im Sinne unseres Programms stattgefunden habe oder nicht. Ulrich, Scheil.“

Löwenstein-Fürth beantragt, zu erklären: „Der Congreß hat die Berichte des Parteiausschusses und der Controlcommission mit Befriedigung entgegengenommen und geht über den speziellen Antrag Wolf's zur Tagesordnung über.“

Motteler: Sämmtliche Anträge stehen mit zur Diskussion.

Vorck: Ich kann nicht begreifen, wie Scheil zu seinem Antrage kommt. Der Ausschuß war zum Mißtrauen gegen diese Art von Einigung vollständig berechtigt, denn der Metallarbeiter-Congreß wäre schwer-

lich zu Stande gekommen, wenn man Seitens der Veranstalter nicht einer Majorität sicher zu sein geglaubt hätte. Wir hatten Kenntniß davon, daß die anderseitigen Unternehmer, trotzdem sie nur verschwindend schwache Gewerkschaften zählten, sich als Vertreter von Tausenden aufspielen wollten, und können dafür mit Zahlen dienen. Wären unsere Leute direkt auf die Vorschläge der anderseitigen Einberufer eingegangen, ohne gewarnt zu sein, so hätte eben einfach eine Majorisirung der wirklichen Majorität durch eine großgekünstelte Minorität stattgefunden. Und wie man andererseits dachte, dasern es so weit nicht kommen sollte, das finden wir am klarsten ausgedrückt in der Aeußerung von Stöckel (Mitgl. d. Allg. d. Arb.-Ver.) N. Wolf-Chemnitz gegenüber: „Er (Stöckel) würde die Einigung bekämpft haben, wäre er nicht Präsident des Congresses gewesen.“ Ich bin überzeugt, der Parteiausschuß hat unter solchen Umständen nur seine Schuldigkeit gethan.

Scheil beantragt 10 Minuten Redezeit für Antragsteller. Nach kurzer Debatte wird dies abgelehnt.

Bernstein: Ich bin gegen den Antrag Wolf's, obgleich ich durchaus nicht an der redlichen Absicht eines großen Theils der Einberufer des Metallarbeiter-Congresses zweifle. Ich bin sogar bei vielen, die ich persönlich kenne, davon überzeugt. Indessen muß ich insofern Wolf Unrecht geben, als ich den Ausschuß für wohlberechtigt halte, wo er es für nöthig hält, warnend einzutreten. Dies war hier um so mehr geboten, als selbst bei den besten Absichten der Einberufer es sehr in Frage stand, ob sie für ihr Unternehmen in ihren Kreisen genügend hätten wirken können. Beweis: erstens daß ein großer Theil Vassalleaner mit großem Widerwillen auf die Vereinigung eingegangen ist (Frohme, Stöckel etc.), zweitens daß für sie als Mitglieder des Allg. d. Arb.-Ver. noch der Beschluß der letzten Generalversammlung in Kraft war, laut welchem alle Mitglieder von Gewerkschaften darauf hinzuwirken verpflichtet sind, daß die Leitung in Hände von Mitgliedern des Allg. d. Arb.-Ver. gelange. Die Befolgung dieses Beschlusses hätte, wenn die Vereinigung wirklich stattgefunden; von vornherein schädlich wirken müssen, da dadurch natürlich die uns Zustehenden in die Lage des Widerstandes versetzt worden wären. Ich bitte also den Antrag Wolf's abzulehnen, der entschieden auf Verkennung des wahren Sachverhalts beruht. Der Antrag Scheil-Ulrich bedeutet ein Mißtrauensvotum gegen den Parteiausschuß, der entschieden das Recht hatte, seine Ansicht auszusprechen, und ich bitte deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Erstein: Ich bin, wenn es gewünscht wird, in der Lage, Beweise zu liefern, wie man Seitens Angehöriger des Allg. d. Arb.-Ver. vorgeht, um uns auf gewerkschaftlichem Gebiet zu schädigen. Das Vorgehen Hörig's, Winter's, Richter's im Cigarrenarbeiter-Verband war stets gegen die „Eisenacher“ gerichtet.

Muer: Ich verlange Schluß der Debatte. Man kommt immer wieder vom Gegenstande ab und scheint mancherseits eben einfach nicht den Muth zu haben, zu entscheiden, ob dem Ausschuß ein Mißtrauensvotum zu geben oder nicht.

(Schluß wird beschlossen.)

Motteler: Nachdem die Debatte geschlossen ist, verschreiten wir zur Abstimmung, zunächst über den Antrag Löwenstein. (Geschieht.) Der Antrag Löwenstein ist angenommen. Wir stimmen jetzt ab über den Antrag Wolf's, dann Scheil's und Ulrich's, die ich zwar durch Annahme des Löwenstein'schen erledigt glaube.

Geib (zur Abstimmung): Nach Annahme des Antrags Löwenstein bestreite ich die Zulässigkeit einer Abstimmung über diese Anträge.

Kofosky: Ueber die Anträge Wolf, Scheil u. kann nicht mehr abgestimmt werden, sie sind einfach gefallen durch Annahme des Gegenantrags Löwenstein.

Scheil: Unser Antrag kann trotz Allem zur Abstimmung kommen, denn es muß constatirt werden, daß das Verfahren des Ausschusses in dem einen Falle getadelt wird. Der Ausschuß hat seine Befugnisse überschritten.

Bernstein: Ich glaube auch, daß über die Anträge abgestimmt werden sollte, denn sie beziehen sich nur auf den concreten Fall des Metallarbeiter-Congresses und die Annahme würde ja das im Löwenstein'schen Antrag Gesagte nicht alteriren.

Es erhebt wegen vermeintlich nicht genügender Berücksichtigung der uns Wort Bittenden, die den Wunsch zu haben scheinen, die Debatte zu erneuern, eine lebhafte Erregung. Der Vorsitzende giebt dem Congresse anheim, zu entscheiden, ob die Debatte wieder aufgenommen werden soll. Die Rednerliste wird verlesen und ordnungsmäßig besunden. Die Antragsteller ziehen schließlich „um des lieben Friedens willen“, wie Scheil sagt, ihre Anträge zurück. Punkt 1C ist somit definitiv erledigt.

Motteler: Zu Punkt 2C: „Bericht der Mandatsprüfungs-Commission“ hat Geib als Berichterstatter das Wort.

Geib: Meine Herren! Die Mandatsprüfungs-Commission hat zunächst sämtliche eingereichte Mandate in Ordnung besunden und kann somit die volle Richtigkeit der Präsenzliste bestätigt werden. Dieselbe ergibt, daß anwesend sind: 52 Delegirte für 143 Orte, welche die Zahl von 8789 steuerzahlenden Parteigenossen umfassen. Unvertreten sind: 86 Orte, wovon 38 wegen retirirender Beiträge. Die Gesamtzahl der steuerzahlenden Parteiangehörigen beträgt 14,000. Als Vertreter der „Volksstaat“-Redaktion ist Liebknecht, als Vertreter der Expedition ist Hadlich am Platze. Ein großer Theil unserer Restanten hat noch an den Wahlschulden zu leiden und fehlen deshalb mehrfach die Mittel zur Besichtigung des Congresses und Zahlung der Beiträge. Mit Bezug auf den von mir erstatteten Geschäftsbericht bedarf es keiner weiteren Erwähnung von Einzelheiten in dieser Hinsicht und beantragt die Mandatsprüfungs-Commission, sämtliche Mandate gültig zu erklären.

Geib in reklamirt das Mandat, welches ihm von einer öffentlichen Arbeiterversammlung in Cassel übertragen worden, und erhält dasselbe zugesprochen.

Mehrere Parteigenossen theilen mit, daß sie, durch lokale Verhältnisse gezwungen, nur von öffentlichen Versammlungen gewählt worden seien, und da sie bezüglich ihrer Berechtigung zur Theilnahme an den Ver-

handlungen einen Beschluß des Congresses gefaßt wissen möchten, beantragt die Mandatsprüfungs-Commission:

„Für diejenigen Gefinnungsgeossen, welche durch in öffentlichen Arbeiterversammlungen gewählte Delegirte vertreten sind, tritt der § 10 der Geschäftsordnung außer Kraft.“

Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen und Punkt 2 der Tagesordnung somit als erledigt erklärt.

Zu Punkt 3 C der Tagesordnung: „Bericht über die Parteiblätter“ erhält der Vertreter der „Volksstaat“-Expedition, Hadlich, das Wort.

Hadlich verliest zunächst solche Orte, an denen die Expedition Verluste in Aussicht hat und erörtert von einigen die diesbezüglichen Verhältnisse. Derselbe fährt dann fort: Meine Herren! Der Abonnentenstand des „Volksstaat“ hat die gehoffte Höhe, welche durch Herausgabe der Agitationsnummer in einer Auflage von 70,000 Exemplaren erwartet wurde, nicht erreicht, obgleich durch die Wahlagitation das Abonnement wesentlich gestiegen ist; der Rückgang in letzterer Zeit erklärt sich zum Theil aus dem schlechten Geschäftsgange, zum Theil wirken aber auch die Mängel verschiedener Filialexpeditionen schädigend ein; und daher kommt es auch, daß wir den Abonnentenstand nie sicher angeben können. Derselbe ist in den letzten beiden Quartalen incl. der 3000 Postabonnenten auf 6500 zu schätzen. Wenn ich nun noch zu dem in Ihren Händen befindlichen Bericht einige mündliche Erläuterungen gebe, so geschieht es, um Sie vor allen Dingen auf die, namentlich im verfloffenen Jahre, eingetretenen größeren Verluste oder doch wenigstens vom vorigen Jahre her in Aussicht stehenden Verluste an Abonnements- und Schrifteingeldern aufmerksam zu machen. Seitens der Expedition ist, leider ohne Erfolg, Alles gethan worden, dies zu verhindern. Die Ursache dieser Kalamität ist zum Theil in dem allgemein schlechten Geschäftsgang, größtentheils aber in der Unzuverlässigkeit der einzelnen Filialexpeditoren zu suchen; zum Theil aber sind diese selbst durch die Reichstags-Wahlagitation, an der sie sich in erhöhtem Maße theilnehmen mußten, Seitens ihrer Arbeitgeber gemahregelt worden, und in Folge dessen verhindert, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wenn der vorjährige Congressbeschuß, die Aufhebung der Filialen betreffend, strikte hätte durchgeführt werden können, würden wir gar keine, oder doch nur sehr geringe Verluste zu verzeichnen haben, aber von den verschiedensten Orten, wo wir dies versuchten, kamen uns die bestimmtesten Versicherungen, sowohl Seitens der Filialexpeditoren, als der Vertrauensmänner, daß durch diese Maßregel mindestens die Hälfte der Abonnenten verloren gehen würde. Ich unterlasse es daher, heute hierauf bezügliche Anträge zu stellen, fordere aber Jeden von Ihnen auf, in seinem Kreise für Einführung von Postabonnements zu wirken. Die Partei wird dann eher vor Verlusten bewahrt, die indeß selbst bei der größten Vorsicht nie ausbleiben werden. Wo die neue Einrichtung aber nicht ohne zu große Einbuße an Abonnenten durchzuführen ist, müssen die Filialexpeditionen eben genau kontrollirt werden, und ich bin überzeugt, wenn jeder Parteigenosse in dieser Richtung seine Pflicht thut, wird es bald

dahin kommen, daß wir von den Erträgnissen des „Volksstaat“ jährlich 1000 Thlr. für die Agitation verwenden können.

Motteler: Die Diskussion ist eröffnet.

Bernstein: Die vom Berichterstatter erwähnte Schuld der Berliner rührt nicht von den jetzigen Filialexpeditoren, sondern von den früheren her, was ich hiermit constatiren möchte, da Berlin zur Zeit sehr verlässlich ist.

Müller-Mainz erklärt, daß die Mainzer Parteigenossen die Schuld der dortigen Filiale an die Expedition decken werden.

Schade-Frankfurt: Die betreffs Frankfurt verlaubte Schuld ist ebenfalls nicht dem jetzigen, sondern lediglich mir dem vorigen Colporteur zuzuschreiben.

Hadlich: Ich muß dem entgegen constatiren, daß gerade unter dem jetzigen und letzten Colporteur in Frankfurt der größte Theil der Schuld angewachsen ist.

Ekstein: Nach dem gegebenen Berichte möchte ich ganz entschieden befürworten, die Filialexpeditionen sofort eingehen und die „Volksstaat“-abonnements auf der Post vornehmen zu lassen. Die Filialexpeditionen haben der Partei mehr Opfer gekostet, als sie genügt haben, und wenn die Postabonnements durch die bisherigen Filialexpeditoren eingeleitet werden, so wird ein bedeutender Rückgang im Abonnement sicher nicht erfolgen.

Motteler: Es sind zu der Vorlage folgende Anträge eingegangen: Erhardt-Ludewalbe beantragt: „Die Expedition solle Schriften nur gegen Postvorschuß versenden.“

Holand: „Keiner Filiale darf länger als einen Monat geborgt werden.“

Schulz-Kudostadt: „Die Filialen sollen auf der Post abonniren und eine mit dem Ausschuß zu vereinbarende Vergütung von der Expedition erhalten.“

Ekstein-Meingruber beantragen: „Die Filialen ganz eingehen zu lassen.“

Auf Interpellation Beckesser's, betreffs der Würzburger Schuld, erklärt Hadlich, daß dieselbe von dem früheren Filialexpeditoren D. in W. herrühre und daß sehr zu wünschen wäre, daß die dortigen Parteigenossen sich der Sache annehmen möchten.

Lehmann erklärt, daß die Rückstände in Pforzheim eine Folge des seit Jahren dort andauernden schlechten Geschäftsganges seien, durch welchen viel Parteigenossen zahlungsunfähig und zur Wanderschaft gezwungen wurden, wodurch natürlich auch die Filialexpedition Verluste erlitten habe. Er werde Sorge tragen, daß die Parteigenossen in Pforzheim die Schuld allmählich abzuführen suchen.

Motteler: Es sind noch folgende Anträge eingegangen, welche ich verlese und zur Diskussion gestellt erkläre:

Bernstein beantragt: „Eine Commission aus den verschiedenen Antragstellern zu ernennen und die Herren Hadlich und Geib beizuziehen, um über die verschiedenen Anträge eine Verständigung zu erzielen.“

Er beantragt: „Den Preis der Annonce am Schluß derselben durch Zifferangabe in Klammern zu vermerken.“

Albert: „Die Expedition des „Volksstaat“ solle sich, sobald Rückstände eintreten, an die Vertrauensleute der betreffenden Orte zu wenden haben.“

Röthlingshöfer: „Die Filialexpeditionen sind unter die Aufsicht von Controleuren zu stellen.“

Kokosky: „Filialen sind nur sofern beizubehalten, als dieselben Pränumerando-Zahlung leisten.“

York und Uuer: „Die Abrechnungen des „Volksstaat“ ausführlicher und spezieller zu halten.“

Geib: „Der Ausschuß ist zu beauftragen, an den Orten, woselbst sich jetzt Volksstaat-Filialen befinden, auf die Errichtung von Postabonnements-Kassen hinzuwirken, um damit die baldige Beseitigung mangelhafter Volksstaat-Filialen herbeizuführen.“

Nach längerer Debatte, an der sich zahlreiche Redner betheiligten, entscheidet der Congreß, in Folge mehrfachen Widerspruches gegen die vom Vorsitzenden vorgelegte Fragestellung, zunächst über den Antrag Geib's abzustimmen und die Anträge Er, York-Uuer der Expedition zur Berücksichtigung zu empfehlen. Hadlich erklärt Namens der Expedition diesen Wünschen entsprechen zu wollen und erfolgt hierauf die Annahme des Antrags Geib (siehe oben).

Motteler: Zu dem Bericht der Volksstaat-Expedition ist von Geib der Antrag eingebracht:

„Der Congreß überweist mit Rücksicht auf die von Motteler vorgenommene Revision den Bericht der Volksstaat-Expedition zur Schlussrevision an den Ausschuß und geht zur Tagesordnung über.“

Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen und auf den weiteren Antrag Geib's, den Punkt 3C der Tagesordnung auszusetzen und den Punkt 4C („Wahl des Vororts und der Controlcommission“) seiner wesentlichen Dringlichkeit wegen vorzunehmen, sofort eingegangen.

Es beginnt nun die Diskussion über Punkt 4C.

Wahlreich: Nach den bisherigen Vorgängen gegen die Sozialisten glaube ich mich kaum zu täuschen, wenn ich vermuthe, daß auch unsere Partei Aussicht auf Auflösung hat und es erscheint also sehr angebracht, diese nicht durch die Wahl eines praktisch unmöglichen Parteivorortes zu beschleunigen. Dies würde sicher geschehen, wenn, wie verlautbart, Berlin gewählt würde. Für Hamburg würde ich eher stimmen, wenn ich wüßte woher ein Parteisekretär zu nehmen wäre. Ich stelle indeß in Erwartung, daß mir genügender Bescheid wird, den Antrag, den Ausschuß in Hamburg zu belassen.

Bernstein, Baumann, Klees sprechen sich aus verschiedenen Gründen für Hamburg aus; der Letztere theilt die Besürchtungen Wahlreich's wegen eines Sekretärs nicht.

Geiser: Bereits im vorigen Jahre habe ich aus rein demokratischen Gründen gegen Hamburg gesprochen. Ich unterlag, weil man damals praktische Gründe und Ausnahmeverhältnisse geltend machte. Wenn man heute wiederum derartige Gründe geltend machen will, so

kann ich dieselben noch weniger als stichhaltig ansehen. Man kann dann ebenso gut sagen: der Ausschuß soll in Hamburg bleiben, denn die Verfolgungen werden eher zu-, als abnehmen. Gerade im Hinblick auf diese Verfolgungen sollte man aber darauf bedacht sein, daß neue Orte zur Parteileitung herangebildet werden.

Geib erklärt auf Wahlreich's direkte Anfrage, daß er seine Person anlangend, betreffs Uebnahme des Sekretärs sich freie Verfügung vorbehalte. In Hamburg sei man ganz damit einverstanden, wenn der Vorort dorthin komme, obgleich wohl zu berücksichtigen sei, daß die in Hamburg vorhandenen Kräfte, durch die vielen Geschäfte des Ausschusses in Anspruch genommen, der Entwicklung der lokalen Agitation wesentlich entzogen sind.

Estlein theilt Geiser's demokratische Erwägungsgründe, denn man müsse die Uebung der Selbstverwaltung, die man im Großen anstrebe, durch wiederkehrenden Wechsel des Vororts zu fördern suchen. Die Wahl Berlins würde leicht der Vermuthung Raum geben, der Ausschuß könne durch unsere Reichstagsabgeordneten jeweilig beeinflusst werden.

Scheil: Es wäre gut, wenn der Ausschuß nicht nochmals nach Hamburg verlegt zu werden brauchte. Ich sehe indes momentan, erstens wegen der andauernden Polizeiverfolgungen und zweitens wegen Mangels an für den Ausschuß geeigneten Kräften anderwärts, keinen Ausweg.

Dr. Stamm: Wenn wir in Preußen in einem Rechtsstaate, wie z. B. in England lebten, würde ich unbedingt für Berlin stimmen; aber so lange dies eben nicht entfernt der Fall ist, bin ich ganz entschieden gegen Berlin.

Rieck: Ich will nicht entschieden die Wahl Berlins befürworten, glaube aber nicht, daß noch größere Maßregelungen eintreten werden. Und weiter sehe ich nicht, daß Berlin in dieser Beziehung schlechter gestellt sei als Hamburg. Die Partei kann in Hamburg ebenso gut aufgelöst werden wie in Berlin. Es ist also nach meiner Auffassung auch kein Grund vorhanden, die Uebertragung des Vororts nach Hamburg immer wieder in erste Linie zu stellen.

Grillenberger: Daß Geiser in der Wiederwahl Hamburgs etwas Undemokratisches findet, kann ich bei unserer Parteiorganisation nicht begreifen. Consequenter Weise müßte Geiser auch gegen das zweijährige Verbleiben des Ausschusses an Einem Ort sein, und verlangen, daß der Ausschuß mindestens alle Jahre anderswohin verlegt werde. Ich für meine Person wähle Hamburg nöthigenfalls noch zweimal.

Müller: Es ist nicht zu verkennen, daß die Verlegung des Ausschusses in mancher Beziehung von Vortheil wäre; weshalb diesen Vortheil um unbestimmter Annahmen willen preisgeben?

Wahlreich: Durch die alljährlich vorgeschriebene Wahl des Vororts halte ich das demokratische Prinzip genügend gewahrt. Ich möchte aber zuvor eine bestimmte Antwort gegeben wissen, ob Geib das Sekretariat wieder übernehmen will, oder wen man andernfalls zu diesem

Posten in Aussicht hätte. Dies muß bekannt sein, ehe zur Wahl geschritten wird.

Baumann: Man hat hier den Beschluß des vorjährigen Congresses sehr nachdrücklich betont; man wird aber doch wohl nicht leugnen wollen, daß der jetzige Congress berechtigt ist, Beschlüsse früherer Congresses abzuändern? Ich sehe in diesem Beschluß absolut kein Hinderniß gegen die Wiederwahl Hamburgs, falls dieselbe uns zweckmäßig erscheinen sollte.

Roland: Ich kann nicht glauben, daß der Ausschuß in Hamburg bleiben muß, damit wir gegen Willküracte gesichert bleiben. Der Feind wird, wenn er es ernstlich will, uns überall finden. Wir sind immer mißliebig gewesen und werden es wohl noch lange bleiben. Bangendes Zögern führt zur Thatenlosigkeit, man muß deshalb muthig vordringen. Ich bin entschieden dafür, daß wir Berlin mit dem Ausschuß besetzen.

Löwenstein: Prinzipielle Gründe müssen, wie Geiser sehr richtig hervorhob, praktischen Gründen vorangehen. Es handelt sich aber hier um eine Existenzfrage und deshalb ist die Taktik, Hamburg zu wählen, noch keine Prinzipienverletzung. Ich bin also für Hamburg und sehe durchaus keinen besonderen Muth darin, den Ausschuß nach Berlin zu verlegen.

Scheil: Ich beantrage, daß die parlamentarische Geschäftsordnung vor Beginn jeder Sitzung öffentlich vorgelesen werde.

Motteler: Ich werde, wenn es der Congress nicht anders bestimmt, diesen Antrag zurückstellen, bis nach Erledigung der entschieden dringlichen Vorlage. (Geschieht, da kein Widerspruch erhoben wird.)

Schumacher: Mit Geiser ganz einverstanden, finde ich die Verlegung des Vororts sehr praktisch und schlage Stuttgart vor.

Hoffmann: Ich halte für nothwendig, daß das geistige Armuthszeugniß, welches der Geschäftsordnungsantrag Scheil's der Partei ausstellt, mit dem Antrag zurückgewiesen werde.

Bernstein: Wenn wir jedes Jahr den Vorort neu wählen, so ist das demokratische Prinzip gewahrt, und ich bitte und beantrage hiermit formell Hamburg zu nehmen.

Auer: Ich muß Herrn Geiser zu bedenken geben, daß es sich bei der vorliegenden Frage so ziemlich um die Parteixistenz handelt. Und was die Wahrung des demokratischen Prinzips um jeden Preis betrifft, so erinnert sie mich lebhaft an den Feldscheer, der die ganze Compagnie zum Teufel gehen ließ, um seine Methode aufrecht zu erhalten. Die Wahl Berlins kann Alles über den Haufen werfen, und zwischen Muth und Muth à la Roland ist ein Unterschied. Es ist kein Muth, eine Gefahr heraufzubeschwören, der zu begegnen man nicht die Macht hat. Eine Verlegung des Vororts nach Württemberg wird die dorten jung aufstrebende Bewegung hemmen. Ich bitte, stimmen Sie für Hamburg.

Geiser sieht die angebliche Gefahr bei einer Wahl Berlins als eine Einbildung der Berliner an.

Dr. Stamm bleibt dabei, daß in Berlin die Auflösung der Partei näher liege als in Hamburg.

(Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen.)

Bernstein: Trotzdem Sie Schluß angenommen haben, halte ich es doch für unerlässlich, daß Sie zuvor noch die Vertreter der vorgeschlagenen Orte hören, ehe wir durch die Abstimmung entscheiden.

Hillmann gibt zu Protokoll, daß ihm durch Annahme des Schlußantrags das Wort abgeschnitten worden sei und daß er deshalb sich der Abstimmung enthalten werde.

Der Antrag Bernstein's wird angenommen.

Motteler: Nach dem Antrage Bernstein's hat nun als Vertreter von Stuttgart Burkhardt das Wort.

Burkhardt: Ich zweifle nicht daran, daß wir mit der Wahl von Stuttgart oder Hamburg doch sicherer Zeit gewinnen, die Partei so zu kräftigen, daß sie den Eintritt der mehrfach erwähnten Auflösung abhalten kann, ohne daß ihren Prinzipien damit Gewalt angethan wäre. In Württemberg haben wir zur Zeit noch freiere Vereins- und Versammlungsverhältnisse, so daß der Vorort dorthin in besonderen Fällen verlegt werden kann, allerdings müßten dann auch entsprechende Kräfte nach Stuttgart verpflanzt werden.

Müller-Mainz beantragt, den Vorort, im Fall Hamburg unmöglich würde, nach Stuttgart zu verlegen.

Bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung über die Belassung des Vororts in Hamburg stimmen mit „Ja“:

Lohmeier, Böwenstein, Biedermann, Auer, Burkhardt, Gries, Mamme, Tauscher, Kofosky, Ulrich, Greiner, Scheil, Albert, Schaar-schmidt, Hüttig, Ey, Gütth, Klees, Bock, Schade, Preißer, Grillenberger, Baumann, Wendel, Röhrlingshöfer, Beckesser, Schwanebeck, Wahlteich, Mehlsborn, Hoffmann, Reingruber, Bernstein, Dr. Stamm, Lehmann, Ohme, Schulz, Hertweg, Liebtnecht, Hadlich.

Mit „Nein“ stimmen:

Schumacher, Müller-Mainz, Geib, Wolf, Erhardt, Fischer-Gartenfeld, Eckstein, Ried, Geiser, Roland.

Der Abstimmung enthalten sich:

Hillmann (laut obiger Erklärung), Motteler und York (aus persönlichen Gründen), und Fischer-Stauffurth.

Hamburg ist also mit 39 gegen 10 Stimmen zum Vorort gewählt.

Hierauf gelangt der Antrag Müller-Mainz, daß Stuttgart eventuell als Vorort in Reserve gelten solle, zur Abstimmung und wird einstimmig angenommen.

Der Kongreß verschreitet dann zur Wahl des Sitzes der Control-commission. Augsburg, Gotha, Coburg werden vorgeschlagen, und nach mehrfachen Erörterungen in längerer Diskussion, an der sich die Vertreter der vorgeschlagenen Orte beteiligen, wird Coburg zum Sitz der Controlcommission gewählt.

Punkt 4C der Tagesordnung ist hiermit erledigt und werden nun folgende telegraphische Eingänge verlesen:

Augsburg: „Die Gesinnungs-genossen im „Prinz-Karlgarten“ bringen den Vertretern der Arbeit ein donnerndes Hoch!
Stollberg. Endres.“

Wilkau: „Den Vertretern der Sozialdemokratie donnernden Gruß. Gedenkt unseres Wahlkreises!“

Die Parteigenossen zu Wilkau.“

Motteler: Es liegt ein Antrag auf Schluß der Abend-sitzung vor, da die Zeit bereits über Mitternacht vorgeschritten ist. Erhebt sich Widerspruch gegen diesen Antrag? Es ist der Fall nicht und werden wir also die Verhandlungen schließen und Montag früh wieder aufnehmen, sobald die um 8 Uhr früh beginnende Generalversammlung der Genossenschaftsbuchdruckerei beendet sein wird. Die Delegirten werden gebeten, zahlreich an der Generalversammlung theilzunehmen, da auch Nichtmitglieder der Genossenschaft als Zuhörer Zutritt haben.

(Schluß der Sonntags-Sitzung gegen 1 Uhr Nachts.)

Dritte geschlossene Sitzung.

Montag, den 20. Juli, Vormittags 11 Uhr,

im Aurgarten.

(Vorsitzender: Motteler.)

Vorsitzender Motteler: Wir beginnen mit Vorlesung der Präsenzliste. (Geschlecht.) Es fehlen Ey, Bock, Ried, Fischer-Stauffurth. — (Werden als später eingetreten gemeldet.) —

Aus Schwäbisch-Gmünd liegt folgender Gruß, per Postkarte gesandt, vor: „Die heutige Versammlung der Partei beglückwünscht die Delegirten zum Congreß und fordert sie auf, unverzagt für die Rechte des arbeitenden Volkes einzutreten. Gruß! Die Mitglieder zu Schw.-Gmünd.“

Würzburg telegraphirt: „Glück auf! Nieder mit dem Personentampfe. Einigkeit macht stark. W. Swiatzky.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat das Wort

Wahlteich: Von verschiedenen Seiten wird der Wunsch gehegt, man möge in systematisch geordneter Weise zusammenstellen, an welchen Orten von Seiten der rückreisenden Delegirten Versammlungen abgehalten werden sollen und welche Congreßmitglieder disponibel sind.

Geib: Wir sind eben darüber, dies zu thun und ich bitte mir sofort die bezüglichen Wünsche und Meldungen zuzustellen. (Es geschieht und Geib verliest nun die Namen der Orte und Agitatoren, womit der Gegenstand erledigt ist.)

Lehmann-Pforzheim erhält dann das Wort zur Commissions-Berichterstattung in Sachen Lepp gegen Eckstein, und theilt als Ergebnis folgenden Antrag mit: „Die Commission beantragt über die Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen, da nach dem vorliegenden Material kein genügender Grund zur Weiterführung der Klage vorhanden ist. Weiter spricht die Commission den Wunsch aus, die Parteigenossen

mögen den Congreß mit derartigen persönlichen Mörgeleien verschonen und das Prinzip stets über die Person zu stellen bemüht sein.

Lehmann, Wolf, Albert.“

Der Commissions-Antrag wird ohne Diskussion angenommen und sodann durch Auer das Resultat des Schiedsgerichts in Sachen York gegen Schumacher-Hillmann in Form einer Erklärung vorgetragen. Diefelbe lautet:

„Das vom Congreß in Sachen York gegen Schumacher-Hillmann niedergesetzte Schiedsgericht gibt die Erklärung ab, daß die Differenz auf gültlichem Wege geschlichtet wurde.

Auf Seite 23, Zeile 25 von oben, Congreßprotokoll von 1873, ist folgende Correctur anzubringen:

Schumacher verliert einen Brief von York, welcher anlässlich der bekannten „Puccinelli-Geschichte“ geschrieben ist, und in welchem heftig gegen die Redaktion des „Volksstaat“ und die Localblätter polemisiert wurde.

Ph. Müller, Schwanebeck, Auer, Liebknecht, F. Fischer.“

Diskussion wird nicht verlangt. Der Congreß genehmigt die vorstehende Erklärung. Hierauf Vorlesung des Protokolles der gestrigen Abend Sitzung, welches nach einigen angebrachten Ergänzungen genehmigt wird.

Motteler: Wir kommen jetzt zur Fortsetzung der gestern unterbrochenen Diskussion über Punkt 3C der Tagesordnung, den Stand der Parteiblätter und Schriften anlangend. Dazu ist folgender Antrag eingegangen:

Auer-York: „Die Quartalsabrechnung des „Volksstaat“ ist noch ausführlicher auszufertigen und den Parteigenossen zur Einsicht zu übermitteln. Insbesondere muß in der Abrechnung angeführt werden: a) der Abonnenantenstand des „Volksstaat“, b) dessen Herstellungskosten und c) die Schuldner und Gläubiger der Expedition.“

Hablich: Ich habe schon in gestriger Sitzung Namens der Expedition erklärt, daß die im Antrag Auer-York — der heute nur erweitert eingebracht worden ist — enthaltenen Wünsche berücksichtigt werden sollen, und glaube deshalb, daß der Antrag zurückgezogen werden könnte. (Geschieht.)

Motteler: Es sind noch weiter folgende Anträge eingelaufen:

Schulz-Rudolstadt beantragt: „Man möge bei den Parteischriften einen Preisaufschlag von 15 oder 10 Prozent eintreten lassen, damit Verkäufer wenigstens das schwere Porto tragen können. (Motiv: Ohne diesen Aufschlag wird der Schriftenverkauf schwerlich gehörig betrieben werden).“

Erhardt-Ludenwalde beantragt: „Schriften sind ferner (von der Expedition bezogen) nur gegen Postvorschuß zu versenden.“

Eckstein: „Bei Entnahme von Schriften ist der Credit möglichst zu beschränken. Eckstein, Reingruber und Erhardt, (da der Letztere seinen Antrag zu Gunsten der Mitunterzeichneten zurückzieht).“

Klees beantragt: „Im Interesse der Colporteur, sowie der Filial-Expeditionen, die Expedition des „Volksstaat“ zu ermächtigen, im Ein-

verständnis mit dem Ausschuß nach gemeinschaftlichem Ermessen den Preis der Schriften herabsetzen zu dürfen.“

Hablich beantragt: „Es dem Parteausschuß und der Expedition des „Volksstaat“ zu überlassen, in welcher Weise der Schriftenpreis jeweilig festzusetzen sei.“

Weib beantragt: „Der Congreß geht, nachdem er die Erklärung des Ausschusses über die Abmachungen zwischen der Expedition des „Volksstaat“ und dem Ausschuß bezüglich des Schriftenvertriebs vernommen hat, über sämtliche vorliegende Anträge zur Tagesordnung über.“

Im Verlauf der Diskussion beantragt Auer Schluß. Der Schluß wird genehmigt und der Antrag Weib's mit Mehrheit angenommen.

Motteler: Es stehen nun die in der gedruckten Vorlage zu 3C unter 13, 14 und 16 aufgeführten Anträge der Mitglieder von Hamburg und Hannover zur Diskussion.

Kofofsky macht darauf aufmerksam, daß die im Antrag 13 geforderte Feststellung eines Budgets ein Ding der Unmöglichkeit sei, wenigstens kaum annähernd richtige Anhalte bieten würde, und daß es geradezu die Geschäftsführung erschweren hieße, wollte man verlangen, daß derartige Budgets ernstlich berücksichtigt werden sollen.

Hablich erklärt, für die Expedition Sorge zu tragen, daß vierteljährlich die Ausgaben und Einnahmen noch bekannt gegeben werden, wodurch der Antrag Hamburgs volle Genüge finde.

York vertritt die Hamburger Anträge, da es durchaus nicht so schwierig sei, wie Kofofsky meine, denselben gerecht zu werden. Wenn die Einrichtung aber einmal getroffen, werde durch die erreichte Klarheit und Veröffentlichung der jeweiligen Befunde das Vertrauen und der Eifer der Parteigenossen zur Verbreitung der Organe und Schriften zc. besser angeregt.

Weib glaubt, daß die wohlgemeinten Absichten der Hamburger erreicht werden können, ohne die offiziellen Vorschriften, welche die Verwaltung nicht fördern helfen.

Im weiteren Verlauf der Debatte, die ohne wesentlichere Momente bleibt, beantragt Wahlfreich Uebergang zur Tagesordnung und Schluß der Debatte, was seitens der Majorität Annahme findet und die Punkte 13, 14 und 16 zu 3C zu Falle bringt.

Mehlhorn beantragt Vertagung der Sitzung. — Der Antrag wird angenommen und die Sitzung bis 3 Uhr Nachmittags vertagt.

(Geschlossen 1 Uhr Nachmittags.)

Fortsetzung der dritten geschlossenen Sitzung, am 20. Juli, Nachmittags 3 Uhr.

(Vorsitzender: Motteler.)

Die Präsenzliste wird verlesen. Auer fehlt, als krank entschuldigt. Folgendes Telegramm ist eingegangen:

Leipzig: „Glück, Gedeihen zur Arbeit! Hoch die Sozialdemokratie!
Liberté, Egalité, Solidarité!“

Die sozialistischen Leipziger Studenten aller Nationen.“

Die Absätze 15, 17, 18 und 19 zu 3C der gedruckten Vorlage, das Annoncenwesen anlangend, stehen zur Diskussion.

Hadlich: Das lange Restiren der Annoncenschulden, gegen welches sich der Antrag der Marburger kehrt, rührt häufig davon her, daß die Leute nicht wissen, was die Annoncen kosten, durch den Antrag Sey (jeder Annonce den Preis beizudrucken) wird indeß die Expedition in die Lage gesetzt, auf pünktliche Zahlung zu dringen.

Ulrich beantragt: „Nach der Erklärung Hadlich's, über 15 zu 3C zur Tagesordnung überzugehen und den Antrag Marburgs der Expedition zur Beachtung anheimzustellen.“

Der Antrag wird angenommen und über 17, 18 und 19 weiter debattirt.

Edstein: Gegen Ermäßigung der Vergnügungsannoncen bin ich ganz entschieden, wohl aber für Ermäßigung der Annoncen in Parteiangelegenheiten. Geschäftsannoncen sollten gänzlich ferngehalten werden.

Weib: Ich möchte die Annahme des Liebknecht'schen Antrags (17) anempfehlen, durch welchen wir unser Organ in prinzipieller Hinsicht rein von den Reklamen und ihrem Gesolge halten und zugleich auch die Expedition und Redaktion von einer Verantwortlichkeit befreien, die sehr groß und ebenso schwierig ist.

Yordf: Mein Antrag (19) bezweckt, Reklamen, Annoncen ein für allemal die Thür zum „Volksstaat“ zu versperren. Ich bin überhaupt gegen alles Reklamewesen, während ich die reelle Geschäftsannonce nicht ausschließen will. Vergnügungs- und Privatannoncen können immerhin einen noch höheren Preis bezahlen als bisher. Aber ich möchte auch das zu häufige Abdrucken der spaltenlangen Schriftenankündigungen unserer Expedition im „Volksstaat“ vermieden wissen, dessen Raum ohnedies genug in Anspruch genommen wird. Monatlich einmalige Ankündigung unserer Schriften ist genügend. Ebenso kann nicht verlangt werden, daß der „Volksstaat“ seinen Raum zur Veröffentlichung von Abrechnungen, Protokollen, Statuten und dergleichen nicht allgemeyn wichtiger Aktenstücke, unentgeltlich hergibt.

Liebknecht: Es ist schwer, ja geradezu unmöglich, einen Unterschied zu ziehen zwischen Reklamen und Geschäftsannoncen; durch ein bloßes Verbot von Reklamen wäre darum gar nichts gewonnen. Ob eine Geschäftsannonce solid ist oder nicht, das vermag aber die Redaktion des „Volksstaat“ nicht zu untersuchen, und falls nicht radikal alle Geschäftsannoncen aus unserem Parteiorgan verwiesen werden, hätte sie eine um so schwerere Verantwortlichkeit, als die Leser des „Volksstaat“ größentheils der Ansicht sind, was im „Volksstaat“ annoncirt ist, sei auch von der Redaktion empfohlen. — Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag (17) anzunehmen. Gegen den Yordf'schen Vorschlag, Rechnungsablagen zc. der Gewerkschaften vom „Volksstaat“ nur gegen Zahlung von Annoncengebühren aufnehmen zu lassen, muß ich mich entschieden verwahren. Er läuft darauf hinaus — wenn er es auch nicht geradezu

bezweckt — die Gewerkschaften vom „Volksstaat“ und damit von der Partei loszulösen.

Motteler: Von Wahlteich ist Schluß der Debatte beantragt zc. Der Schluß wird angenommen. Die Abstimmung über den Antrag Liebknecht's ergibt gleichfalls Annahme von 17 3C, wodurch 18 3C der Vorlage fällt.

Yordf zieht vor der Abstimmung über Punkt 19 3C diesen seinen ganzen Antrag zurück. Weib nimmt die Absätze b und c des Yordf'schen Antrags wieder auf und Löwenstein den Absatz d. Es erfolgt demgemäß die Abstimmung über die Absätze b und c 19, welche angenommen werden.

Löwenstein: Ich stelle den Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte über Absatz d 19, indem ich gleich Anfangs erklärt habe, daß ich den von Yordf zurückgezogenen Punkt nur dann wieder aufnehme, wenn mir der Congreß Motivirung gestattet.

Der Congreß genehmigt Wiederaufnahme der Debatte zu d19.

Löwenstein: Den von mir aufgenommenen Antrag fasse ich nur so auf, daß den Gewerkschaften der „Volksstaat“ wie bisher als Organ zur Verfügung steht und möchte mit dem Antrage nur, wie auch der ursprüngliche Antragsteller selbst hervorgehoben hat, dem öfters vorkommenden Mißbrauch vorgebeugt wissen, daß oft bis in's kleinste Detail Abrechnungen und dergleichen, die nur für einige Personen Interesse haben, den Raum des Parteiorgans mehr als nothwendig in Anspruch nehmen.

Bernstein: Ich bin gegen den Antrag, denn der „Volksstaat“ würde die Basis eines Arbeiterblattes verlieren, wenn man die Gewerkschaftsberichte auf die vorgeschlagene Weise beschränken wollte. Nehnen Sie also im Interesse des für uns so wichtigen Umstandes, daß der „Volksstaat“ von recht viel Gewerkschaftlern gelesen werde, diesen Antrag ab. Die Redaktion wird — (und bei Reklamationen nöthigenfalls der Ausschuß) — Sorge tragen, daß nicht zu viel Raum von Seiten der Gewerkschaften etwa zwecklos beansprucht wird.

Liebknecht: Auch ich bin, wie ich schon angedeutet, gegen diesen Antrag. Der „Volksstaat“ ist nicht bloß Organ der Partei, sondern auch, wie sein Titel sagt, „Organ der Gewerkschaften“; man würde also mit Annahme des Antrags den Gewerkschaften geradezu einen Fußtritt versetzen, sie von sich weisen. Dies können wir nicht und dürfen es nicht; wohl aber ist es sehr leicht, übertrieben lange Berichte zc. auf das richtige Maas zu beschränken, wie das auch mit anderen Berichten geschieht. Doch das ist Sache der Redaktion, die damit nur eine einfache und selbstverständliche Pflicht erfüllt.

Tauscher: Vor Annahme dieses Antrags möchte ich dringend warnen, denn während die größeren Gewerkschaften meistens eigene Organe haben, sind die kleineren Gewerkschaften gewöhnlich mittellos, so daß sie die Gebühren nicht zahlen können, die wir mit diesem Antrage einführen würden. Wir machten sie damit mundtot und dies wäre ebenso ungerecht als unpraktisch, bei der Wichtigkeit, die der gewerkschaftlicher Bewegung in unserem Kampfe zusteht.

Der Antrag Löwenstein's d 19 30 wird abgelehnt, ebenso wird Absatz 20 30 durch die frühere Annahme von Absatz 19 c zu 30 als gefallen erachtet. Der Antrag Ey's in früherer Debatte über das Annoncenwesen der Expedition zur Beachtung empfohlen, gelangt jetzt zur Abstimmung; er lautet: „Der Preis der Annonce ist am Schluß derselben durch Zifferangabe in Klammern [] zu bemerken.“

Der Antrag wird angenommen.

Motteler: Es steht jetzt zur Debatte Absatz 21 zu 30 der Vorlage, betreffend Herstellung eines gleichen Formates für Broschüren, die in unserem Druck erscheinen.

Ulrich stellt Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Burckhardt: Ein derartiger Antrag ist schon auf dem Eisenacher Congreß angenommen, bis heute aber noch nicht durchgeführt worden. Ich weiß nicht, wen die Schuld trifft, halte es aber für geboten, daß der Congreß auf Ausführung der Beschlüsse dringt, und wäre anderswie für Uebergang zur Tagesordnung.

Geib: Schon im vergangenen Jahre ist die Vorschrift des Congresses betreffs gleichmäßigen Formates der Broschüren in unserer Druckerei berücksichtigt worden. Bei Broschüren, welche die Expedition vom Buchhandel vermittelt, war dies natürlich unmöglich. Der Antrag (21) ist nach meiner Ansicht damit erledigt.

Bei Abstimmung wird Absatz 21 zu 30 angenommen und hierauf zu Absatz 22 30 „die Vermeidung von Fremdwörtern im „Volksstaat“ anlangend“, die Diskussion eröffnet.

Liebknecht: Die Redaktion des „Volksstaat“ hat sich nach Kräften bemüht, Fremdwörter zu vermeiden; und da, wo sie nicht zu vermeiden, eine deutsche Erklärung zu geben. Wir müssen aber bedenken, daß unsere politische Sprache zum großen Theil aus Fremdwörtern besteht, die durch deutsche Ausdrücke schwer oder, ohne weitläufige Umschreibungen, gar nicht wiederzugeben sind. Das Nichtverständnis solcher Fremdwörter ist häufig mehr ein Nichtverständnis der Begriffe als der Ausdrücke. Die Ersetzung des Fremdworts durch ein Wort deutschen Ursprungs würde in solchen Fällen absolut nichts nützen; es bedarf einer längeren Erklärung, die in dem Text nicht anzubringen ist, ohne den Zusammenhang zu stören, und selbst in der Gestalt einer Fußnote oft ihre Unbequemlichkeiten hat, so daß einer unserer geachteten Mitarbeiter sich derartige Erklärungen ausdrücklich verboten hat — was ich ihm beiläufig gar nicht übel nehmen kann. Ich für meinen Theil bin ein entschiedener Gegner aller vermeidbaren Fremdwörter und werde mich stets bestreuen, sie aus dem Parteiorgan fernzuhalten. Und wo sie nicht zu vermeiden sind, werde ich, so weit es irgend geht, für deutsche Erklärung sorgen. Man darf aber nicht zu viel verlangen. Die Redaktion hat ihrerseits auch ein Recht, von den Lesern zu verlangen, daß sie die gebräuchlicheren, in unsere politische Sprache übergegangenen Fremdwörter sich merken. Bei dieser Gelegenheit will ich erwähnen, daß demnächst in der Genossenschaftsdruckerei ein Fremdwörterbuch erscheinen wird, das allen Anforderungen der Parteigenossen entsprechen dürfte; es wird 12—14 Bogen stark sein und billig

genug, um jedem unserer Abonnenten den Ankauf zu ermöglichen. Und nun noch Eins: Ich selbst, wie schon gesagt, bin ein entschiedener Feind der Fremdwörter. Das Gleiche läßt sich aber nicht von allen unseren Correspondenten sagen, und zwar befinden sich unter denen, die in dieser Beziehung am meisten sündigen, nicht wenige Arbeiter. Gerade unter Arbeitern grassirt eine große Vorliebe für Fremdwörter, namentlich für recht lange, volltönende und — überflüssige. Es sind mir wiederholt Arbeiter vorgekommen, die sich einen kleinen Schatz von, nicht immer richtig verstandenen Fremdwörtern angelegt haben, und dieselben bei jeder passenden und nicht passenden Gelegenheit zur Schau stellen — in Correspondenzen sowohl, als im Gespräch und in Vorträgen. Es wäre sehr gut, wenn man von dieser häßlichen Gewohnheit abließe. Ich glaube, nach dem Gesagten wird der Congreß von einem Beschluß in dieser Sache abstehn. Ein Beschluß wäre unpraktisch und würde folglich keine praktischen Folgen haben, höchstens der Redaktion des „Volksstaat“ einige Verlegenheiten bereiten, jedenfalls aber nichts nützen.“

Erhardt reicht zu Protokoll ein: „Zu Absatz 22 30. Ich wünsche, daß die Arbeiter sich vor Allem des Gebrauchs solcher Fremdwörter entöhnen möchten, deren Sinn ihnen nicht vollständig klar ist und als allgemein bekannt erscheint. Der diesbezügliche Theil von Liebknecht's Rede zu diesem Gegenstand soll im Protokoll ausdrücklich berücksichtigt werden.“

Müller-Mainz, Geib und Klees beantragen, über Absatz 22 zu 30, der schon durch früheren Congreßbeschuß erledigt ist, zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wird angenommen und sind somit die zu 30 unter 13 bis 22 verlaublichen Anträge der gedruckten Vorlage erledigt.

Motteler: Als Berichterstatter über Punkt 3 der Tagesordnung (zweiter Theil): Stand des „Sozialdemokratischen Wochenblattes“ hat Grillenberger das Wort.

Grillenberger: Mit Bezug auf den gedruckt in Ihren Händen befindlichen Rechenschaftsbericht unseres Blattes kann ich mich sehr kurz fassen, indem ich die Lage des Unternehmens als eine befriedigende und die Aussichten für dasselbe als ebenso befriedigend bezeichne. Betreffs des mir mehrseitig geäußerten Wunsches, unser Blatt öfter erscheinen zu lassen, kann ich aber vorweg erklären, daß dies nicht möglich ist, ohne eine ganz wesentliche Steigerung der Betriebsmittel, wie sie die Partei uns jetzt nicht zur Verfügung stellen kann. Ich behalte mir vor, wenn nöthig, mich weiter über diesen Punkt auszusprechen.

Wedeffer beantragt zu erklären: „Der Congreß nimmt mit Befriedigung den Bericht über das „Sozialdemokratische Wochenblatt“ zu Nürnberg entgegen.“

Liebknecht stellt den Unterantrag: „Daß das „Sozialdemokratische Wochenblatt“ in Zukunft wöchentlich sechsmal erscheinen soll.“

Liebknecht vertritt sein Amendement unter Darlegung der Vortheile, welche bei richtiger Leitung des Unternehmens und Ausnützung der Verhältnisse, wie es in München geschehen sei, unserer Sache er-

wachsen können. Er berechnet, daß ein Blatt bei sechs- statt dreimaligem Erscheinen in einer Stadt wie Nürnberg der Partei nicht bloß weit größere Dienste leisten, sondern auch sich weit leichter erhalten würde. Es gelte hier der Wallenstein'sche Satz, daß eine große Streitmacht im Kriege billiger sei als eine kleine. In Nürnberg, wo unser Anhang so zahlreich und die gegnerische Tagespresse so stark sei, genüge ein bloß 2 oder 3 Mal wöchentlich erscheinendes Blatt den Parteiinteressen nicht, und sei namentlich außer Stande, die nöthige Polemik mit dem nöthigen Nachdruck zu führen. Er kenne sehr wohl die bitteren Erfahrungen, die mit Lokalblättern gemacht worden, allein Nürnberg biete ausnahmsweis günstige Existenzbedingungen für ein tägliches Organ der Sozialdemokratie.

Nord ist entschieden gegen die beabsichtigte Veränderung, so lange bei zweimaligem Erscheinen die Abonnentenzahl nicht stärker sei als beim „Wochenblatt“.

Weib theilt die Bedenken Nord's und erinnert an die von Grillenberger schon erwähnte Nothwendigkeit und Schwierigkeit, verstärkte Betriebsmittel zu beschaffen, was für die Partei zur Zeit unmöglich sei, da außer dem „Wochenblatt“ neuerdings auch noch ein zweites Lokalblatt („Dresdner Volksbote“) unsre Hilfe beanspruche. Ein dreimaliges Erscheinen, sobald es ohne Schaden möglich sei, werde er eher befürworten.

Geiser fürchtet durchaus nicht, daß das „Wochenblatt“ bei sechs-maligem Erscheinen nicht vorwärts käme. Er verweist auf das erfolgreiche Vorgehen und die Erfolge des Münchener „Zeitgeist“ seit seinem sechsmaligen Erscheinen und glaubt, daß, was München vermocht habe, in Nürnberg noch viel eher ermöglicht werden könne.

Wahlteich tritt dem entgegen, mit Erwähnung der doppelten Schwierigkeiten, dem ein tägliches Blatt bei schwachen Mitteln zu begegnen habe. Es handelt sich dabei weit weniger um die redaktionelle Arbeit, die bei häufigerem Erscheinen auch schwieriger werde, als vielmehr um die geschäftliche Leitung, die bei der Seltenheit von geeigneten Verwaltungskräften nicht leicht wirksam zu beschaffen sei. Lassen wir uns doch darin die andernorts vielfach gemachten schlimmen Erfahrungen zur Warnung dienen!

Grillenberger: Ich kann mich für ein sechsmaliges Erscheinen des Wochenblattes trotz dessen heute günstigen Standes und der mehrfachen Ermunterungen nicht begeistern. Die Verhältnisse sind in Nürnberg ganz andere als anderswo und besonders in München, und wir würden mit demselben Vorgehen, wie es dort mit Vortheil stattgefunden hat, in Nürnberg eher das Gegentheil erreichen. Bevor sich das Bedürfnis eines täglichen Erscheinens nicht in den Reihen der derzeitigen Abonnenten lebhafter bekundet, rathe ich nicht dazu, weiter zu gehen, so sehr ich auch andrerseits dafür sein möchte, das Möglichste zu bieten. Schon ein dreimaliges Erscheinen erfordert bei uns genauer Erwägung.

Das Amendement Liebknecht's wird nach Schluß der Debatte abgelehnt, dagegen der Antrag Wedekes's (wie umstehend) angenommen.

Motteler: Der Punkt 3 der Tagesordnung ist hiermit erledigt und folgendes Telegramm zu verlesen:

Zürich: „Einigkeit macht stark, haltet fest zusammen; ein Hoch dem Prinzip der Arbeit!“

Mehrere Genossen. Deutscher Verein Zürich.“

Weiter liegt noch ein Antrag mehrerer Genossen von Zürich vor, zur Untersuchung der Streitangelegenheiten in Zürich eine Commission einzusetzen und dieser das vorhandene Material zuzustellen. Beide streitenden Theile haben zu diesem Zweck je einen Delegirten gesandt. Ich schlage vor, durch Acclamation drei Mann in die Commission zu wählen.

Liebknecht, Sy und Nord werden vorgeschlagen und gewählt. Weib theilt mit, daß noch eine Streitsache zu schlichten sei: die Angelegenheit der Würzburger Genossen Wedekes-Herbig.

Es wird zur Beilegung der Sache gleichfalls eine Commission von drei Mann gewählt und zwar: Klees, Schumacher, Mehlhorn, worauf die Sitzung auf eine Stunde vertagt wird.

(Vertagung 6 Uhr Abends.)

Fortsetzung der dritten geschlossenen Sitzung, am 20. Juli, Abends 7 Uhr.

(Vorsitzender: Wahlteich.)

Die Sitzung beginnt mit der üblichen Vorlesung der Präsenzliste. Der Delegirte Mamma hat sich beim Bureau zur Abreise gemeldet. Sämmtliche Delegirte sind anwesend. Es ist folgendes Telegramm eingegangen:

Bayreuth: „Den Delegirten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu dem Gedeihen ihrer Beschlüsse ein donnerndes Hoch von den

Parteigenossen Bayreuths, mit sozialdemokratischen Gruß.“

Schade spricht den Wunsch aus, die Delegirten möchten in Mitgliederkreisen dahin wirken, daß in Zukunft für unnöthige Depeschen an die Congresse kein Geld mehr weggeworfen werde. Die Vertreter der Arbeit bedürften solcher Aufmunterungen nicht.

Es entspinnt sich eine Debatte darüber, und wird dabei hervorgehoben, das wenigstens das Verlesen während der Verhandlungen unterbleiben möchte. Der Gegenstand wird indeß auf Antrag Löwenstein's durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender Wahlteich: Wir treten jetzt in die Berathung des Punktes 5 der Tagesordnung (früher 4 der gedruckten Vorlage) ein: „Bericht der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms etc.“

Als Berichterstatter der Commission hat das Wort

Weib: Die Commission hat schriftlich verhandelt und konnte sich deshalb nicht über alle Punkte verständigen. Sie einigte sich indeß zuvörderst

darüber, daß der Satz „voller Arbeitsertrag für jeden Arbeiter“, wissenschaftlich richtiger formuliert werden müßte; ferner, daß die Grund- und Bodenfrage ausdrücklich im Programm zu erwähnen und der Passus bezüglich des Staatscredites für Productivgenossenschaften zu ändern wäre. Noch scheint es übrigens nach Ansicht der Commission nicht an der Zeit zu sein, die Aenderung positiv vorzunehmen, vielmehr empfiehlt die Commission, daß die Programmfrage im laufenden Jahre von der Partei eingehend diskutiert, durch Vorträge, Correspondenzen, Leitartikel und Schriften klargestellt, und erst im nächsten Jahre die Aenderung auf Grund der gemachten Erfahrungen vorgenommen werde. Redner verbreitet sich über die einzelnen Vorschläge der Commissionsmitglieder und warnt davor, in der Programmreform allzurash und weit vorzugehen, da sonst vielfach Mißheiligkeiten unter den Parteigenossen entstehen könnten. Die vorgeschritteneren Parteigenossen mögen den übrigen die Conzession machen, nicht plötzlich alle ihre theoretischen Anschauungen im Programm zum Ausdruck bringen zu wollen.

Die hierauf folgende überaus lebhaft Diskuffion wird von einigen dreißig Rednern gepflogen, welche zum Theil für, zum Theil gegen Abänderung sich äußern.

Alle Redner halten eine Programmreform für geboten, der größere Theil ist aber für ein wohl vorbereitetes Vorgehen und deshalb für Vertagung, wie sich dieß auch in den später speziell erwähnten Anträgen zeigt. Diejenigen Redner, die zunächst, aber sofort eine Abänderung bestimmter Punkte wünschen, begründen ihre Ansicht damit, daß über die bezüglichen Punkte resp. deren Abänderungsbedürftigkeit entsprechende Klarheit herrsche und die Abänderung dafür jetzt schon sehr wohl möglich und praktisch sei, was andererseits mit dem Hinweis darauf bestritten wird, daß das Programm uns bisher sehr gute Dienste geleistet habe und sich schon aus taktischen Gründen eine vorschnelle, nicht völlig klar durchgearbeitete Abänderung, ohne gleichermaßen totale Revision, nicht empfehle.

Geiser ist entschieden für Vertagung, da er im Laufe des Congresses zur Ueberzeugung gekommen, daß die Frage durchaus nicht spruchreif sei. Im Uebrigen glaubt er aber, daß die Commission doch ihre Aufgabe nicht ganz gelöst hat, denn die Arbeiten seien erst vor zwei Monaten begonnen worden.

Dr. Stamm: Wie schon Geib erwähnt hat, gab ich die in der gedruckten Vorlage unter 5C Nr. 5 (früher 4 der gedruckten Vorlage) gestellten Anträge deshalb ausführlicher, um nicht mißverstanden zu werden. Für ein Parteiprogramm möchte jedoch eine kürzere Fassung geeignet sein. Ich stelle jetzt den Antrag:

„Das ganze Programm bleibt mit Ausnahme des allerletzten Satzes III Nr. 10 bis zum nächsten Jahre wie es ist. Dieser allerletzte Satz III Nr. 10 bleibt fort und an seine Stelle tritt folgender Hauptsatz:

„IV. Ein sehr bedeutender Theil des arbeitslosen Erwerbs fließt aus dem privaten Grundbesitz, daher verlangen wir die gänzliche Beseitigung des privaten Grundbesitzes durch ein gerechtes Expropriationsverfahren.“

Ich sage nur deshalb „ein sehr bedeutender Theil“, um Widerspruch

zu vermeiden, der möglich wäre, wenn ich sagen würde „der allerbedeutendste Theil.“ — Jedoch wäre ich bereit, Letzteres allen Angriffen gegenüber thatsächlich zu begründen.

Nicht die Arbeit allein, sondern zwei Grundquellen schaffen alle Werthe:

- 1) der Erdboden mit seinen rohen, auch schon ohne Arbeit sich anbietenden Naturprodukten und Kräften;
- 2) die menschliche Arbeit.

Beide Grundquellen beeinflussen einander beständig. Ist die eine dieser beiden Grundquellen, der Grund und Boden, durch den privaten Grundbesitz den Volksmassen entzogen, so wird der Grund und Boden die Hauptquelle des arbeitslosen Erwerbs. So wurde schon im Alterthum das Volk durch die Privatgrundbesitzer mittelst der Massensklaverei ausgebeutet, dann im Mittelalter mittelst der Leibeigenschaft. Die Hauptquelle des arbeitslosen Erwerbs fließt aber noch heute aus dem privaten Grundbesitz. Weder die aus den Privatbanken, noch die aus anderen Einzelquellen fließende Quote arbeitslosen Erwerbs kommt der aus dem privaten Grundbesitz fließenden Quote gleich, die bei den jetzigen Kulturverhältnissen in Deutschland jährlich im Minimum 200 Millionen Thaler ausmacht und kürzlich allein in Berlin unter Ausnahmeverhältnissen 180 Millionen Thaler in einem Jahre betragen hat. Ohne die Lösung der Grund- und Bodenfrage kann die soziale Frage einer befriedigenden Lösung nicht entgegengeführt werden. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme meines Antrags. Fällt mein Antrag über den Zusatz zum Programm und Fortlassung von III 10, so beantrage ich, „sofort eine Commission zu ernennen, die bis zur morgenden Abend Sitzung einen Passus über die Bodenfrage dem Congreß zur Begutachtung vorlegt,“ und bitte Sie, dann diesen Antrag wenigstens zum Beschluß zu erheben.

Tauscher: Ich bin von meinen Wählern beauftragt, für Abänderung des Programms zu wirken, so daß, wenn eine gründliche Aenderung nicht möglich wäre, wenigstens Punkt III 10 des Programms geändert wird, den wir ein für allemal nicht mehr vertreten können, ohne uns als Sozialisten Blößen zu geben. Durch Annahme des zweiten Antrag Stamm's würde am Sichersten eine genügende Ergänzung gewonnen werden können.

Roland: Ich beantrage: „Ueber die Grund- und Bodenfrage einen ganz populären Aufsatz, nebst besonderer Betonung der ländlichen Arbeitersfrage in dem nächsten „Volksstaatskalender“ zum Abdruck zu bringen und diesen Aufsatz auch als Flugblatt womöglich gratis unter die Masse des Volkes zur Vertheilung zu bringen.“ Den zweiten Antrag Stamm's aber empfehle ich Ihrer Annahme, denn er wird uns zu einem für jetzt ausreichenden Resultate führen.

Motteler: Nachdem durch den vorjährig Bracke'schen Antrag seit Jahresfrist der dunkle Fleck in unserem Programm in den Vordergrund geschoben wurde, ist es ganz besonders den Agitatoren schwer geworden, den vielfachen Interpellationen gegnerischer wie befreundeterseits, in dieser Hinsicht genügend zu begegnen. So sehr ich auch die Möglichkeit

der Vertagung einer endgiltig weiteren Programmreform anerkennen muß, kann ich doch nicht die Möglichkeit der Aenderung des Punktes III 10 als so schwierig ansehen, daß man darum die ohnedies schwere Agitationsarbeit mit einem Punkt, wie der erwähnte, sich noch ein Jahr schleppen lassen sollte. Ich wünsche deshalb, daß wenigstens der Versuch einer bündigen Aenderung gemacht und ein die Grund- und Bodenfrage berührender Passus eingeschaltet würde, so daß bis zur endgiltigen Totalrevision des Programms unsre Agitatoren sich nicht gezwungen sehen, bezüglich des Punktes 10 entweder sich in Schweigen zu hüllen, oder ihn als unhaltbar aufgeben zu müssen. Mein Antrag bezweckt im Fall der Annahme des zweiten Antrages Stamm's, eine Aenderung zur Verabsaffung einer Punktation an Stelle von III 10 zu geben, in welcher auch unsre Auffassung der Landarbeiter- und Grund- und Bodenfrage prinzipiell gekennzeichnet ist. Der vorliegende Wortlaut kann ja in der Commissionsberathung bündiger und klarer ausgearbeitet werden; im Prinzip glaube ich, wäre damit kein Flickenwerk an's Programm gesetzt.

Wahlreich: Ich habe noch folgende bis jetzt eingegangenen Anträge zu verlesen:

Motteler beantragt: „Der Congreß wolle beschließen, statt Punkt III 10 zu setzen: Befreiung des Grund und Bodens und seiner Bewohner von der kapitalistischen Ausbeutung; Organisation der genossenschaftlichen Arbeit für Ackerbau und Industrie durch Geltendmachung der hiezu erforderlichen Wirtschaftsgrundsätze in Gemeinde und Staat.“ —

Scheil: „Den geschriebenen Antrag 1 des Dr. Stamm, als III 11 hinter 10 unseres Programms zu setzen und das alte Programm wie bisher beizubehalten.“

Hüttig: „In Punkt III 7 die Worte: — „Einführung von Geschworenen und Fachgewerberichten“; — in Punkt III 9 die Worte: — „und Erbschaftsteuer“ — zu streichen, Punkt III 10 ganz fallen zu lassen und an Stelle dessen den geschriebenen Antrag 1 des Dr. Stamm zu setzen.“

Grillenberger und 4 Genossen: „Lediglich den Bericht der im vorigen Jahre gewählten Prüfungscommission entgegenzunehmen, von einer Berathung desselben und Beschlußfassung darüber abzusehen, die Form des Programms vorläufig beizubehalten und im Laufe des nächsten Jahres dafür zu sorgen, daß die Aenderungsvorschläge überall genügend diskutiert werden, um dann auf dem nächsten Congreß die Angelegenheit erledigen zu können.“

Schumacher und 22 Genossen: „Ueber Punkt 5C (früher 4) der Vorlage, „Bericht der Commission“, resp. „Berathung der auf Aenderung lautenden Anträge“, zur Tagesordnung überzugehen.“

Kołosky und 13 Genossen, worunter Grillenberger und Genossen, die ihren Antrag zu Gunsten dieses Antrags zurückziehen: „In Erwägung, daß der Congreß die Verbesserungsbedürftigkeit des gesammten Programms, insbesondere die Nothwendigkeit einer größeren Klarstellung der ökonomischen Zielpunkte anerkennt; in Erwägung jedoch, daß er gegenwärtig diese Angelegenheit noch nicht spruchreif hält, beschließt der

Congreß: Die Berathung der Anträge auf Abänderung des Programms bis zum nächsten Congreß zu vertagen und übergibt hiermit die Programmfrage zur allseitigen Diskussion der Gesamtpartei.“

Wiedermann: „Alle Anträge bezüglich Abänderung des Programms der Commission zu überweisen, sich aber aller bindenden Beschlüsse in dieser Angelegenheit zu enthalten.“

Hillmann: „Anstatt Punkt 10 zu setzen: Organisation des Genossenschaftswesens für Produktion und Consumtion im freien Volksstaat.“ —

Diese Anträge stehen mit zur Diskussion.

Müller-Mainz gibt zu Protokoll: „Wir werden durch Vertagung der Abänderung des Programms Gelegenheit haben, bei den Mitgliedern mehr Klarheit zu schaffen, namentlich über Punkt III 10. Ferner wäre es eine Ueberstärkung, wie ja bereits aus der vorhergegangenen Debatte hervorgeht.“

Das Wort hat jetzt Liebknecht.

Liebknecht: Ich muß die Commission gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, sie habe ihre Pflicht nicht erfüllt. Die Zeit zwischen den Wahlen und dem Congreß ist zu kurz gewesen. In der Partei selbst hat sich auch keine besondere Bewegung für Umformung des Programms manifestirt und eine Beschlußfassung ist heute nicht möglich, weil keine Klarheit in der Frage herrscht. Will man das Programm ändern, dann muß man es auch vollständig ändern und auf die Höhe der Wissenschaft erheben.

Eine partielle Aenderung kann nur Stück- und Flickwerk zur Folge haben. Das Eisenacher Programm ist das Product eines Compromisses der sozialistisch-kommunistischen Auffassung mit dem Lassalleanismus, der 1869 nothwendig gewesen. Es hat sich im Kampfe bewährt und seine Mängel wurden durch seine Vorzüge aufgewogen. Theoretisch ist die Partei über das Programm hinausgegangen, allein einen Heimischuh bildet es nicht, weil es an der Spitze die Fundamentalsätze der kommunistischen Weltanschauung enthält. — Die eingegangenen Verbesserungsvorschläge sind theils nicht durchgreifend genug, theils positive Verschlechterungen.

Die Stamm'schen Anträge z. B. beruhen auf einer prinzipiell falschen Anschauung. Die Erde liefert keine ökonomischen Werthe ohne menschliche Arbeit. Die menschliche Arbeit frei zu machen — das ist das Ziel der Sozialdemokratie. Ist die Arbeit frei, ist auch die Erde frei. Die Grund- und Bodenfrage ist zwar ein wichtiger Theil der sozialen Frage, aber sie ist nicht die soziale Frage und die Wichtigkeit der Grund- und Bodenfrage ist von der Partei offiziell durch den Stuttgarter Beschluß anerkannt worden.

Redner schließt mit der abermaligen Bemerkung, daß jede partielle Aenderung des Programms nur von Uebel sein könne; daß eine radikale Umgestaltung noch nicht möglich sei, weil es an der nöthigen Klarheit fehle, daß man also die Programmfrage für das nächste Jahr, — wie es der Antrag Kołosky und Genossen wolle — der Partei zur Diskussion übergeben solle. Das neue Programm müsse

nicht das Werk einzelner Persönlichkeiten, sondern der Gesamtpartei sein.

Verschiedene Redner treten noch in die Diskussion ein, theils für, theils gegen Vertagung der Programmfrage. Die Meinungen scheiden sich hauptsächlich betreffs Wänderung des Punkt 10 und betreffs abermaliger Vertagung.

Die Debatten machen durch ihren Ernst und Eifer, sowie besonders durch ihre Leidenschaftslosigkeit den Eindruck eines allseitig klaren Willens und der prinzipiellen Uebereinstimmung Aller und schließen mit einigen persönlichen Bemerkungen nach 3¼ständiger Dauer.

Als weitestgehender Antrag gelangt zunächst derjenige von K o k o s k y und Genossen zur Abstimmung.

B o c k beantragt namentliche Abstimmung, welche beschlossen wird.

Mit „Ja“ stimmen: Hillmann, Lehmann, Geib, Löwenstein, Wiedermann, Wolf, Auer, Burkhart, Preißer, Grieff, Erhardt, Kokosky, Ulrich, Greiner, Scheil, Albert, Schaar Schmidt, Hüttig, Sy, Gütth, Klees, Roland, Bock, Fischer-Gartenfeld, Eckstein, Schade, Schumacher, Grillenberger, Baumann, Röhlingshöfer, Beckesser, Müller-Mainz, Schwanebeck, Rieck, Geiser, Bahlteich, Mehlhorn, Hoffmann, Rheingruber, Bernstein, Fischer-Staffurt, Dorn, Dhm, Lehmann, Schulz, Herbig, Liebknecht, Kaufmann, Hadlich. (49 Stimmen.)

Mit „Nein“ stimmen: Taufcher, Motteler, Wendel, Dr. Stamm. (4 Stimmen.)

Abgereift: Mamme.

Bahlteich: Es sind mit Annahme dieses Antrages nach meinem Dafürhalten alle weiteren Anträge gefallen, mit Ausnahme des Antrags Roland, welcher der „Volksstaat-Redaktion“ zu überweisen sein wird.

Vor Schluß der Sitzung wird auf Anregung Geib's das Protokoll der Vormittags stattgehabten Generalversammlung der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei verlesen, ebenso der Geschäftsbericht. Geib spricht sein Bedauern darüber aus, daß von Seiten der Delegirten der Besuch der Generalversammlung so schwach gewesen sei; es sei dies um so mehr zu beklagen, da doch das Unternehmen als ein aus der Partei herausgewachsenes und für sie besonders wichtiges, das Interesse und die Unterstützung Aller verdiene. Der günstige Stand des Geschäftes allein sollte die Parteigenossen anregen, für dasselbe nach Kräften überall einzutreten, zumal der Nutzen in doppelter Hinsicht unsrer Sache zu Statten komme.

Hadlich gibt noch einzelne Details und muntert die Delegirten auf, überall für weitere Unterbringung neuer Geschäftsanteile zu wirken, um durch Mehrung des Betriebskapitals eine weitere Ausdehnung des Geschäftes und noch größeren Gewinn möglich zu machen.

In gleichem Sinne sprechen noch Wolf und Mehlhorn, denen sich Motteler anschließt, der auf Grund der Revision Hadlich's Ausführungen ergänzt.

Hierauf wird Schluß der Sitzung beantragt und angenommen.

(Schluß 11 Uhr Nachts.)

Vierte geschlossene Sitzung.

Dienstag, den 21. Juli (Vormittags-Sitzung).

(Vorsitzender: Bahlteich.)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung Morgens halb 9 Uhr. — Nach dem Eckstein die Präsenzliste verlesen hat, wobei sich ergibt, daß einige Delegirte fehlen, welche jedoch bald eintreffen, schreitet der Vorsitzende zur Tagesordnung. Zuerst kommt

C 5 der Vorlage, Anträge zur Organisation und zur Geschäftsführung der Partei.

Die Debatte über die Anträge 9 und 10 der Vorlage wird eröffnet.

Baumann-Mürnberg weist auf die Polizei-Schwierigkeiten hin, welche der Partei an einzelnen Orten, ja in einzelnen deutschen Vaterländern entgegenstehen und vor allem eine geordnete Thätigkeit des Ausschusses in Frage stellen. Er sieht keine Verletzung des demokratischen Prinzips, wenn der Ausschuß mehrere Jahre hintereinander an denselben Ort verlegt werde, da dies jedesmal Sache des Congresses sei. Auch erblickt Redner in der beantragten Wahl des Parteisekretärs auf dem Congress eine weitere Bürgschaft zur Wahrung des demokratischen Prinzips, weshalb er den Nürnberger Antrag zur Annahme empfiehlt.

Geib befürwortet gleichfalls den Nürnberger Antrag. Wir befinden uns im Kriegszustande, müssen oft nach der Taktik des Gegners unsere Schritte einschlagen, und wissen auch aus Erfahrung, daß derselbe Parteivorort nicht immer dieselben Ausschußmitglieder bedeutet, die Personen also im Ausschuß wechseln. Vor der Wahl des Sekretärs auf dem Congress warnt Redner, weil dem demokratischen Prinzip durchaus zuwider. Die beantragte Ausnahmestellung des Sekretärs würde, wenn angenommen, dem einheitlichen Charakter des Ausschusses einen harten Stoß versetzen.

Fischer-Staffurt findet es für praktisch, den Congress frei und nach Maßgabe der jeweilig obwaltenden Verhältnisse über den Vorort bestimmen zu lassen. Stimmt für den Nürnberger Antrag.

Wolf hält es nicht für dringlich, schon jetzt den § 16 der Organisation zu ändern. Daß wir diesmal Hamburg noch wiedewählen könnten, da der jetzige § 16 erst ein Jahr in Kraft ist, sei genug. Man möge noch ein Jahr warten und dann die Verhältnisse entscheiden lassen.

Liebknecht: Der Congress ist thatsächlich schon unter den gegenwärtigen Zuständen durch die Wiedewahl Hamburgs vom vorjährigen Beschlusse abgewichen. Ein Prinzip ist im vorliegenden Antrage, der nur die Taktik der Partei berührt, nicht enthalten, kann folglich auch nicht verletzt werden. Bezüglich der Wahl des Sekretärs durch den Congress sind Gefahren zu befürchten, wenn vom bisherigen Gebrauch abgewichen wird. Die Präsidialspitze ist mittelbar in der beantragten

Neuerung enthalten, daher letztere zu bekämpfen. Ich will an ein historisches Beispiel erinnern: der Staatsstreich Louis Bonaparte's wurde notorisch dadurch erleichtert, daß die französische Verfassung von 1848 die Bestimmung getroffen hatte, den Präsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen, wodurch derselbe ein Uebergewicht über die Nationalversammlung erlangte. Wir haben zwar keinen Staatsstreich in unserer Partei zu befürchten, allein so viel steht fest, würde der Parteisekretär direkt vom Congreß, das heißt der Gesamtpartei gewählt, so würde der Ausschuß, der nur von einer Lokalmitgliedschaft gewählt wird, dem Sekretär gegenüber in eine schiefe Stellung, in eine Art von Abhängigkeitsverhältniß gerathen.

Der Antrag der Nürnberger Parteigenossen (Nr. 9 der Vorlage) wird mit großer Mehrheit angenommen, dagegen der Antrag der Breslauer Mitglieder (Nr. 10 der Vorlage) verworfen.

Der Vorsitzende stellt den folgenden Antrag der Breslauer Parteigenossen (C5, Nr. 11 der Vorlage) zur Berathung.

Yord ist gegen das Markenystem. Man möge nur auf regelmäßige Zahlung der Beiträge halten, dann genüge die jetzige Einrichtung. Die Marken müßten hin und her gesendet werden, was zu vielen Unzulänglichkeiten und zu manchem Verlust, der erst recht die Controle erschwere, führen werde.

Weib: Je mehr wir die Verwaltung vom einfachen Verwaltungsapparat wegdrängen, desto weniger Sicherheit für eine gute Verwaltung werden wir haben. Die Controle, welche auf Grund der vom Ausschuß, den Parteigenossen empfohlenen Geschäftsbücher erfolgt, reicht völlig hin, um die Ordnung im Kassenwesen zu sichern. Besser wird es durch das Markenystem keineswegs, da die dann vom Ausschuß direkt zu controlirenden Kassenverhältnisse der einzelnen Orte durch den oft willkürlichen und unerwarteten Wechsel der Vertrauensmänner sich nicht selten jeder Controle seitens des Ausschusses entziehen werden. Die durch das Markenystem beabsichtigte Centralisation werde Schaden nicht verhüten und ihren Zweck verfehlen. Der Schwerpunkt für ein geordnetes Kassenwesen liege in der gewissenhaften Controle der Ortsrevisoren. Medner beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Lehmann beantragt Schluß der Debatte; derselbe wird angenommen.

Hierauf wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Es folgt Nr. 12 der Vorlage (Hamburg).

Kokošky will bestimmtere Formen, nach denen die Wahl des Vertrauensmannes zu erfolgen habe, z. B. Anzeige im Lokalblatte zc.

Yord findet den Hamburger Antrag für völlig ausreichend; die örtlichen Verhältnisse sind zu sehr verschieden, als daß eine engere Norm aufgestellt werden kann. Die Mitglieder an den einzelnen Orten müssen selbst wissen, was sie betreffs Vorschlags eines Vertrauensmannes zu thun haben. Von einer Ueberrumpelung, die Kokošky fürchtet, kann nicht die Rede sein.

Weib weist auf die sprachliche Unrichtigkeit der bisherigen Fassung dieses § hin. Ihm scheint die Verpflichtung betontenswerth, wonach die Mitglieder wegen ungeeigneter oder nachlässiger Vertrauensmänner sich

mit dem Ausschusse ins Bernchmen zu setzen haben. Thatsächlich hat der bisherige Ausschuß schon im Sinne dieses Antrages gehandelt, die Praxis wollte es so.

Kokošky zieht seine Reformvorschläge zurück.

Löwenstein sieht doch noch Schwierigkeiten, besonders wenn der Vertrauensmann nicht freiwillig auf seine Stellung verzichtet. Wie soll dann eine Versammlung zu Stande kommen?

Weib: Sträubt sich ein Vertrauensmann, eine Wahlversammlung einzuberufen, dann kann eventuell der Ausschuß oder die Controlcommission ein Mitglied mit der Einberufung beauftragen.

Hofmann spricht für den Antrag, damit die Mitglieder sich nicht bis zum äußersten Termin schweigsam verhalten oder warten, bis ein etwaiges direktes Einschreiten des Ausschusses erfolgt.

Wendel macht auf einige Polizeischwierigkeiten bei Einberufung von Versammlungen zc. aufmerksam.

Holand: Jedes Mitglied habe das Recht, in jeder Parteiversammlung die Nennwahl des Vertrauensmannes zu beantragen, brauche also nicht erst den Ausschuß mit seinen Wünschen zu belästigen.

Der Antrag 12 wird angenommen.

Zwischenantrag von Weib: Ich beantrage, in § 9 der Geschäftsordnung folgende Worte zu streichen: „an einem Orte, wo eine Mitgliedschaft bereits besteht“. Weib begründet dies mit Hinweis auf die mehrfach behördlicherseits erfolgte Auslegung, wonach eine Mitgliedschaft ein selbständiger Verein sein soll. Wir müssen Alles vermeiden, was einer solchen Auslegung Vorschub leisten kann.

Ehrhardt berichtet, daß die erwähnte Stelle in Ludenwalde Grund zum polizeilichen Verbot der Mitgliedschaft gewesen ist. Uebrigens sind in der Geschäftsordnung noch einige, für uns nachtheilig zu deutende Stellen enthalten.

Fischer-Gartenfeld will die Parteibeiträge nur durch Vermittlung des Vertrauensmannes bezahlt wissen.

Weib: Dies ist selbstverständlich und steht auch in der Geschäftsordnung. Da, wo einzelne Parteigenossen ihre Beiträge direkt an den Parteikassirer einsenden wollen, kann dies unter Zustimmung des Ausschusses und der übrigen ortsangehörigen Mitglieder geschehen. Die Aenderung Ehrhardts, noch weitere Aenderungen in der Geschäftsordnung vorzunehmen, ist bei genauer Prüfung sehr an der Zeit. Medner beantragt deshalb, eine neue Fassung der Geschäftsordnung und schlägt vor, zu diesem Zweck eine Commission von drei Mitgliedern einzusetzen.

Löwenstein spricht für diesen Antrag, der hierauf angenommen wird.

In die Commission werden gewählt: Yord, Weib, Liebknecht.

Der Vorsitzende geht über zu C6 der Vorlage und stellt die Anträge 23, 24 und 25 zur Berathung.

Ebenso ein Amendement von Kokošky, lautend: Im Antrag 23 ist statt: „ist die Zustimmung des Ausschusses erforderlich“ zu setzen: „ist der Ausschuß zu Rathe zu ziehen“.

Ferner einen Antrag von Motteler; „Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung des Ausschusses ins Leben treten, haben das Recht,

den Namen der Partei zu führen oder deren moralische und materielle Unterstützung anzurufen.“

Es erhält das Wort

Liebknicht: Ich muß mich zunächst gegen den mir indirekt gemachten Vorwurf verwahren, die Gründung von Lokalblättern unter allen Umständen zu befürworten. Ich gehöre allerdings nicht zu Denjenigen, welche die Lokalblätter prinzipiell mit Abneigung betrachten, weil sie glauben, daß dieselben die Einheit der Partei vernichten und dem „Volksstaat“ Abbruch thun würden. Die Einheit der Partei kann durch kein Lokalblatt, das auf dem Boden unserer Prinzipien steht, bedroht werden, und was die Verbreitung des „Volksstaat“ betrifft, bedroht werden, und was die Verbreitung des „Volksstaat“ betrifft, ist zu erwägen, daß derselbe nicht Zweck, sondern Mittel ist — Mittel zu dem Zweck, die Parteigrundsätze in immer weitere Kreise zu tragen. Dies kann aber in den größeren Städten, die ein reges Lokalleben haben, durch Lokalblätter viel gründlicher geschehen, als durch das Centralorgan, welches unmöglich den lokalen Verhältnissen volle Rechnung tragen kann. Zu einem Lokalblatt gehören 3 Existenzbedingungen: 1) eine günstige Lokalität, 2) ein tüchtiger Redakteur und 3) eine tüchtige Verwaltung. Wo diese 3 Bedingungen zusammenreffen, ist an einem Erfolg nicht zu zweifeln. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß bisher bei Gründung von Lokalblättern nicht mit gehöriger Vor- und Umsicht verfahren worden ist, aber das legt uns bloß größere Vorsicht für die Zukunft auf. Wir haben zu viel Lokalblätter und haben zu wenig Lokalblätter. Wir haben Blätter, die entweder nicht lebensfähig sind, oder nur mit unverhältnißmäßigen Opfern lebensfähig gemacht werden können; und wir haben Orte, an denen uns ein Lokalblatt entschieden fehlt. — Kurz: ich bin für gute und gegen schlechte Lokalblätter. Je mehr gute Lokalblätter desto besser. Und noch eins — man klagt vielfach über den Mangel an Agitatoren. Nun, das beste Agitationsmittel ist die Presse, und ein gutes Lokalblatt der beste ständige Agitator; dieser papierne Agitator ersetzt ein Duzend der tüchtigsten Agitatoren von Fleisch und Blut, und thut obendrein die Arbeit gründlicher, weil das gedruckte Wort bleibt, das gesprochene aber verfliegt. Aber diese papiernen Agitatoren kosten Geld, sehr viel Geld, und sollen sie nicht eine unerträgliche Last für die Partei werden, so muß bei Gründung und Verwaltung mit Sachkenntniß und planmäßig vorgegangen werden, unter Benutzung der bisher gewonnenen Erfahrungen. Da aber die einzelnen Mitgliedschaften diese Erfahrungen und Sachkenntniß meist nicht haben, so empfiehlt sich schon deshalb, im Interesse der betreffenden Mitgliedschaften selbst, eine Berathung und Verständigung mit dem Ausschuß, der auch, weil er den Ueberblick über das Ganze hat, am richtigsten beurtheilen kann, wo sich die Gründung eines Lokalblattes empfiehlt und wo nicht. Daß aber Lokalblätter, welche sich nicht auf dem Boden des Parteiprogramms und der Parteiorganisation stellen und den Parteibehörden nicht das Recht, die politisch-soziale Haltung der Parteipresse zu kontrolliren, zuerkennen — daß solche Lokalblätter keinen Anspruch darauf haben, als Organe unserer Partei betrachtet und behandelt zu werden, das versteht sich von selbst. —

Müller-Mainz erörtert die lokalen Verhältnisse zu Mainz. Ohne genügende Mittel, stets in Geldsorge, scheint es ihm am besten, das dortige Lokalblatt eingehen zu lassen. Mainz hat an der „Süddeutschen Volksstimme“ 4000 fl. zugelegt, meist Arbeitergeld, weshalb Redner wünscht, daß etwas geschehe, um solchen Schwierigkeiten, wie sie nun zu Mainz bestehen, vorzubeugen.

Kołosky: Die Mängel, an welchen einzelne Lokalblätter kranken, werden auch bei Zustimmung des Ausschusses kommen. Es lassen sich nicht alle Fehler vermeiden. Im vorigen Jahre forderten die Antragsteller direkte Beaufsichtigung durch den Ausschuß. Damals sahen die Redakteure sich genöthigt, ihre Stellung zu wahren. Heute werden die Mitglieder im Allgemeinen von dem Antrage betroffen. Um dies nicht zu Einseitigkeiten ausarten zu lassen, sei sein Amendement anzunehmen.

Geib: Wenn Sie sich dem Antrage der Hamburger nicht anschließen, werden Sie sehen, daß die Partei durch die Gründungswuth bezüglich der Lokalblätter noch manchen Schaden zu erleiden hat. Die Hamburger sind keineswegs prinzipielle Gegner der Lokalblätter, nur soll vermieden werden, die Gesamtpartei durch übereilte Gründungen schließlich in unangenehme Mitleidenschaft zu ziehen. Der Ausschuß hat im letzten Jahre wiederholt einzelne Parteiblätter unterstützt; in der Noth wird also die Gesamtpartei angerufen! Der Antrag liegt im Interesse der Partei sowohl, als im Interesse der Lokalblätter, besonders aber der betreffenden ortsangehörigen Mitglieder. Der Ausschuß kann warnen vor Uebereilung, vor schlechter Verwaltung und Redaktion. Sieht er, daß es weder an Geldmitteln, noch an fähigen Verwaltern und Redakteuren fehlt, dann wird er niemals Nein sagen. Uebrigens überschätze man die Lokalblätter nicht. Man meint vielfach, sie hätten unsere Reichstagswahlen gemacht. Das ist nicht ganz richtig, schon mit Hinweis auf den 9. sächsischen Wahlkreis. Die Agitationsnummer des „Volksstaat“ und die Parteibroschüren stehen bei Erwägung des Wahlerfolges den Lokalblättern an Bedeutung mindestens gleich. Man zersplittere die Kräfte der Partei nicht über Gebühr, besonders jetzt, da der „Volksstaat“ noch lange nicht weit genug verbreitet ist.

Hofmann-Zwickau beantragt, das Nürnberger Wochenblatt sechs Mal erscheinen zu lassen.

Tauscher: Die Augsburgsburger bereiten die Gründung eines Lokalblattes vor, sind aber dabei sehr vorsichtig, indem sie erst eine eigene Buchdruckerei ins Leben rufen wollen. Die beantragte Zustimmung des Ausschusses scheint ihm bedenklich, weil die Mitglieder im Fall der Zustimmung das Recht der Unterstützung in Anspruch nehmen und so die Partei sehr belasten können. Außerdem hat der Congress kein Recht, die Mitgliedschaften zu hindern, nach Gutdünken über ihre eigenen Mittel zu verfügen. Redner ist gegen den Hamburger Antrag.

Wiedermann gegen den Hamburger Antrag. Der Ausschuß kann sich nicht immer die genügende Einsicht verschaffen, um gerecht zu urtheilen. Er kann auch von den Gründungslustigen leicht getäuscht werden. Man engagire die Partei zu sehr durch die Zustimmung des

Ausschusses. Möge jeder Ort nach Gutdünken handeln, eine gewisse moralische Ueberwachung stehe ohnehin dem Ausschusse zu.

Ulrich befürwortet die Abänderung, wonach der Ausschuss auf Verlangen nur ein Entschieden abzugeben hat, dem möglichst nachzukommen ist.

Gräfe: In den letzten Jahren hat eine wahre Epidemie, Lokalblätter zu gründen, um sich gegriffen. Selbst in Waldheim war eins geplant worden. Redner will zuvörderst Erhaltung der bestehenden Parteiblätter und Aufsicht seitens des Ausschusses, wie solche z. B. dem „Dresdner Volksbote“ sehr genügt haben würde. Die schlecht fundirten und schlecht verwalteten Lokalblätter schaden uns meistens.

Auer wendet sich gegen Kofosky und meint, daß der erste Verdruß, die Zustimmung des Ausschusses nicht zu erhalten, besser sei, als der letzte, das Blatt wieder eingehen zu sehen. Die Masse der Blätter mache es nicht, sondern die Masse der Leser. Der allgemeine deutsche Arbeiterverein besitze nur Ein Blatt und habe doch noch mehr Stimmen bei der Reichstagswahl erzielt, als wir. Es soll der Gründungswuth gesteuert, und das Leben der bestehenden Parteiblätter zunächst gesichert werden. Ueberdies fehlen die Kräfte für neue Blätter, was schon einzelne der bestehenden Blätter beweisen. — Man mache es wie in Berlin, wo gleichfalls von einem Lokalblatt die Rede war, erst aber 1000 „Volksstaat“-Abonnenten als sichere Grundlage für jede fernere Agitation gewonnen werden sollen, bevor man auf ein Lokalblatt zurückkommen will.

Wolf gegen den Hamburger Antrag, indem er den Antrag von Kofosky für anzureichend hält. Der Ausschuss hat schon Rechte genug, das Recht der Einzelnen darf nicht weiter geschädigt werden. Die Lokalblätter machen es möglich, daß sich tüchtige Parteigenossen behufs weiterer Agitation auch zur Colportage der Partei ganz zur Verfügung stellen können. Die Lokalblätter gewinnen uns neue Anhänger und dringen mehr, als Viele glauben, in die Familien ein.

Hilsmann-Eberfeld: Nehmen wir den Hamburger Antrag an, so fassen wir einen Beschluß ohne Folgen. So sehr ich gegen die ungeschickte Gründung von Lokalblättern bin, so wenig kann ich in dem Antrage Abhilfe finden. Wenn an einem Orte Mittel, Kräfte und guter Wille zur Blattgründung vorhanden sind, der Ausschuss aber trotzdem Nein sagte, so würde er leicht ausgelacht werden können. Der Hamburger Antrag ist gegen das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung, und nur der Antrag von Kofosky annehmbar.

(Schluß der Rednerliste wird angenommen.)

Schumacher: Trotz der bedenklichen Verhältnisse einiger Lokalblätter bin ich doch gegen den Antrag der Hamburger. Schon die fortwährende Begründung liberaler Lokalblätter zwingt uns, allen Orten freie Hand zu lassen.

Schade für den Antrag 23. Der Ausschuss ist oft besser unterrichtet als die gründenden Mitglieder. Im Antrag 24 will Redner nicht bloß „tüchtige“, sondern auch „zuverlässige“ Leiter gesagt haben.

Mehlhorn stimmt vollständig dem Hamburger Antrage zu. Zeigt

darauf hin, wie rasch einige Parteiorgane zu Grunde gingen, so ein Blatt im Voigtland, dann das Geraer Wochenblatt (mit 323 Thaler Deficit), und endlich scheint die Hofer Zeitung denselben Weg gehen zu müssen. Der Antrag der Hamburger ist ein Schutzmittel für Viele, die ohne ihn auf schnelle Weise ihr Geld verlieren würden. Ist für ein projectirtes Blatt ein Fonds zur Vergütung von Deficiten, eine genügende Abonnentenzahl, eine tüchtige Leitung gesichert, dann mag man mit der Gründung vorgehen.

Hofmann für den Hamburger Antrag, eventuell für den von Motteler. Die Lokalblätter müssen mehr den örtlichen Verhältnissen und den Frauen Rechnung tragen, als bisher. Man muß dieselben auf die Stufe der gegnerischen Blätter heben, daher die vorhandenen Parteiorgane baldthunlichst täglich erscheinen lassen.

M. Schulze-Rudolstadt beantragt: „In Erwägung, daß wir an agitatorischen Kräften Mangel leiden, sowie deren Thätigkeit nicht in alle Kreise, besonders die Familie, dringt, befürworte ich die Gründung von Lokalblättern und beantrage, daß die Leiter derselben vom Ausschuss bestimmt und abberufen werden können.“

York findet in dem Hamburger Antrag ein Abschreckungsmittel gegen willkürliche oder leichtsinnige Gründungen; wenn geglaubt wird, dieser Antrag bezwecke eine Verstärkung der sog. „Diktatur“, so befindet man sich auf falscher Fährte. Kofosky's Antrag ist unzureichend. Hätten alle Parteigenossen gleich vorsichtig wie die Augsburgener gehandelt, dann wäre diese Debatte überflüssig. Der Congress ist vollberechtigt in der vorliegenden Sache, da er einzelne Genossen, wie die Gesamtpartei vor Schaden zu hüten verpflichtet ist. Nicht die Lokalblätter allein bringen uns vorwärts, dies lehrt uns die Wahl im 19. sächsischen Wahlkreise, wo lediglich der persönlichen Agitation der Erfolg zufiel.

Müller-Mainz: Nicht immer geht's glatt, auch wenn der Ausschuss mitwirkt. In Mainz fehlte es nicht an Gründungskapital. Der Ausschuss empfahl aber Kayser als Redakteur; allerdings wirkten neben Kayser noch andere Personen, besonders in der Verwaltung. Erst die Most'schen Einwirkungen machten es besser. Doch nun ist Most im Gefängniß.

Liebknecht: Man unterschätze die Lokalblätter nicht und sehe z. B. nach Chemnitz, wo die Agitation durch die „Freie Presse“ sehr gefördert worden ist. Ohne die „Freie Presse“ wäre Most nicht gewählt worden, da es an Agitatoren vollständig fehlte. Redner hat nicht für schlechte Lokalblätter gesprochen, und ist für den Hamburger Antrag. Seiner Meinung zufolge hat der Ausschuss zwar nicht in die Taschen der Mitglieder zu gucken, wohl aber das Recht und die Pflicht, die Mitglieder davor zu bewahren, daß ihnen das Geld aus den Taschen gelockt wird. Man spricht viel von der Ausbeutung der Arbeiter. Hüthen wir uns vor dem Vorwurf, die Arbeiter auszubeuten. Die Parteigenossen sind schon durch Blättergründungen um viel Geld gekommen; was war schuld? Unfähigkeit in der Verwaltung einiger Lokalblätter. Der Antrag geht gar nicht auf Verbot jeder Blattgründung aus, nur will er die Partei vor solchen Blättern, die ohne Zustimmung des Ausschusses ge-

gründet werden, löstrennen; derartige Blätter sind einfach nicht als Parteiorgane zu betrachten.

Baumann sieht im Antrage 23 keine Beeinträchtigung durch den Ausschuß. Bekämpft Hofmann's Antrag, weil die Nürnberger Verhältnisse ihn noch nicht zulassen. Wöchentlich dreimaliges Erscheinen des Nürnberger Wochenblattes reicht bis auf weiteres völlig aus.

Auf Antrag von Hadlich tritt Schluß der Debatte ein.

Weib wendet sich noch persönlich gegen Müller, wegen der Verhältnisse des Mainzer Blattes. Der Ausschuß empfiehlt J. B. Kayser im Gegensatz zu Dittrich, hatte aber im übrigen auf die Gründung und Leitung des Mainzer Blattes gar keinen Einfluß.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung. Das Amendement von Kofosky wird abgelehnt, dagegen der Antrag der Hamburger (Nr. 23), sowie der Antrag von Mottelet angenommen.

Der Antrag von Hofmann wird zurückgezogen.

Die übrigen Anträge (24, 25 und von Schulze) sind durch die Abstimmung erledigt.

Antrag 26 der Vorlage wird, nachdem Weib erklärt, daß die bisherige Praxis diesem Antrage völlig entspreche, nicht unterstützt, und somit erledigt.

Es folgt C7 der Vorlage, Antrag 27 bezüglich der Unterstützungsangelegenheiten.

Müller: In der Unterstützung der Politisch-Gemäßregelten muß Gleichberechtigung stattfinden. Empfiehlt Antrag 28 a und b anzunehmen, hingegen c zu streichen und dem Ausschusse die Beurtheilung jeder einzelnen Unterstützung zu überlassen. Sollte c angenommen werden, ist das Alter der Kinder mit Rücksicht auf die Schulpflicht statt auf 12 auf 16 Jahre festzusetzen.

Weib erkennt die Nützlichkeit einiger Bestimmungen des Antrags an, schon um den Ausschuß von unberechtigten Gesuchen zu befreien, allein es erscheint ihm im ganzen nicht angemessen, die Unterstützungen durch ein Schema zu regeln, da schlechterdings nicht alle Möglichkeiten vorzusehen sind. Man möge es dem Ausschusse überlassen, nach den vorhandenen Mitteln im Unterstützungsfond und nach den örtlichen oder persönlichen Verhältnissen die nöthigen Unterstützungen zu bemessen. Dadurch würden am ersten Härten vermieden. Redner beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Estlein kritisiert die im Antrage enthaltene Altersstufe von 12 Jahren, die unsern prinzipiellen Forderungen widerspreche. Er rathet zur Vorsicht in der Agitation und in der Gewährung von Unterstützungen, da es leider Personen gebe, welche ein Martyrium zum Nachtheil der Partei suchen.

Vorck: Es ist unerhört, mit welcher Rücksichtslosigkeit einzelne Mitglieder beim Unterstützungsfond anpöchen, und durch welche dumme Aeußerungen zuweilen Maßregelungen heraufbeschworen werden. Den Mitgliedern muß einmal gezeigt werden, daß sie auch gegen die Gesamtpartei Rücksichten zu üben, oder sonst die Folgen ihrer Fehler selbst zu tragen haben. Eine gewisse Regelung der Unterstützungs-

angelegenheiten erscheint dringend nothwendig, wenn auch nicht so im Einzelnen, wie es der Antrag will. Ich ziehe den Antrag zurück.

Kees nimmt den Antrag wieder auf.

Ulrich befürwortet den Antrag, dessen Ablehnung leicht mißverstanden werden könne.

Kees wendet sich gegen die sogenannte Wirthhausagitation, die uns nur schade. Wenn bestimmte Normen festgesetzt würden, werde es in dieser Beziehung zweifellos besser werden.

Fischer=Staßfurt ist ebenfalls für Regelung der Unterstützungsangelegenheiten. Wirthhausagitation ist keine Agitation, doch gibt es Ausnahmefälle, die durch gegnerische Provocationen herbeigeführt werden.

Weib weist darauf hin, daß das beabsichtigte Reglement, heute verfaßt, schon in kurzer Zeit nicht mehr den Verhältnissen entsprechen werde. Wendel hält ein Reglement doch für zweckmäßig, das übrigens ja der Ausschuß selbst festsetzen solle.

Es wird Schluß der Debatte angenommen, und alsdann Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Der Vorsitzende verliest Antrag C8, Nr. 28 der Vorlage und stellt die Unterstützungsfrage.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Fischer=Staßfurt: Vereinigungsbemühungen haben ihm seine Mandatgeber dringend au's Herz gelegt. Geeignete Schritte zu thun ist nöthig, natürlich ohne Verleugnung unserer Grundsätze und ohne Ueberstürzung. Auf beiden Seiten wird der Wunsch zur Vereinigung gehegt, was eine Gewähr für dessen Verwirklichung, ist.

Auer: Diese Anträge kehren jedes Jahr wieder. Im Großen und Ganzen sind wir Alle damit einverstanden, aber so lange auf beiden Seiten die prinzipiellen Unterschiede in's Gewicht fallen, kann an eine wirkliche Einigung nicht gedacht werden. Die Ansichten, welche uns in dieser Hinsicht der Allgemeine deutsche Arbeiterverein eröffnet, sind gering, dies zeigt schon sein neuester Beschluß, sich seltenermäßig Lassalleaner zu nennen. Unser Versöhnungsbüffel hat bis jetzt wenig geholfen. Das einzige Mittel zur Einigung heißt: die Lassalleaner unsre Macht fühlen lassen und uns stärken. Stellen wir uns auf den Standpunkt der Einigungsvorschläge, die vor fast zwei Jahren im „Volkstaat“ veröffentlicht wurden. Mag ein allgemeiner Congreß zur Berathung der Einigungsfrage berufen werden.

Der Vorsitzende verliest eine Begrüßungsdepesche aus Mainz: „Blug=Volkssammlung sendet dreifaches Hoch dem Congreß und wünscht beste Resultate den Berathungen.

Daschner, Lehendeker, Girsch.“

Lohmeyer beantragt die sofortige Einsetzung einer Commission, welche dem Congreß behufs einer mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu erstrebenden Vereinigung bestimmte Vorschläge zu machen habe.

Niederemann, Roland und Bernstein bekämpfen den Antrag Lohmeyer's, der uns zu unnützen Weiterungen führe. Zunächst handele es sich darum, ob eine Vereinigung überhaupt anzustreben sei.

Klees ist für eine Commission, die auch Lohmeyer noch als zweckmäßig und die Debatte abkürzend bezeichnet.

Fischer-Staßfurt ist ebenfalls für die Commission, die uns zu Gunsten einer Vereinigung Material und Vorschläge schaffen könne.

Eckstein und Hillmann bestreiten die Zweckmäßigkeit des Lohmeyer'schen Antrags schon mit Hinweis auf das Protokoll der diesjährigen Generalversammlung des Allg. d. Arb.-Vereins, aus dem wenig Gutes für eine Vereinigung zu ersehen sei.

Der Antrag von Lohmeyer, eine Commission einzusetzen, wird hierauf abgelehnt.

Yorck: Niemand bestreitet das Wünschenswerthe einer Vereinigung, aber zur Vereinigung gehören zwei, welche den Willen dazu haben. Wie will man die Vereinigung herstellen? Durch einen Congress? Das würde nur eine neue, vielleicht abgeschwächte Auflage von 1869 sein. Lasse man die Verhältnisse noch mehr reifen und gehe heute zur Tagesordnung über.

Der Vorsitzende verliest folgende, während der Debatte eingereichten Anträge:

1. Der Congress erklärt, daß er einer Einigung mit dem Allg. d. Arb.-Ver. auf Grundlage eines allgemeinen Congresses nicht widerstrebt; da von Seiten des Allg. d. Arb.-Ver. aber bisher jedes Entgegenkommen abgelehnt ist, geht er über den Antrag der Parteigenossen zu Hannover und Mannheim zur Tagesordnung über. Kokosky.

2. Der Congress erklärt, der Einigung der beiden deutschen Arbeiterfraktionen zugeneigt zu sein. Ueber den Modus einer solchen Einigung werden zum nächsten Congress seitens des Ausschusses und der, der Partei angehörigen Reichstagsmitglieder Vorschläge erwartet. Im übrigen geht der Congress zur Tagesordnung über. Geib.

3. Für Antrag 28 der Vorlage zu sagen, statt „Wenn irgend möglich“: „Wie bisher“ etc.

4. Der Congress wolle beschließen: dem Präsidium des Allg. d. Arb.-Ver. ist mitzutheilen, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei jederzeit bereit ist, eine Vereinigung anzubahnen, ein gleiches auch vom genannten Präsidium erwartet, dasselbe ersuchend, Vorschläge zu machen. Lohmeyer.

5. Ich beantrage, der Congress möge sich dafür erklären, daß ein gemeinsamer Congress zur Vereinigung stattfinden, aber vorher von beiden Seiten dazu Vorschläge gemacht werden sollen. Ulrich.

6. Der Congress erklärt, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei es sehr bedauern, daß den, von der Partei ausgehenden Einigungsvorschlägen vom Allg. d. Arb.-Ver. nicht zugestimmt worden ist. H. Hillmann.

Bernstein: Die Ansichten des Lassalleanismus sind weitend geworden, mindestens stehen sie nicht bei allen Mitgliedern des Allg. d. Arb.-Ver. einer Einigung entgegen. Im letzteren Vereine hat sich schon eine bedeutende Opposition entwickelt, und wenn auch die diesjährige Generalversammlung des Arbeitervereins die Einigungsfrage gestimmtlich umgangen hat, so that sie das keineswegs einstimmig. Redner be-

fürwortet einen allgemeinen Congress zur Besprechung der prinzipiellen Fragen und zur Förderung der Einigung.

Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Motteler berichtet über die Besprechungen zu Berlin. Hasenclever und ähnlich so Hasselmann erklärten, an eine Vereinigung wäre nicht zu denken, weil der Allg. d. Arb.-Ver. eine unbedingt bessere Organisation habe als wir. Außerdem sei ja ein friedliches Nebeneinandergehen in der Presse und in Versammlungen vereinbart. Anders wie die Spitzen im Allg. d. Arb.-Ver. dächten indeß wohl viele Mitglieder dieses Vereins. Spezielle Ver.=Einigungsbeschlüsse hier zu fassen, wäre sonach zwecklos. Es genüge der modificirte Antrag Nr. 28 der Vorlage.

Scheil's Antrag auf Schluß der Sitzung wird abgelehnt.

Eckstein: Wenn wir für eine Vereinigung sind, so wollen wir die deutsche Sozialdemokratie stärken. Das Für und Wider hat auch seine Vertreter im Allg. d. Arb.-Verein. Hasselmann, der in Hannover mit der Einigung der Metallarbeiter liebäugelte, erklärte an einem andern Orte, daß er, sobald eine Vereinigung beider Fraktionen stattfinde, sofort eine neue Partei der reinen Lassalleaner gründen werde.

Schade spricht sich für Annahme des Antrages Nr. 28 aus.

Scheil weist auf die Praxis des Allg. d. Arb.-Ver. hin, sich nur da verständlich zu zeigen, wo er machtlos sei. Wir haben uns also mit einseitigem Einigungsdrang vor Schaden zu hüten. Am besten ist die Berufung eines Congresses, um eine Verständigung zu ermöglichen. Durch unklaren Einigungsdrang machten wir uns nur lächerlich.

Ulrich: Bei der gegenwärtigen Verfolgungswuth ist die Vereinigung für beide Fraktionen eine Existenzfrage. Nur wenn wir einig sind, wird man uns nicht unterdrücken können. Stimmt für den Antrag Nr. 28.

Kokosky: Man weiß nicht, ob über's Jahr die jetzigen Organisationen beiderseits noch bestehen. Der Streit um die beste Organisation ist daher, angesichts der Polizeimaßregelungen, ein unzeitgemäßer. Jetzt handelt es sich um die Gewinnung von Anhängern, ob mit oder ohne Organisation; das wird der Allg. d. Arb.-Ver. auch wünschen.

Wiedermann befürwortet die Einberufung eines allgemeinen Congresses. Dies sei der direkte Weg zum Ziel.

Wolf wendet sich gegen das Wort „Vereinigungsdrang“, da der Drang nach Vereinigung doch zweifelsohne vorhanden sei. Von einem gemeinschaftlichen Congress erwartet er keine Hilfe, die Führer des Allg. d. Arb.-Ver. würden dagegen operiren. Wir müssen uns an die Arbeiter selbst wenden. Die Massen wollen die Vereinigung und sollen durch einen Congress über unsere Einigungsbestrebungen aufgeklärt werden.

Fischer-Staßfurt: Nicht Hasselmann soll der Maßstab für unsern Beschluß sein, sondern die Massen, welche von der Nothwendigkeit einer Vereinigung schon vielfach überzeugt sind.

Lebknecht: Man hat sich piquirt geäußert über das Wort „Vereinigungsdrang“. Aber mit Unrecht. Diejenigen, welche die „Vereinigung“ um jeden Preis und bei jeder Gelegenheit wollen, sind sich nicht klar darüber, was „Vereinigung“ bedeutet. Vereinigung heißt Verschmelzung in Eine Organisation. Nun, wissen wir aber, wie fest die Mit-

glieder des Allg. d. Arb.-Ver. an ihrer Organisation hängen, die sie für unfehlbar halten, während wir sehr viele Fehler darin sehen, das Autoritätsprinzip, auf dem sie beruht, prinzipiell verurtheilen und auch nicht glauben, daß sie ernstliche Stürme bestehen kann. Und nicht bloß die Organisation trennt uns von den Mitgliedern des Allg. d. Arb.-Vereins — und bei dem förmlichen Organisationskultus, der unter ihnen gepflegt, ist dies ein sehr wesentliches Moment —, sondern auch das Programm. In der Verschiedenheit der Organisation drückt sich die Verschiedenheit der Prinzipien aus. Das strenge Lassalleanerthum ist national und autoritär, hält jektanartig mit Lassalle, der zum Heiligen gestempelt wird, den Sozialismus für abgeschlossen, jedes Weiterforschen für vom Uebel — während wir international sind, jede Autorität verwerfen, jeden Personenkultus bekämpfen und den Sozialismus nach seiner theoretischen Seite hin als eine Wissenschaft betrachten, die keinen Augenblick stille steht, die sich stets weiter entwickelt. Es ist wahr, ein großer Theil der Mitglieder des Allg. d. Arb.-Ver. sind nach und nach auf unsern Standpunkt gekommen, allein ehe dies mit dem Gros der Fall ist, kann von einer Vereinigung nicht die Rede sein. Sie wäre für uns ein Rückschritt, für den Allg. d. Arb.-Verein der Untergang. Wenn aber auch der Vereinigung noch prinzipielle Hindernisse entgegenstehen, so doch nicht der Einigung. Daß wir nicht einig sind, ist auf persönliche Beweggründe zurückzuführen. Eine Einigung läßt sich jeden Tag bewerkstelligen, wenn die bisherigen Gegner ihre Opposition aufgeben. Und bei dieser Gelegenheit will ich pro domo (in persönlicher Selbstverteidigung) bemerken, daß ich nicht, wie mir von der anderen Seite so oft vorgeworfen worden ist, ein Feind der Einigung bin; daß ich im Gegentheil dieselbe stets angestrebt habe, und daß z. B. die bekannten Einigungsvorschläge, welche im Herbst 1872 im „Volksstaat“ (Nr. 83) erschienen, wesentlich von mir herrühren und vor meiner Uebersiedlung nach Hupertsburg einer Versammlung von Leipziger Lassalleanern vorgelegt und auch von ihr gebilligt worden sind. Ich halte Jeden, der einer Einigung in den Weg tritt, für einen Feind der Arbeiterbewegung; bin aber überzeugt, daß die Einigung sehr bald erfolgen wird, wenn nicht mit den „Führern“, dann den „Führern“ zum Troß, und daß auch die Vereinigung nicht mehr in weitem Feld liegt — dafür bürgt Herr Reiffendorf und die Logik der Thatfachen. — Zunächst ist aber die Lösung: Einigung, nicht Vereinigung; und von „Vereinigungsduffel“ kann man mit Recht reden, so lange die Vorbedingungen zur vollen Verschmelzung fehlen.

Geib: Kofosky's Antrag will einen Congreß. So lange wir nicht mit beiden Füßen in die Vereinigung springen können, ist ein Congreß zwecklos. Zuerst ist ein friedliches Nebeneinandergehen, eine Einigung nöthig, hierzu reicht des Redners Antrag aus.

Der Vorsitzende läßt abstimmen. Antrag 28 mit Motteler's Amendement wird abgelehnt, Geib's Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind die übrigen Anträge erledigt.

(Schluß 1½ Uhr Mittags.)

Fortsetzung der vierten geschlossenen-Sitzung, am 21. Juli Nachmittags.

(Vorsitzender: Bahlteich.)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung 3¼ Uhr. Laut Präsenzliste sind anwesend: Geib, Wolf, Auer, Burckhardt, Breißer, Gries, Taufcher, Kofosky, Ulrich, Sittig, Roland, Bock, Fischer-Gartenfeld, Fischer-Staßfurt, Schade, Baumann, Wendel, Beckesser, Müller, Schwanebeck, Rick, Bahlteich, Hofmann, Rheingruber, Bernstein, Dr. Stamm, Schulze, Kaufmann, Gadlich, Grillenberger, Liebknecht, Albert, Löwenstein, Klees, Scheil, Ehrhardt, Wiedermann, Greiner, Rößlingshöfer, Hillmann, Lehmann, Eckstein, Horst, Schaarshmidt, Motteler, Schumacher, Sy, Geiser, Lohmeyer, Herbig, Gütth.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nehmen Müller, Gries, Kaufmann und Geib das Wort, um einige Bemerkungen, welche betreffs der Unterstühungen zu Mainz in voriger Sitzung gemacht worden waren, klar zu stellen und befriedigend zu erledigen.

Hierauf werden die Protokolle der beiden Montagsitzungen vorgelesen und, nach Anbringung einiger Berichtigungen, vom Congreß genehmigt.

Der Vorsitzende theilt folgende Begrüßungsdepesche mit:

„Leipzig. Herzlichen Gruß den versammelten Vorkämpfern für Freiheit und Gleichheit. Nieder mit aller Klassenherrschaft. Hoch die Sozialdemokratie! Die Parteigenossen von Lindenau.“

und geht alsdann zur Tagesordnung über.

Antrag C8, Nr. 29 der Vorlage.

Folgende Anträge sind in Bezug hierauf eingegangen:

Uebergang zur Tagesordnung ohne Debatte. Taufcher.

Uebergang zur Tagesordnung. Rick und 8 Genossen.

In Erwägung, daß der Antrag der Marburger Parteigenossen un- durchführbar ist, geht der Congreß zur Tagesordnung über.

Gadlich.

Der Congreß hält es für selbstverständlich, daß alle Parteimitglieder „confessionslos“ sind und hält den formellen Austritt aus der Landes- kirche für wünschenswerth; er geht aber, indem er die Entscheidung über diesen Schritt jedem Einzelnen überläßt, über den Antrag der Mar- burger Parteigenossen zur Tagesordnung über.

Kofosky und 12 Genossen.

Von Roland wird dem Präsidium folgender Antrag zur Geschäfts- ordnung überreicht:

„Sollte betreffs des Antrages der Marburger Parteigenossen in An- trag auf Uebergang zur Tagesordnung eingehen, so gebe ich dem Con- greß zu bedenken, daß, nachdem obiger Antrag ein nicht unbedeutendes Aufsehen in der Tagespresse erregt hat, ich es nicht für taktisch richtig halte, auf diese Weise diesem Antrag aus dem Wege zu gehen. In Erwägung, daß weniger weitgehende politische Parteien diesen Passus schon längst ausgesprochen haben; in Erwägung, daß der religiöse Be- trug und die Ausbeutung des Proletariats durch den Confessionalismus

verweigert werden, in Erwägung, daß der religiöse Doctrinarismus ein Hemmschuh des geistigen Fortschritts der Menschheit ist, beantrage ich, daß der Congress die Billigkeit habe, den Delegirten für Marburg wenigstens den Antrag begründen zu lassen und unter allen Umständen über den Antrag selbst eine Abstimmung mit oder ohne Debatte zu belassen."

Die Vorfrage, ob der Congress über den Antrag der Marburger Genossen in die Debatte eintreten wolle, wird mit geringer Mehrheit abgelehnt und hierauf Uebergang zur Tagesordnung, gemäß dem Antrage von Tauscher beschlossen.

Antrag 30 kommt zur Berathung.

Mehlhorn: Dieser Antrag stützt sich auf die Erfahrungen, welche bei der letzten Reichstagswahl gemacht wurden. Hätte Nord nicht zugleich in Hof candidirt und gewirkt, so wäre er sicherlich im 22. sächs. Wahlkreise, wo ihm nur 250 Stimmen fehlten, gewählt worden. Auch die Vorkommnisse im 13. sächs. Wahlkreise hätten sich nicht ereignen können, wenn man sich rechtzeitig einer bestimmten Erklärung des Dr. Johann Jacoby versichert haben würde. Hüten wir uns in Zukunft vor Schaden durch Annahme des Antrags.

Der Antrag von Geib auf Schluß der Debatte wird angenommen und sodann der Antrag 30 mit großer Mehrheit zum Beschluß erhoben. Antrag 31 (Kalb).

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt und ist dadurch beseitigt.

Die Anträge 32 bis 35 werden, als zusammengehörig, gleichzeitig zur Diskussion gestellt.

Müller beantragt: der Congress nimmt Kenntniß von den Anträgen und geht zur Tagesordnung über.

Inzwischen sind noch folgende Anträge zur Agitation eingereicht worden:

1. Der Congress möge beschließen, für den 23. sächs. Wahlkreis ist für eine rege Agitation Sorge zu tragen. Albert

2. Der 22. sächs. Wahlkreis soll mit einer regen Agitation bedacht werden. Schaarschmidt.

3. Im Auftrage der Stafsfurter Parteimitglieder empfehle ich dem Congress, resp. Ausschuß, in einiger Zeit die Agitation im Mansfelder See- und Landkreise in Angriff zu nehmen. W. Fischer.

4. Die Mitglieder zu Heidelberg beantragen, der Congress möge beschließen, einen stabilen Agitator nach Heidelberg für Heidelberg und Umgegend zu senden. Lehmann.

5. Der Congress möge darauf hinwirken, daß die Gewerkschaftsverwaltungen aufgefordert werden, den verschiedenen Agitationscomité's Vorschüsse zu machen. Ferner sollen die Agitatoren angewiesen werden, vierteljährlich eine Rundreise durch ihre Bezirke zu unternehmen. M. Schulze.

6. Der Ausschuß möge einen stabilen Agitator für Nassau und Hessen, mit dem Wohnsitz Gießen, ernennen. Roland.

7. Die Dresdner Mitglieder beantragen, daß für Dresden ein von der dortigen Mitgliedschaft zu erwählender Agitator ständig angestellt

werden möge. Diesem Agitator soll ein Zuschuß von 4 bis 5 Thlr. wöchentlich aus der Hauptkasse vom Ausschuß bezahlt werden, und zwar so lange, bis die Dresdner Partei- und Presseverhältnisse geregelt sind. Biedermann.

8. Der Congress überweist die vorliegenden Anträge dem Ausschuß zur Berücksichtigung und geht, indem er alle Parteigenossen zur Förderung der Agitation durch Wort, Schrift und pünktliche Beitragszahlung auffordert, zur Tagesordnung über. Geib.

Geib: Aus den vorliegenden Anträgen geht hervor, wie sehr man allerorts, in Nord und Süd, nach lebhafter Agitation verlangt. Einige dieser Klufe sind nicht ganz begründet, z. B. hat Dresden hinreichend Kräfte, um dem dortigen Agitationsbedürfniß zu genügen. Der Parteileitung ist es stets schmerzlich gewesen, verneinende Antwort da ertheilen zu müssen, wo eine Agitation sehr noth that. Zwei Hemmnisse standen dem Ausschusse aber oft im Wege. Es fehlte an Geld und nicht selten an Rednern. So lange diese Hemmnisse nicht beseitigt werden — und der Congress allein hat nicht die Kraft dazu —, so lange wird nach der alten Taktik, die meist bedürftigen Bezirke zuerst zu bedenken, weiter zu wirken sein. Greift der Congress einzelne Bezirke als agitationsbedürftig heraus, dann präjudicirt er den Gang der Ausschußthätigkeit, ohne damit die nicht berücksichtigten Antragsteller zu befriedigen. Man überlasse die Centralleitung der Agitation, wie bisher, dem Ausschuß.

Lehmann: Die Agitation in Baden ist nothwendig und wird auch Früchte tragen. Der Allg. d. Arb.-Ver. tritt oft als Rivale auf. Man handle daher zur rechten Zeit.

Albert: In mehreren sächs. Wahlkreisen läßt sich ohne viele Kosten durch eine ständige Agitation viel erreichen. Man sorge rechtzeitig dafür, daß bei den nächsten Wahlen die meisten sächs. Reichstagsmandate unserer Partei zufallen.

Bernstein: Die Agitation muß so lebhaft als möglich betrieben werden. Der Schwerpunkt hierfür liegt in den einzelnen Parteiorten selbst. Die Mitglieder haben mehr zu leisten, wenn sie mehr erreichen wollen und vor allem der Ausbildung von Rednern Vorhub zu leisten.

Roland beantragt Schluß der Debatte, was angenommen wird. Der Antrag von Müller: Uebergang zur Tagesordnung, wird verworfen, dagegen der Antrag von Geib angenommen.

Es kommen die Anträge 37—42. Der Vorsitzende stellt bezüglich der Anträge 37—41 die Unterstützungsfrage, welche bejaht wird.

Weitere Anträge werden eingereicht:

1. Der Congress beschließt, es ist baldmöglichst eine populär geschriebene Broschüre über das Parteiprogramm, sowie eine Broschüre zur Agitation unter den Landarbeitern herauszugeben. Der Preis einer solchen Broschüre darf je einen Groschen nicht übersteigen. Geib.

2. Dem Antrag 40 der Vorlage beizufügen: „Diese Jugendchrift soll in Form der Traktätchen erscheinen“.

3. Der Congress geht über den Antrag 42 zur Tagesordnung über. Müller.

4. In Anbetracht, daß alle auf die Herausgabe von Schriften hin-

zielenden Anträge nur durchführbar sind, wenn die Partei über mehr Geldmittel zu verfügen hat als jetzt, geht der Congress zur Tagesordnung über.

5. Da mein Antrag bei der Programmdebatte an die Volksstaat-Redaktion überwiesen wurde, beantrage ich jetzt wiederholt einen volkstümlichen, allgemein verständlichen Artikel über die Grund- und Bodenfrage (ländliche Arbeiterfrage) in den nächsten Volksstaat-Kalender aufzunehmen und diesen Artikel zugleich als Flugblatt, möglichst gratis, durch die Mitglieder zu verbreiten.

Die Debatte wird eröffnet.

Rokosky: Die Anträge auf Herausgabe von Schriften bekunden, daß die Bedeutung unserer Literatur immer mehr gewürdigt wird. Mit Uebergang zur Tagesordnung kann der Partei hierbei nicht gedient sein.

Geib: Die von mir beantragten 2 Broschüren sind notwendig, weil in der Agitation ein großes Bedürfnis. Ich hätte einfach den Bremer Antrag (Nr. 38) befürwortet, wenn ich seine Motive nicht mißbilligte. Den Antrag der Augsburger (Nr. 37) suche ich deswegen zu verdrängen, weil mir einfache Flugblätter nicht ausreichend erscheinen und die verschiedenen Parteiblätter wesentlich solche Flugblätter ersetzen. Den Antrag auf Herausgabe einer Zeitschrift halte ich für verfrüht. Wir dürfen unsere Kräfte nicht zu sehr zersplittern, haben auch kaum die Mittel, um eine gut ausgestattete (illustrierte) Zeitschrift schon jetzt herausgeben zu können. Der Antrag 42 von Magdeburg ist auf unserm Congress nicht ganz am Platze. Er dürfte am besten und leichtesten von der Gewerkschaftsunion auszuführen sein.

Klees: Der Magdeburger Antrag verdient volle Berücksichtigung, da er den Parteigenossen einen wichtigen Fingerzeig zum Reisen und zur Agitation schaffen soll. Der Congress möge ihn annehmen und sich nicht aufs Verträuten legen.

Dorck: Man fange nicht zu viel auf einmal an. Der Augsburger Zeitschriften-Antrag ist gut gemeint, aber noch verfrüht. Besser ist es, vorher den vorjährigen Beschluß, die Herausgabe einer belletristischen Zeitschrift betreffend, durchzuführen. Der Magdeburger Antrag bedarf umfassender Vorarbeiten. Sein Nutzen ist übrigens anzuzweifeln, da die Adressen der Herbergen und Verkehrslokale sehr rasch wechseln.

Tauscher: Wenn er auch auf Geib's Anträge betreffs der Broschüren eingehe, so könne er doch nicht das Verfrühte der Herausgabe einer Zeitschrift anerkennen. Wir müssen die Gegner auf allen Gebieten bekämpfen. Gerade in der Familie hegen die Gegner wider uns und vor allem nähren sie die Jugend mit ihrem religiösen Fanatismus und mordspatriotischen Vorurtheilen. Die Nationalliberalen schonen nichts in ihrem Eifer. Den Kindern im Mutterleibe möchten sie schon die Pidelhaube aufsetzen. Dem gegenüber haben wir die Pflicht zu handeln. Gebe man eine gute Zeitschrift, die dann auch von den Eltern gelesen wird.

Hüttig befürwortet den Antrag 39 (Göbniß). Das Parteiprogramm muß jedem Arbeiter mundgerecht gemacht werden. Nach dieser Seite hin ist noch nicht genug geschehen.

Ulrich: Die Zeitschrift wird vielen Nutzen stiften. Sie muß aber billig und mit hübschen Geschichten versehen sein. Vorerst genügt eine kleine Zeitschrift, gegen welche die Bedenken betreffs der bedeutenden Herstellungskosten nicht stichhaltig sind.

Motteler: Die Bedenken gegen die Zeitschriften überwiegen keineswegs den Nutzen und die Bedeutung solcher Schriften. Man statte dieselbe gut aus, mache sie concurrenzfähig, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Das Bedürfnis nach gesunder geistiger Kost für seine Kinder hat so mancher Vater. Komme man ihm daher entgegen. Allerdings verlangt auch das belletristische Unternehmen Berücksichtigung. Doch dies erleidet durch die Zeitschriften keinerlei Abbruch, da letztere sich bald bezahlt machen würden. Wir müssen etwas thun, um die systematische Verbummung des Volkes, besonders der Jugend, an der Wurzel zu treffen, und die ältere und neuere Geschichte bietet uns ein so reichhaltiges Material, daß wir Jung und Alt ganz entsprechend damit anfeuern können.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Roland spricht für die Zeitschrift und für seinen Antrag. Unter die Landarbeiter könne die Agitation nur vermittelt ganz populärer Schriften getragen werden.

Hillmann befürwortet ebenfalls die Zeitschrift und eine Broschüre über das Programm, bei welcher auf die in Aussicht genommenen Reformen Rücksicht zu nehmen sei.

Sadlich warnt vor Beschlüssen, die von der Verwaltung nicht ausgeführt werden können. Ohne Geld geht's nicht. Verschiedene Verlagsunternehmungen sind in Vorbereitung, z. B. das Fremdwörterbuch, eine Broschüre über die Presse, eine neue Auflage des Bauernkriegs u. s. w. Auch fragt sich in Bezug auf die Zeitschrift, wer sie schreiben solle. Solche Schrift ist nicht leicht und erfordert tüchtige pädagogische Kräfte, die wir zwar innerhalb der Partei besitzen, jedoch nicht beliebig zur Schriftstellerei veranlassen können.

Müller u. Lehmann erklären sich für die Zeitschrift. Müller speziell wendet sich noch gegen den Magdeburger Antrag, der uns auf Dinge führe, welche durchaus nicht dringlich seien. Man erlebige die naheliegenden Angelegenheiten zuerst.

Liebknecht: Ein wirklich belehrendes Geschichtenbuch für Kinder wäre unzweifelhaft sehr wünschenswerth. Das beste Geschichtenbuch ist aber die Menschengeschichte, die Geschichte der Menschheit. Ein Bildungsmittel gleich wirksam für Erwachsene wie für die Kinder. Eine durchaus volkstümlich geschriebene und doch auf der Höhe der Wissenschaft sich bewegende Welt- oder Kulturgeschichte wäre die mächtigste Agitationschrift der Sozialdemokratie. Es müßte darin gezeigt werden, wie die organische Natur sich allmählig entwickelt hat; wie der Mensch erst durch einen hunderttausendjährigen, durch einen millionenjährigen Entwicklungsprozeß aus dem niedersten Thierzustand herausgekommen ist; wie das, was wir unter Kultur verstehen, nicht einzelnen Individuen zu verdanken, sondern die mühsam errungene Frucht unendlich langer mühsamer Collectivarbeit ist, zu der jedes menschliche Individuum seinen Theil beigetragen hat und beiträgt; wie durchaus unberechtigt

die jetzige Geschichtschreibung, welche die Geschichte der Menschheit zur Geschichte einiger Tausend sog. großen Männer gemacht, die meist große Verbrecher waren; wie nicht durch den Willen, die Willkür Einzelner der Gang der Geschichte bestimmt wird, sondern durch unabänderliche Naturgesetze; wie die politischen Formen nur der Ausdruck ökonomischer Bedürfnisse sind. Kurz, eine wirkliche Weltgeschichte ist die Encyclopädie alles Wissens; die unerbittliche Zerstörerin alles religiösen und politischen Humbugs und der Afterswissenschaft. Zu einer solchen Geschichte gehören aber bedeutende Kräfte, und sie läßt sich nicht aus dem Ärmel schütteln. In Subertusburg kam ich auf den Gedanken, durch Arbeitstheilung das Werk in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu ermöglichen, und wollte einen betreffenden Antrag im Congreß stellen. Von Besterem bin ich jedoch zurückgekommen, weil solche Arbeiten sich nicht dekretiren lassen. Ich hoffte aber, durch das Zusammenwirken von dazu befähigten Parteigenossen wird sich's erreichen lassen. Ueberhaupt brauchen wir eine sozialistische Literatur. Der Anfang ist gemacht, wie zu einer sozialistischen Presse. Aber auch nur der Anfang. Die Partei muß rastlos arbeiten auf geistigem Gebiet; ihre Idee den Gegnern aufzwingen. Wir müssen die Welt geistig erobern und beherrschen, ehe unsere Prinzipien in Staat und Gesellschaft zur Herrschaft gelangen können. Dem geistigen Sieg folgt der materielle Sieg mit Nothwendigkeit; ohne ihn ist er werthlos.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung.

Der Antrag von Hadlich wird abgelehnt, der Antrag von Geib angenommen. Mit diesem Beschluß sind die Anträge 37, 38 und 39 der Vorlage gefallen.

Das Amendement von Ulrich wird verworfen und der Antrag 40 der Vorlage unverändert angenommen.

Annahme findet ferner der Antrag 41 der Vorlage.

Antrag 42 wird abgelehnt, ebenso der Antrag von Roland.

Ein Antrag von Hofmann, dahin lautend, dem Volksstaat-Kalender ein Jahrmärkteverzeichnis beizugeben, wurde durch zustimmende Erklärung Liebknecht's erledigt.

Castlein beantragt, zur Durchführung des angenommenen Antrages 41 der Vorlage die Mittel zu beschaffen.

Dieser Antrag wird unterstützt.

Castlein: Wir haben gehört, daß die Verwaltung keinen Ueberfluß von Geldmitteln hat. Der Congreß nahm trotzdem den Antrag 41 an; dieser Beschluß ist aufzuheben, zumal die Bedeutung der Agitationsnummern überschätzt worden ist.

Geib schließt sich dem an, besonders dann, wenn die Agitationsnummern meistens wieder gratis vertheilt werden sollen. Wenn man zu oft mit solchen Nummern kommt, wie es der Antrag von Bremen will, werden sie wirkungslos.

York, Bernstein und Liebknecht halten die Schwierigkeiten für nicht sehr groß. Man schiebt die Agitationsnummern in die Reihe der laufenden Nummern des „Volksstaat“ ein und druckt dann nach Bedarf noch etliche Tausend über die gewöhnliche Auflage. Im Uebrigen kann die vorjährige Agitationsnummer Vorbild sein.

Der Antrag von Castlein wird abgelehnt.

Es folgt der Bericht der Commission zur Revision der Parteigeschäftsordnung.

Geib theilt mit, daß die Commission ihre Aenderungsvorschläge mit Rücksicht auf verschiedene richterliche Erkenntnisse und Polizeimaßregelungen dem Congreß unterbreitet. Die Vorschläge der Commission lauten:

Geschäftsordnung der Partei.

1. Die Parteigenossen eines jeden Ortes versammeln sich möglichst wöchentlich einmal auf Grund des bestehenden Versammlungsrechtes.
2. Zu diesem Zweck hat der Vertrauensmann oder ein anderes damit beauftragtes Mitglied die rechtzeitige polizeiliche Anmeldung der Versammlung zu übernehmen, die Versammlung zu eröffnen und ein Bureau zc. (bis zum Schluß des alten Textes).
- 3, 4 und 5 bleiben unverändert.
- 6 nach dem Antrage unter Nr. 12 der Congreß-Vorlage.
7. Pflicht des Vertrauensmannes ist es, die ihm behändigten Parteibeiträge zc. Ferner ist das Wort „Steuer“ in „Beiträge“ umzuändern.
8. Für jeden Ort werden, mindestens jährlich, zwei Revisoren nach Vorschlag der Mitglieder vom Ausschuß ernannt.
9. Die Aufnahme von Mitgliedern erfolgt durch den vom Ausschuß bestätigten Vertrauensmann. An einem Orte, wo kein Vertrauensmann existirt, erfolgt die Aufnahme direkt durch den Ausschuß.
- 10 bleibt unverändert.
11. Die Deckung von lokalen Ausgaben liegt den betreffenden Parteigenossen ob.
12. Sollten Zwistigkeiten zwischen Parteimitgliedern entstanden und durch den Ausschuß zc.
- 13 bleibt unverändert.

Ferner ist die Note am Fuße der Organisation, die Verhältnisse in Leipzig betreffend, zu streichen.

Kozosky beantragt, die Aenderungsanträge der Commission en bloc anzunehmen. Die Berathung der einzelnen Punkte ist zwecklos, da das Material, welches die Aenderung veranlaßte, privat gegeben wurde. Uebrigens kommt es auch gar nicht so sehr auf den Wortlaut für die Partei selbst an. Wenn uns nicht das Gefühl einheitlichen Strebens vereint, die Geschäftsordnung thut es gewiß nicht.

Es erfolgt Abstimmung. Die Geschäftsordnung wird nach den Anträgen der Commission en bloc genehmigt.

Sy erstattet Namens der Commission zur Prüfung der Schweizer Differenzen Bericht. Die Commission hat sich bemüht, eine Ausgleichung des Streites zu bewirken, und zu diesem Zwecke mit den anwesenden Schweizer Genossen Ohm und Moje verhandelt. Das Ergebnis dieser Bemühungen gipfelt in folgender Resolution:

„Der Congreß bedauert die Streitigkeiten zwischen der Vereinigung der deutschen Arbeitervereine und dem schweizerischen Arbeiterbund und hofft in vollkommenem Einverständnis mit den anwesenden Vertretern

beider Vereinigungen, daß von beiden Seiten geeignete Schritte gethan werden, um einem Zustand, durch welchen die Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erheblich geschädigt werden, baldigst ein Ende zu machen, und wenn auch nicht sofort ein Zusammengehen, so doch wenigstens ein brüderliches Nebeneinandergehen zu ermöglichen.

Den Antrag des deutschen Vereins Zürich (die aus der Vereinigung der deutschen Arbeitervereine der Schweiz ausgetretenen Vereine um die Gründe ihres Austritts zu befragen und event. zum Wiedereintritt aufzufordern) überweist der Congreß dem Parteiausschuß zur Erledigung.

Dhm und Liebknecht erläutern diese Resolution, indem sie Näheres über die Schweizer Verhältnisse berichten.

Geib ist gegen eine Einmischung des Ausschusses in diese Streitigkeiten, weil diese sonst leicht nach Deutschland übertragen werden möchten. Wir haben es mit zwei Corporationen zu thun und beiden Rechnung zu tragen. Vortheil bringt es uns nicht, wenn wir durch Einmischung des Ausschusses uns mit der einen erzürnen, um der andern zu nützen. Der gute Rath, welcher im ersten Theil der Resolution enthalten ist, wird sich eher bewähren, wenn wir den zweiten Theil der Resolution streichen, als umgekehrt.

Dhm hält die Befürchtungen Geib's für unberechtigt. Wir erzürnen durch die eventuelle Intervention des Ausschusses Niemanden in der Schweiz. Der Congreßbeschuß wird respektirt werden, ein gleiches die Zuschriften des Ausschusses, der sich in der Schweiz einer besonderen Achtung erfreut.

Liebknecht bestätigt dies und theilt die Anschauung Geib's nicht.

Moje hält sich überzeugt, daß der erste Theil der Resolution auch auf den Schweizer Arbeiterbund den besten Eindruck machen wird. Einer Befragung der ausgetretenen Vereine durch den Ausschuß kann er nicht das Wort reden, da dies leicht zu Konflikten führen könne.

Liebknecht zieht nun den zweiten Theil der Resolution für seine Person zurück und beantragt im Einverständnis mit Geib, denselben wie folgt zu fassen: „den Antrag des deutschen Vereins überweist der Congreß dem Parteiausschuß in diesem Sinne.“

Dhm ist für die alte Fassung, welche eher zum Ziele führe und Niemanden verletzen könne.

Vord: Die Streitigkeiten spielen sich zwischen zwei Corporationen ab. Die ältere derselben sind die Arbeiterbildungsvereine, die neuere ist der Schweizer Arbeiterbund, welcher aus Gewerksgenossenschaften, Arbeitervereinen und direkten Mitgliedern der Internationalen Arbeiterassociation besteht. Die Streitigkeiten betreffen Personen in beiden Corporationen. Die ältere Corporation enthält wesentlich Parteigenossen von uns, welche von dem Congreß nicht mit Unrecht eine befriedigende Lösung erwarten. Unsere Aufgabe ist es, weiterem Schaden vorzubeugen, und hierzu reicht die Resolution, in deren Geiste der Ausschuß, wenn nöthig, handeln mag, aus.

Nachdem die Commission den zweiten Theil der Resolution nach Liebknecht's Vorschlag geändert hat, gelangt die Resolution zur Abstimmung. Die Annahme derselben geschieht einstimmig.

Mehlhorn erhält das Wort zum Bericht der Commission über die Angelegenheit Weckesser-Würzburg.

Die Commission hat gefunden, daß dieser persönliche Haber sich gültlich beilegen läßt. Wenn ein tüchtiger Agitator nach Würzburg versetzt wird, so steht zu erwarten, daß dem Conflict jeder weitere Boden entzogen werden kann. Die Commission beantragt:

„Da in der Herbig-Weckesser'schen Angelegenheit keine prinzipiellen Anhaltspunkte sich ergeben, sondern dieselbe rein persönlicher Natur ist, geht der Congreß zur Tagesordnung über, erklärt aber, daß der angeblich provisorische Vertrauensmann abzutreten und die Parteigenossen zu Würzburg baldigst einen neuen Vertrauensmann dem Ausschuß vorzuschlagen haben.“

Dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende geht zu C 10, Antrag 48, 49 und 50 (Congreßort) über

Estlein spricht für Kassel, das ziemlich in der Mitte Deutschlands liege und wo unsere Parteigenossen vom Congreß Vortheil haben würden.

Albert: Man nehme nicht immer Thüringen und Umgebung, sondern trage auch andern Gegenden Rechnung. Durch einen Congreß ist den Kasselern nicht aufzuhelfen. Auf Sachsen vertheilt sich fast ein Drittel aller Parteiorde; solche Anzahl hat wohl das Recht, einmal in ihrer Mitte den Congreß zu haben und zwar in Chemnitz.

Bernstein erklärt sich gegen Kassel und Chemnitz. Kassel ist preussisch, das sagt genug. Chemnitz liegt zu sehr abseits. Weimar dürfte am ersten zu empfehlen sein.

Löwenstein beantragt, Fürth zum Congreßort zu erwählen.

Baumann ist gegen Bayern, Gründe: die jetzige Taktik der bayerischen Behörden.

Löwenstein will Fürth nur dann berücksichtigt haben, wenn Chemnitz abgelehnt werden sollte. Im Uebrigen theilt er die Befürchtungen Baumann's bezüglich Fürth's nicht.

Fischer beantragt Schluß der Debatte. Dieser wird angenommen.

Bei der Abstimmung erheben sich 25 Stimmen für und 19 Stimmen gegen Chemnitz. Somit ist Chemnitz als nächster Congreßort angenommen. — Nunmehr ist die Tagesordnung erledigt.

Geib erstattet den Schlußbericht der Mandatprüfungs-Commission. (Siehe Anhang des Protokolls.)

Die Verlesung der noch ungenehmigten Protokolle erfolgt. Nachdem einige Aenderungen angebracht worden sind, werden sämtliche Protokolle genehmigt.

Scharfsmidt spricht den Coburger Parteigenossen herzlichen Dank für freundliche Aufnahme aus.

Wolf dankt dem Congreß für die Wahl von Chemnitz zum Congreßort.

Stamm zollt den Coburger Genossen Dank und Anerkennung für deren eifriges Bemühen zum günstigen Verlauf des Congresses.

Rüger-Coburg betont, daß die Coburger Genossen nur ihre Schuldigkeit gethan haben. Jeder andere Congreßort müsse sich zu denselben Leistungen im Parteiinteresse verpflichtet fühlen.

Veßmann ermuntert zu fernern Wirken, dem der Erfolg nicht fehlen könne. Wo sich Fehler zeigen, trete man ihnen entgegen. Ist es eines Mannes würdig, seine Fehler abzustreifen, um so mehr noch einer Partei.

Bernstein entbietet Grüße an die inhaftirten Parteigenossen Most und Bebel; diesem schließt sich der Congreß einmüthig an.

Es verlangt Niemand mehr das Wort.

Der Vorsitzende Wahlreich hält eine kurze Schlußrede. Er betont in derselben, wie der Congreß zur Zufriedenheit Aller in bester Weise verlaufen sei, ermahnt die Genossen, immer treu und fest zur Förderung der Sache beizutragen und in den uns sicher bevorstehenden Stürmen nicht zu erlahmen im Kampfe für Freiheit und Recht!

(Schluß des Congresses Abends 8¼ Uhr.)

Verzeichniß der Delegirten, Orte und Zahl der Mitglieder.

Nr.	Name	Wohnort des Delegirten	Ort der Vertretung	Man- date	Zahl der Mitgl.
1	Hillmann, Hugo	Eislerfeld	Eislerfeld		25
			Crefeld		12
			Darmen	3	35
2	H. Lehmeier	Hannover	Hannover	1	70
3	August Geib	Hamburg	Schneeberg-Neustädt		24
			Thalheim		40
			Hohenstein		40
			Nachen		15
			Frankfurt a. d. O.		3
			Kreiberg i. Sachsen		28
			Mülsen St. Micheln		24
			Leberan		30
			Hainichen		20
			Greffrath		23
			Böhmig		40
4	G. Löwenstein	Fürth	Fürth	13	30
5	Aug. Wiedermann	Dresden	Dresden	1	97
					120
6	Rich. Wolf	Chemnitz	Kamenz	2	20
			Chemnitz		200
			Gablenz		20
			Altendorf		30
7	J. Auer	Berlin	Großenhain	4	41
			Stollberg i. S.		30
			Birna		20
8	Th. Burdhardt	Stuttgart	Berlin	3	157
			Caulhadt		46
			Chlingen		60
			Schw. Gmünd		46
			Göppringen		30
			Ulm		15
			Stuttgart		45
			Reutlingen		30
			Lörrach		50
			Wiberach		17
			Strahburg		110
			Marktitz	11	6

Nr.	Name	Wohnort des Delegirten	Ort der Vertretung	Man- date	Zahl der Mitgl.
9	M. Preißer	Bindenau	Rein- u. Gr.-Hocher, Thonberg u. Umg.	1	344
10	Ernst Gries	Darmstadt	Darmstadt	1	70
11	Aug. Mamme	Bamberg	Bamberg	1	25
12	Leonh. Tauscher	Mugzburg	Mugzburg		250
			Erchhausen	2	45
13	Jul. Mottelek	Crimmitschau	Reußländig		43
			Niederwürschitz	2	73
			Schebewitz		8
			Wechselburg		30
			Geithain		20
			Lungenau		24
			N.-Blauß		20
			Mülsen St. Nicolaß		18
			Kochitz		24
			Oberwürschitz	8	90
14	Wilh. Ehrhardt	Ludenwalde	Ludenwalde		6
			Zitterbogt	2	35
15	S. Kotoßky	Braunschweig	Wolfenbüttel		17
			Wieba	2	300
16	Carl Ulrich	Braunschweig	Braunschw. Arb.-Verf.	1	30
17	Heinr. Greiner	Sonneberg	Sonneberg	1	100
18	Jul. Scheit	Rönigsberg	Rönigsberg		18
			Bietfeld	3	15
			Sooß		120
19	Herm. Albert	Glauchau	Glauchau		40
			Lichtenstein-Callenberg		40
			Ernstthal		140
			Meerane		20
			Waldburg		20
			Plauen	6	40
20	Herm. Schaarichmidt	Mylau	Mylau		30
			Neßthau	3	40
21	J. G. Gützig	Böhmig	Böhmig		40
			Neichenbach		20
			Altenburg	3	30
			Schmölln		50
22	W. Bod	Gotha	Gotha	2	20
23	J. G. Gützig	Reiningen	Reiningen	1	60
24	Wilh. Klees	Magdeburg	Magdeburg		133
			Schönebeck		20
			Neundorf	4	33
			Buckau	1	36
25	Emil Roland	Marburg	Marburg		55
26	Wilh. Bod	Gotha	Mühlhausen		40
			Eisenach		36
			Erfurt	4	75
			Alstedt	1	60
27	Franz Fischer	Gartenfeld	Gartenfeld	1	75
28	Louis Edstein	Deuben	Deuben	1	80
29	Jul. Schade	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.		20
			Kaiserlautern		20
			Hedderheim		80
			Mannheim	5	15
			Heidelberg		150
			Essen		15
			Duisburg		36
			Ronsdorf		18
			Siekteln	4	300
31	C. Grillenberger	Nürnberg	Nürnberg (Arb.-Verf.)	1	300
32	Jul. Baumann	Nürnberg	do.	1	300

Nr.	Name	Wohnort des Delegierten	Ort der Vertretung	Man- date	Zahl der Mitgl.
33	Carl Wendel	Bayreuth	Bayreuth	1	29
34	G. Röhlingshöfer	Erlangen	Gießen	1	30
95	M. Becker	Würzburg	Heibingfeld	1	31
36	H. Müller	Mainz	Mainz	1	90
37	Kug. Schwanebeck	Mürnberg	Richtenhof		20
			Schoppershof		24
			Schweinau		30
			Gaisshammer	4	24
38	G. F. Wid	München	München, Hälfte		120
			Landshut		41
			Regensburg	3	32
39	Bruno Geiser	München	München, Hälfte		120
			Schwabing		13
			Breslau	3	53
40	Zul. Bahlreich	Chemnitz	Bimbach		45
			Riebertabenstein		42
			Grüna		19
			Glenau		20
			Leufersdorf		22
			Markersdorf		20
			Frankenberg	7	24
41	L. Mehlhorn	Grimmitschau	Grimmitschau	1	168
42	C. Hofmann	Zwidau	Zwidau		136
			Wilkau		20
			Niederhafflau	3	60
43	Georg Rheingruber	Coburg	Coburg	1	100
44	Ed. Bernstein	Berlin	York i. d. L.	1	64
45	Dr. Stamm	Berlin	Berlin, Hälfte	1	157
46	W. Fischer	Stahfurt	Stahfurt		142
			Löderburg		16
			Sickenburg	3	20
47	H. Nord	Hamburg	Hamburg		96
			Bremen		25
			Bremerhafen		30
			Harburg		16
			Wandsbeck		30
			Verben		12
			Stade		32
			Altona	8	14
48	D. Lehmann	Pforzheim	Pforzheim	1	60
59	H. Ohm	Büsch	Die Gruppe der deut- schen Arbeiter-Ver- eine in der Schweiz	1	1000
50	Schulze	Mudolstadt	Münchenbernsdorf	1	45
51	St. Herbig	Würzburg	Würzburg	1	30
52	Fr. Kaufmann	Wiesbaden	Wiesbaden	1	80
Summa				142	8767

Als Vertreter des Ausschusses ist Geib, als Vertreter der Controlcommission Schabe, als Vertreter der Redaction des „Volkstaat“ Liebkecht und als Vertreter der Expedition des „Volkstaat“ C. Pablich anwesend.
Unvertreten sind 87 Orte, darunter wegen restanter Beiträge 38 Orte.

Berichtigung. Auf Seite 20 des Protokolls hat sich in der Rubrik „Unterstützungsfond“ ein Fehler eingeschlichen. Für Anhafterte etc. wurden nicht Thlr. 1373. 28. 11., sondern Thlr. 1383. 28. 11. veranschlagt, jedoch der Abschluß Thlr. 1551. 25. 5. aufzuweisen muß.